

# Protokoll

## über die Verhandlungen der Reichskonferenz der Sozialdemo- kratischen Partei Deutschlands

Abgehalten in Berlin  
am 5. und 6. Mai 1920



X 1373

~~X 1275~~

Berlin 1920

Verlag: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Bibliothek**  
**der Friedrich-Ebert-Stiftung**

## Tagesordnung der Reichskonferenz.

„Die bevorstehenden Reichstagswahlen.“

Referent: Philipp Scheidemann.

## Bureau der Reichskonferenz.

### Vorsitzende:

Bartels-Berlin, Löbe-Breslau.

### Schriftführer:

Eisenbarth-Hamburg, Gentschel-Berlin, Linke-Dessau, Frau Pfaff-München.

### Mandatprüfungskommission:

Verdied-Niel, Reinbold-Singen, Cohnmann-Mürnberg, Schaffner-Hannover,  
Frau Hoppe-Berlin, Miß-Röln, Gehrke-Stralsund.

## Kommission für die Aufstellung der Reichsliste.

Löbe-Breslau, Meerfeld-Röln, Fischer-Mürnberg, Eggert-Dresden,  
Steinmayer-Stuttgart, Kröger-Mosdok, Klupsch-Dortmund.

## Erster Tag.

Im großen Sitzungssaale des Reichstags versammelten sich am Mittwoch, den 5. Mai 1920, Parteivorstand, Parteiausschuß, Parteiredakteure und Bezirksbelegierte zu einer Reichskonferenz.

Stellvertretender Vorsitzender Bartels eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten mit folgenden einleitenden Worten:

Ich eröffne hiermit die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie und begrüße im Namen des Parteivorstandes die erschienenen Teilnehmer. Der Mann, der diese Aufgabe erfüllen sollte, Genosse Otto Wels, ist leider vor einigen Tagen von einem Unfall betroffen worden, der ihn einige Zeit ans Bett fesseln wird. Wir bedauern dies sehr. Wir vermischen in dieser für die Partei so hochwichtigen Zeit seine Tatkraft, sein treffliches Urteil und seinen sicheren Blick, die uns seine Mitarbeit im Parteivorstand so wertvoll machen. Ich glaube im Sinne der Konferenz zu handeln, wenn ich ihm baldige Genesung wünsche, damit wir ihn bald wieder in unserer Mitte sehen. — Die Reichskonferenz, die heute und vielleicht morgen hier tagt, hat als einzigen Gegenstand auf der Tagesordnung: „Die politische Lage und die bevorstehende Reichstagswahl.“ Die Reichskonferenz soll an Stelle des Parteitagstages treten, den wir für September geplant hatten, und sie soll der Auftakt sein für die Reichstagswahlen, die für Oktober oder November gedacht waren. Der Rapp-Ruß hat eine andere Situation geschaffen, sowohl allgemein politisch wie auch innerhalb der einzelnen Parteien. Der Spaltungsprozeß, der während des Krieges innerhalb der Sozialdemokratie sich vollzog und der auch nach dem 9. November 1918 in der Unabhängigen Partei sich fortsetzte und zur Gründung der S. P. D. und N. P. D. führte, hat sich nunmehr auch auf die bürgerlichen Parteien ausgebreitet. Wir sehen fast überall, daß Sezessionen sich gebildet haben, nachdem die bloße Firmenänderung nach dem Zusammenbruch des alten Regimes sich nicht als ausreichend erwiesen hat, um Auffassungen und Stimmungen zusammenzuhalten, die in den verschiedenen Gruppierungen sich zusammengefunden haben. Eine neue Parteigruppierung scheint sich anzubahnen, als deren Entscheidendes mehr oder weniger das Bekenntnis zur Republik als der bestehenden Staatsform, zur Demokratie und zur Ausgestaltung des Wirtschaftslebens nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten sich darstellt.

Der erste politische Gesamtstreik als Abwehrmittel gegen den reaktionären Staatsstreik hat eine gewisse Klärung auf diesem Gebiet gebracht. In ihm waren auch bürgerliche Parteien beteiligt, die den Streik als politisches Kampfmittel sonst verwerfen. Der rücksichtslose Stoß von rechts zwang zum Kampfe mit Mitteln, die aus dem Waffenarsenal der Sozialdemokratie stammen, und dieses Kampfmittel hat bei einem Teil des Bürgertums blinden Schreden ausgelöst. Das beweist insbesondere in der Demokratischen Partei die Flucht der Mugdan, Wiemer usw. in das Lager der Deutschen Volkspartei. Im Zentrum zeigte sich die Scheidung der Auffassungen noch schärfer durch das pronaunzierte Auftreten des westfälischen Adelsklubs, durch die Separierung einer Rheinlandgruppe, und ganz besonders scharf in der Bayerischen Volkspartei unter Führung des Dr. Heim.

Auch in unserer Partei ist dieser Aufbruch nach links zu verspüren. Das Mißtrauen der Arbeiterschaft ist gewaltig gestiegen (Sehr richtig!), und das Verhalten der bürgerlichen Koalitionsparteien in den letzten Arbeitstagen der Nationalversammlung hat nicht wenig dazu beigetragen und war nicht geeignet, das Mißtrauen zu verringern. (Sehr richtig!) Ich verweise auf die Art, wie die Grundlagen des Reichswirtschaftsrats geschaffen wurden. In der Frage der Sozialisierung des Kohlen- und Kalibergbaues ist noch sehr wenig geschehen. Ich verweise auch darauf, daß das Gesetz über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit noch nicht beratschiedet worden ist. Sehr verstimmt hat auch

X 1373

X 164

in der Arbeiterschaft, daß die Festlegung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag, die im Vorjahre unter dem Eindruck der Revolution beschlossen wurde, in diesem Jahre an dem Widerspruch der Koalitionsparteien scheiterte. Der Verlauf der Maifeier hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft die Macht hat, sich den 1. Mai als Feiertag zu erzwingen. (Sehr richtig!) So wurde die Maifeier zu einer Niederlage der bürgerlichen Koalitionsparteien. (Sehr richtig!)

Alle diese Dinge haben dazu geführt, die Zweckmäßigkeit der Koalition in unseren Reihen wieder stark zu diskreditieren, und diese Frage wird im Wahlkampf sicher gleichfalls eine Rolle spielen. Unsere Stellungnahme zur Koalitionspolitik haben wir oft genug klargestellt. Wir sehen die Koalitionspolitik nicht als etwas Ideales an. Sie ist unter dem Zwange der Verhältnisse entstanden und aufrechterhalten worden. Wenn uns die Wahlen eine andere politische Konstellation bringen, eine sozialistische Mehrheit, so werden wir mit Freude und Erleichterung von der Koalition Abschied nehmen. Bleibt aber ein ähnliches Stärfeverhältnis der Parteien bestehen, so wird zu einer Regierung, zu einer parlamentarischen Mehrheitsbildung eine Koalitionspolitik auch weiterhin unvermeidlich. Unser Streben wird sein, sie für diesen Fall nach links zu verschieben. Eine Ausdehnung nach rechts kann für uns nicht in Frage kommen. (Sehr richtig!)

Doch diese Frage wird erst akut werden nach den Wahlen. Jetzt stehen wir vor der Wahl, und diese Reichskonferenz soll für unsere Partei den Auftakt für diese Wahlbewegung bilden. Es besteht unter uns keine Meinungsverschiedenheit, daß die Parole in diesem Wahlkampf sein muß: nur gegen rechts! (Zurufe: Na, na!) Ob ein Kampf gegen links notwendig sein wird, hängt nicht allein von uns ab. (Sehr richtig!) In unseren Reihen besteht die Auffassung, die Auseinandersetzung mit den anderen sozialistischen Parteien während des Wahlkampfes zurückzustellen. Zwingt uns aber die andere Seite, von dieser Absicht abzugehen, so werden wir den Kampf aufnehmen. Wir brauchen ihm nicht aus dem Wege zu gehen und werden ihm nicht aus dem Wege gehen. (Sehr wahr!) Unsere Gegner sind dabei, maßlos aufzuscheiden. Unserer Partei wird ein Zurückdrängen angekündigt und angeblich soll in unseren Reihen eine gedrückte Stimmung herrschen. Diese Propheten sind sehr schlecht unterrichtet. (Sehr wahr!) Die Kampfesstimmung und die Zuversicht unserer Partei sind ausgezeichnet. Gewiß werden wir hier und da Stimmen und Mandate verlieren. Ob an anderer Stelle solche gewonnen werden, darüber wird uns der Wahlscheid belehren.

Die Reichskonferenz wird zeigen, daß wir weit davon entfernt sind, diesen Kleinmut zu besitzen. Welchen Grund sollten wir auch dazu haben? Unsere Parteiorganisation, die sich im letzten Jahre kräftig gehalten hat, die Leserschaft unserer Parteipresse, alles zeigt, daß die Werbekraft unserer Partei ungeheuerlich ist. Daher sehen wir diesem Wahlkampfe zuversichtlich und mit Vertrauen entgegen in der Hoffnung, daß der Wahlausgang helfen wird, aus den Wirnissen und Vorurteilen unserer Zeit, die wir als Folge des Krieges zu überwinden haben, uns herauszuführen, daß die Wahl für uns einen kräftigen Schritt vorwärts zu unserem Ziele bedeuten wird, zum böstereisenden Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Wir kommen nunmehr zu unseren geschäftlichen Aufgaben, und zwar müssen wir zunächst das Bureau für die Leitung der Konferenz wählen. Wir würden Ihnen vorschlagen, zwei Vorsitzende mit gleichen Rechten zu wählen. Sind Sie damit einverstanden. (Zurufe: Ja.) Ich höre keinen Widerspruch. Dann bitte ich um Vorschläge.

**Hg. Schlicht:** Ich schlage vor, die Genossen Bartels-Berlin, Mitglied des Parteivorstandes, und Löbe-Breslau.

**Vorsitzender:** Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Wer dafür ist, daß ich und Löbe den Vorsitz führen, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschrieht.) Ich danke, das ist die Mehrheit.

Wir müssen dann die Schriftführer wählen. Ich würde vorschlagen, vier Schriftführer zu wählen, die je zu zwei fungieren. Erhebt sich Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich bitten Vorschläge zu machen.

Vorgeschlagen werden von Mehnert-Chemnitz zu Schriftführern Eifenbarth-Hamburg, Hentschel-Berlin, Wink-Bessau und Frau Küßl-München.

**Vorsitzender:** Werden noch andere Vorschläge gemacht? Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, daß die Genannten als Schriftführer fungieren, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschrieht.) Ich danke, auch das ist die große Mehrheit.

Dann wird es notwendig sein, auch eine Mandatprüfungskommission zu wählen. Ich schlage vor, sieben Mitglieder der Konferenz damit zu beauftragen. Ich höre keinen Widerspruch und bitte um Vorschläge.

Vorgeschlagen werden durch Lau-Hannover Verdieck-Riel, Reinhold-Singen, Cosmann-Nürnberg, Schaffner-Hannover, Frau Hoppe-Berlin, Wiß-Köln, Gehro-Stralsund.

**Vorsitzender:** Sie haben die Vorschläge gehört. Sind noch andere zu machen? Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, daß diese sieben die Mandatprüfungskommission bilden, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschrieht.) Ich danke Ihnen, auch das ist die Mehrheit. Damit ist die Mandatprüfungskommission konstituiert, sie wird ihre Geschäfte nachher aufzunehmen haben. Weitere Wahlen sind wohl nicht notwendig.

Dann würde ich vorschlagen, die Geschäftsordnung, die seit Jahren für unsere Parteitage beibehalten hat, zu akzeptieren. Diesem Vorschlag wird nicht widersprochen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein, und ich gebe Genossen Scheidemann das Wort zu seinem Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen.

**Scheidemann:** Im Oktober 1917, vor zweieinhalb Jahren, waren wir in Würzburg beisammen. Es war ein Jahr vor dem Ende, die großen und kleinen Herren von Gottes Gnaden saßen noch fest auf ihren Thronen, und der Militarismus, Scheinseger auf allen Schlachtfeldern, verkindete uns die herrlichen Zeiten, denen er uns entgegenführen wollte. Wir waren damals in Würzburg nicht so hochgestimmt, wir sahen das, was kommen mußte, klarer voraus, als die damals noch herrschenden Mächte. Wie klar wir uns darüber waren, darf ich vielleicht an einigen Sätzen erhardten, die ich damals unter Ihrer allgemeinen Zustimmung aussprechen konnte, Sätzen, in denen ich die ungeheure Aufgabe und die ungeheuren Schwierigkeiten schilderte, die unserer Partei nach dem Ende des Krieges erwachsen würden. Ich sagte damals, daß sich durch den Krieg eine Machtverschiebung im Klassenkampf zugunsten des Proletariats vollziehe, und daß die Sozialdemokratie durch den Krieg eine Partei geworden sei mit der unmittelbaren Anwartschaft auf die Macht im Staate. Deutschland werde nach dem Kriege ein demokratisches Staatswesen sein, und die ersten Wahlen nach dem Kriege würden darum eine ganz andere Bedeutung haben, als alle Wahlen zuvor. Ich sagte weiter wörtlich:

„Wir werden nach den ersten Friedenswahlen im Reiche das sein, wozu das Volk uns macht, und wir werden die Aufgaben zu übernehmen haben, die das Volk uns auferlegt. Wir wissen zwar heute nicht, wie die Wahlen ausfallen werden, aber wir dürfen damit rechnen, daß wir mit einer sehr bedeutenden Macht daraus hervorgehen werden, mit einer so großen Macht, daß es uns nicht gestattet sein wird, die Unannehmlichkeiten der Opposition zu genießen und den anderen die Verantwortung zu überlassen.“

Die Alldeutschen schilderten uns damals noch die Herrlichkeiten des Sieges. Alle Schätze Indiens und Americas sollten wir durch ihn erwerben. Wir waren uns schon damals klar darüber, daß wir in dem Augenblicke des Kriegeschlusses, der zugleich der Augenblick unserer Machtergreifung sein würde, einen Trimmerhaufen vorfinden und eine Wüste betreten würden, und daß wir uns auf den Rändern der Macht zurücksehen würden nach der Zeit, da wir noch rechtslos und verloren waren. „Keine Macht der Erde,“ sagte ich damals, „kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Sprung in das Paradies hindüverführen.“ (Sehr wahr!) Und — Sie gestalten mir, auch dies zu zitieren — dann fuhr ich fort:

„Auch unter den besten Systemen werden die Wunden nur langsam heilen, kann die Erholung des verbluteten, erschöpften Volkstörpers nur ganz allmählich vor sich gehen. Da könnte es wohl dem Sozialismus auch ergehen wie dem gewissenhaftesten Arzt, dem der ungeduldige Patient antreu wird, um sich dem ersten Kurpfuscher anzuvertrauen. (Sehr wahr!) Kämen wir also nach dem Kriege zur Macht, so würden wir auch mit der Gefahr schwerer Rückschläge rechnen müssen. Solche Erwägungen müssen uns sehr vorichtig machen in unseren Versprechungen. Wir werden dem Volke sicher nicht versprechen, daß wir ihm alsbald den Himmel auf Erden beschören können, wenn es uns zur Macht verhelfen wollte. Aber das werden wir aus gutem Gewissen und voller Ueberzeugung sagen dürfen, daß Aufbau und Erholung nach dem Kriege nicht anders denkbar sind, als durch die wohlüberlegte planvolle Anwendung sozialistischer Grundsätze, die methodische Durchbringung der gesamten Wirtschaftsordnung mit den Ideen des Proletariats, mit den sozialistischen Prinzipien. Das Problem einer sozialistischen Wirtschaftsordnung steht riesengroß vor uns. Auf unsere Schultern ist die ungeheure Aufgabe gelegt worden, nicht mehr nur Theoretiker und Agitatoren, die wir bisher in der Hauptsache waren, sondern Praktiker des Sozialismus zu sein. Da werden wir nicht vergessen dürfen, daß auch der Sozialismus keine Welt für sich, sondern nur ein Mittel zum Zweck ist. Ein Mittel, die Not zu bekämpfen und den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Wir werden uns vor dem Fehler hüten müssen, Prinzipienreiterei zu treiben, und wir werden uns nicht etwa nur jede Maßregel darauf ansehen müssen, ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, ob sie praktisch ist. (Sehr gut!) Durch verkehrte Anwendung unserer Prinzipien und durch Anwendung an falscher Stelle würden wir diese Prinzipien nur schädigen. Nutzen werden wir nur, wenn und wo wir zu zeigen imstande sind, daß das sozialistische Prinzip den breiten Massen greifbare Vorteile bietet. Man darf sich also das, was nach dem Kriege kommen wird, nicht als eine rein sozialistische Wirtschaftsordnung vorstellen, in der alle Betriebe bis zum letzten Barbierladen vergesellschaftet werden. . . .“

Ich hätte mir nicht erlaubt, mich selber so ausführlich zu zittern, wenn es sich um meine Privatmeinung handelte. Aber das war die Auffassung, die damals unsere ganze Partei durchdrang. (Sehr wahr!) Und so traten wir wenigstens nicht ganz ohne geistige Vorbereitung an die ungeheuren Aufgaben heran, die sich für uns ein Jahr später, im Herbst 1918, eröffneten. Die Dinge gestalteten sich noch schlimmer, als wir damals vorgesehen hatten. Der Krieg dauerte noch ein volles Jahr und endete mit einer Niederlage. Der Niederlage folgte die Revolution, die ein Ausbruch des instinktiven Volkswillens war, sich nach dem Kriegsende neue Möglichkeiten des Lebens und des Wiederaufbaus zu schaffen. Ich bin fest davon überzeugt, daß man in zwanzig Jahren, wenn man aus etwas weiterer Ferne die zeitgeschichtlichen Zusammenhänge unserer Gegenwart betrachtet wird, allgemein anerkennen wird, daß die Revolution die Lebensretterin Deutschlands gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Nach dem vollkommenen Bankrott des alten Systems gab es auf den alten Bahnen überhaupt kein Weiterkommen mehr, da gab es gar nichts anderes, als den großen Sprung, mochte man auch mit zerbrochenen Gliedern drüber ankommen. Die Schuld an allem, was das Volk gelitten hatte und noch leidet, trifft die, die es so weit in die Wirrnisse hineingehetzt hatten, bis es eben keinen anderen Ausweg gab als diesen. Und noch in einem Punkt erlebten wir eine Enttäuschung. Wir hatten alle, die einen laut, die anderen heimlich, gehofft, die Not der Zeit würde die Arbeiterbewegung wieder zur Einheit zusammenschreiben. Der Einheitsstraum schien am 9. November in Erfüllung zu gehen, aber er dauerte nicht lange. Woran ist er gescheitert? Er ist gescheitert an dem Widerstand der Linken der Unabhängigen Partei, die in Gemeinschaft mit den Kommunisten an dem gewaltsamen Sturz der Regierung arbeitete, in der ihre eigene Partei — trotz ihrer damaligen zahlenmäßigen Schwäche — mit uns mit gleichen Rechten saß. Diese Linksunabhängigen und Kommunisten verstanden ihre Zeit nicht. ((Sehr wahr!) Sie sahen in der Demokratie nur

noch eine überlebte bürgerliche Regierungsform, glaubten an eine Springschut der sozialen Revolution, die alle Länder, auch die feigeichen, überschwemmen würde, und sahen in schier unbegreiflicher Verblendung im bolschewistischen Rußland das große Vorbild, nach dem sich alsbald die ganze Welt gestalten würde. In ihrem Uberglauben, alles müßte bei uns und überall so kommen, wie in Rußland, sahen sie in dem augenblicklichen Stand der Dinge nur eine „Kerenski-Periode“. Statt die reine Arbeiterregierung, die rein sozialistische Regierung des 9. November zu stützen und ihr eine demokratische, dauernde Grundlage ihrer Macht zu schaffen, gingen sie gegen diese Regierung mit gewalttätigem Fanatismus vor. (Sehr wahr!) Sie erreichten damit aber nur zweierlei: die Notwendigkeit der Koalitionspolitik und die Notwendigkeit jener Politik, die sie später die Moste-Politik nannten.

Im Januar 1919 gab es für die Regierung tatsächlich keine andere Wahl als die, entweder vor einer Bewegung zu kapitulieren, hinter der noch kein Zehntel der Arbeiterbewegung stand und deren Sieg eine Katastrophe bedeutet hätte, oder aber die Rettung der Republik in die Hände der noch vorhandenen Truppeneverbände unter ihren reaktionären Offizieren zu legen. Die Linksunabhängigen und die Kommunisten haben damals in ihrer Torheit den reaktionären Offizieren einen Teil der damals völlig verlorenen Macht in die Hände gespielt. Ohne Januar-Putsch von 1919 kein März-Putsch von 1920, ohne Ledebour kein Lüttwisch. (Lebhafter Beifall.)

Die wirklichen Fehler von der anderen Seite, von der unseren, begannen erst später. Sowie die Ruhe im Lande einigermaßen wiederhergestellt war, mußte die Reichswehr und die politische Verwaltung einer gründlichen Säuberung unterzogen werden. Unser Fehler war jetzt, daß wir uns einschläfern ließen, uns auf Wiedermannsmannieren zu sehr verlassen. Verrat, der uns in den Rücken fiel, war unser Lohn. (Sehr wahr!)

Doch ehe ich auf diese jüngsten Ereignisse eingehe, ist es notwendig, sich noch an einiges wieder zu erinnern, was vor ihnen liegt. Die Januarwahlen von 1919, die trotz der Drohungen der Kommunisten, sie gewaltsam zu verhindern, ungehindert vor sich gingen, brachten unserer Partei zwar einen gewaltigen Erfolg, aber doch nicht den ganzen Sieg. Die Sozialdemokratie blieb in der Nationalversammlung eine Minderheit. Sie blieb es auch dann, wenn sie mit den Unabhängigen gemeinsame Sache machte, was aber nach den vorangegangenen Ereignissen eine Unmöglichkeit war. Immerhin wäre der Sozialismus in der Nationalversammlung stärker gewesen, wenn seine beiden Richtungen mit vereinter Kraft für ihre gemeinsamen Ziele eingetreten wären. Solche glücklichen Momente hat die Nationalversammlung jedoch nicht erlebt. Die Sozialdemokratie stand jetzt an einem Scheideweg; hielt sie sich von der Regierungsbildung fern, so spielte sie damit die Macht der Rechten in die Hände und lieferte die junge Republik ihren erbittertsten Feinden aus. Wollte sie das nicht tun — und sie durfte es nicht —, dann blieb ihr gar nichts anderes übrig, als eine zeitweilige Verbindung mit denjenigen bürgerlichen Parteien einzugehen, die sich bereit erklärten, ihr beim Aufbau der Republik und bei einer Politik des sozialen Fortschritts beihilflich zu sein.

Ich bin kein Lobredner der Koalition, ich sehe vielmehr die Aufgabe der Wähler bei den kommenden Wahlen darin, durch ihre Entscheidung jede Koalition überflüssig zu machen. Aber soviel möchte ich doch sagen: der Augenblick, in dem das Ergebnis der Januarwahlen vorlag, war einigermaßen ängstlich. Deutschland war seit zwei Monaten Republik, die Partei aber, die von Hause aus republikanisch gesinnt war, war in der Minderheit geblieben, der größere Teil der Nationalversammlung wurde von Reuten besetzt, die heute noch Monarchisten sind oder es gestern noch waren. Durch die Koalition wurde es möglich, die bürgerlichen Parteien auf den Boden der Republik herüberzuführen und eine ganz gewaltige republikanische Mehrheit in der Nationalversammlung zu schaffen. Ich gebe zu, daß diese republikanische Mehrheit in der Nationalversammlung kein unbedingtes Vertrauen beanspruchen konnte, aber es ist doch Tatsache, daß sie gehalten hat. Sie war gewiß nur ein tatsächliches

Hilfsmittel, eine Hilfskonstruktion, aber ich sehe nicht, wie die Republik ohne diese Hilfskonstruktion auch nur einige Monate hätte leben können.

Für neue Staatsformen wie für junge Menschenfinder sind die ersten Monate und Jahre ihres Daseins die gefährlichsten. Die deutsche Republik hat jetzt ihre schlimmste Gefahrenzeit überwunden, aber sie konnte es nicht ohne die Koalition. Das aber, was wir grundsätzlich wollen und was wir mit allen Mitteln der Verfassung erstreben, das ist natürlich nicht eine Koalitionsregierung, sondern eine rein sozialistische Regierung. Denn es liegt in der Natur der Sache, daß jede Partei nach der Macht strebt, und wenn auch die Vordermänner ängstlich werden — denn der Besitz der Alleinmacht ist wahrhaftig kein Vergnügen —, die Masse drängt sie doch vorwärts. Aber das möchte ich gleich sagen: Auch die sozialistische Regierung ist kein unfehlbarer Kapit, und sie ist kein Weichheitsmann, der einen Sad voll guter Dinge mitbringt. (Geisterfest und Sehr wahr!) Wahlbetrug, die den Wählern goldene Berge verspricht, wollen wir getrost anderen überlassen, die sie vielleicht treiben wollen. Wir halten es lieber mit der Aufrichtigkeit und sagen: nur durch eigene Kraft, durch eigene geistige Arbeit, nur durch Ueberwindung zahlloser Schwierigkeiten und eigener Irrtümer kann die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele gelangen. (Lebhafte Beifall.) Dabei wollen wir ihr helfen mit allen unseren Kräften. Aber wir sagen nicht: du brauchst nur diesen Stimmzettel hier abzugeben und dann hast du das Paradies!

Nein, den Wahlkampf so führen, das hieße wahrlich das Wesen wirklicher Demokratie verkennen und einem parlamentarischen Kreimismus fröhnen, der von der Weisheit der Gewählten und Regierenden alles erwartet.

Nein, mit der sozialistischen Regierung ist ein Anfang des Wegs gefunden, aber nicht das Ende, wird eine Arbeit begonnen, aber noch nicht vollendet, deren bester Teil von den Massen selbst geleistet werden muß. Die rein sozialistische Regierung kann nicht mit einem Schläge eine rein sozialistische Gesellschaftsordnung schaffen. Was kann sie tun?

Sie kann einen wichtigen Teil der Produktionsmittel in allgemeinen Besitz überführen, sie kann die Kapitalmacht unter die Kontrolle der Staatsmacht stellen, allmählich Plan und Ordnung in die Wirtschaftsanarchie bringen und auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik die Interessen der breiten Massen wahrnehmen.

Aber sie kann notwendige Entwicklungsstufen nicht überspringen und sie hat keinen Zauberstab, um diesen Elendshaufen, den uns der Krieg hinterlassen hat, in einen Glücksgarten zu verwandeln.

Die volksbetrügende Prophezeiung, man würde, zur Macht gelangt, alles mit einem Schläge zum Besseren wenden, überlassen wir den Kappps und Lüttwih' und ihren Gegenspielern von der anderen Seite. Es gibt leider ja auf beiden Seiten immer noch Dumme genug, die solchen Karolen nachlaufen. Das sind die politischen Analphabeten, Leute, die von politischen Dingen noch nie das geringste verstanden haben und die darum jedem Apostel, auch dem sinnlosesten, keine Kirche füllen helfen. Mit Marktschreibern und Demagogen treten wir in keinen Wettbewerb ein. Wir denken nicht daran, um die Leute von kreischenden Karolen abzulösen, noch kreischendere zu erfinden. Nein, als Sozialdemokraten haben wir stets unsere Aufgabe darin erblickt, Erkenntnis in die Köpfe einzuhämmern und ehrlich auszusprechen, was wir für die Wahrheit halten, mag sie auch diesem oder jenem unangenehm sein, mag sie uns auch diese oder jene Stimme kosten. Was durch demagogische Wahltricks gewonnen wird, ist ja doch nur Schwindelhafes, und nur dasjenige, was durch Einsicht und eigenes Nachdenken zu unseren Ueberzeugungen gekommen ist, das hält auch wirklich fest. Es ist auch nicht unsere Art, uns hinzustellen und zu sagen: „Seht, das sind unsere Werke, es ist uns alles herrlich gelungen!“ Nein, Genossinnen und Genossen, das ist es nicht! Was wir leisten konnten, bleibt hinter unseren eigenen Hoffnungen weit zurück. Ich möchte aber die Regierung sehen, die ein vom Krieg völlig ruiniertes Land übernimmt mit einer Bevölkerung, von der ein guter Teil aus Jammer und Not schier den Verstand verloren hat, und die dann ihre Sache so macht, daß alle mit ihr zufrieden sind! Mit diesen Einschränkungen kann ich sagen, daß es der Sozialdemokratie durch

die Politik, die sie verfolgt hat, doch gelungen ist, ganz Beträchtliches zu erreichen. (Sehr wahr!)

Ohne die Sozialdemokratie keine Republik, ohne sie kein gleiches Männer- und Frauenrecht, ohne sie kein Achtstundentag, ohne sie auch kein Anfang eines Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter im Produktionsprozeß durch die Betriebsräte, ohne sie auch kein Anfang zu einer sozial gerechten Steuergebung.

Ich begreife vollkommen die Entrüstung jener Genossen, die in der Nationalversammlung hingehend für den Fortschritt der Gesetzgebung gearbeitet haben, über Neuierungen kritiklosler Unzufriedenheit wie die, es sei „gar nichts geleistet“ worden. Dieses kritiklose Durunterreißeln des Erreichten ist genau so verwerflich, wie seine kritiklose Verherrlichung.

Kein Minister hat es schwerer als ein sozialdemokratischer Minister, das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Das kommt aber daher, daß die Sozialdemokratische Partei so gar kein Talent dazu hat, eine Regierungspartei im alten Sinne des Wortes zu werden. Ich sage, zum Glück nicht! Denn eine Partei der Zufriedenen, der leicht Zufriedenstellenden könnte die Sozialdemokratie nur sein, wenn zufriedene, saturierte Schichten hinter ihr ständen. Hinter ihr stehen aber die Massen der geistig und körperlich schaffenden Proletariat, steht eine Klasse der Vorwärtsdrängenden, Unzufriedenen, und da geht es ohne scharfe Kritik und ohne Prüffe nicht ab. Mir ist es aber immer lieber, wenn ich manchmal einen Stoß in den Rücken bekomme, als wenn ich mich beim Umsehen plötzlich allein auf weiter Flur befinde. Die Kritik gehört zum Wesen unserer Partei, und wenn sie sich auch gelegentlich etwas mild gebärdet, so schützt sie uns doch vor Verzopfung und Erstarrung. (Sehr wahr!)

Kritik ist geübt worden an unseren Grundfäden und an unserer Taktik. Was nun die Kritik an unseren Grundfäden betrifft, so glaube ich nicht in diesem Kreise nicht lange bei ihr aufhalten zu sollen. Seit jeher hat unsere Partei auf dem Standpunkt gestanden, daß alle Volksgenossen mit vollkommen gleichen politischen Rechten ausgestattet sein sollen, sie hat jahrzehntelang gegen schwere Bedrückung für diese Gleichberechtigung gekämpft, und sie hält jetzt an ihr fest als an dem besten Siegespreis, den sie aus der Revolution geholt hat, als an der sichersten Bürgschaft für den endgültigen Sieg des arbeitenden Volkes. Die Anwendung von Gewalt hält sie — nach Erstämpfung der Demokratie — nur dann für erlaubt, wenn es gilt, gewalttätige Angriffe auf die Demokratie abzuwehren.

Wo aber alle Volksgenossen ihre Stimme gleichberechtigt in die Waagschale werfen können, da hat die Mehrheit zu entscheiden, und die Minderheit hat sich ihr zu fügen, so lange, bis sie selber zur Mehrheit geworden ist.

Daran halten wir fest, danach haben wir gehandelt und denken wir weiter zu handeln. Und wir haben heute die Gemütuung, zu sehen, wie immer weitere Kreise sich aus ihrer früheren Verirrung auf die guten Grundfäden der Sozialdemokratie zurückbegeben. Die Zahl derer, die meinen, man könne durch Rutsch und Diktatur in ein paar Tagen erringen, was nur durch ehrlichen Kampf um die Geister in der Demokratie sicher gewonnen werden kann, ist im Abnehmen. Das liegt ja nun in der Natur der Sache. Denn jene, im Grunde genommen militaristische, auf die Gewalt schwärende Auffassung der sozialistischen Frage, wie sie von den Kommunisten und einem Teil der Unabhängigen vertreten wird, ist weiter nichts als eine geistige Kriegskrankheit, die verschwinden muß in dem Maße, in dem die Geister sich zu den Gedanken des Friedens zurückgewöhnen. Damit ist auch unsere Stellung zum politischen Rätesystem gegeben. Wir wollen nicht sagen, daß die Ausübung des gleichen politischen Rechts die Zusammenfassung der Wähler nach örtlichen Verbänden für alle Zeit aller Weisheit letzter Schluß sein müsse. Solange man nun aber nicht einen sicheren Weg zeigt, alle Volksgenossen nach Betrieben oder Berufsgruppen mit völlig gleichem Recht abstimmen zu lassen und ihnen dabei die volle Freiheit der Abstimmung und die einwandfreie Feststellung der Wahlergebnisse zu sichern, solange das politische Rätesystem nur als eine Art von Taschenpielerstück gedacht ist, um einer Minderheit die Macht über die Mehrheit zu verschaffen, solange kann unsere Stellung zu einem solchen Rätesystem

keine andere sein als die der grundsätzlichen Ablehnung. (Lebhafte Zustimmung.)

Anderes steht es jedoch mit den Mäten als einem Mittel, durch welches das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht der im Produktionsprozeß Tätigen verwirklicht werden soll. Denn als Sozialisten treten wir für die Aufhebung der Klassenunterschiede ein. Ein Zustand, in dem sich die Unternehmer und Betriebsleiter aus einer herrschenden Klasse rekrutieren, die Masse der ausführenden Hände aber von einer sozial beherrschten Klasse gestellt wird, bleibt weit von unserem Ideal entfernt. Wir wollen Kopf- und Handarbeiter zu einer organischen Einheit verbinden und alle produktiven Kräfte als denkende Menschen für das Ergebnis der Produktion interessieren, die letzten Endes zu Zwecken des Allgemeinwohls bestimmt ist. Einen Weg zu diesem Ziel sehen wir in dem wirtschaftlichen Mätenwesen, in den Betriebsräten, die sich in dem Maße, in dem sich die Arbeiterschaft mit ihrer neuen Aufgabe vertraut macht, zu immer wichtigeren Organen des Wirtschaftslebens entwickeln werden. Dabei verkennen wir keinen Augenblick, daß die Arbeiterschaft zur Bewältigung dieser neuen Aufgabe noch eine ungeheure geistige Arbeit zu leisten hat und daß sie diese Arbeit nicht leisten kann, ohne sich völlig mit dem Geiste des Sozialismus zu durchdringen. Nie darf sie vergessen, daß der Betrieb oder der Beruf nur ein Teil eines großen Ganzen ist und daß es unmöglich ist, diesen Teil zu fördern auf Kosten des Ganzen.

Soll das Mätenwesen nicht zu einem neuen Kampf aller gegen alle führen, der nicht minder schädlich wäre als die kapitalistische Anarchie, dann ist es erst recht notwendig, alle Kräfte zusammenzufassen und zum Bewußtsein ihrer Einheit zu bringen durch die Demokratie. Demokratie und Sozialismus gehören zusammen wie Form und Inhalt, wie Körper und Geist. Und darum eben sind wir Sozialdemokraten, weil es für uns keine Demokratie gibt ohne Sozialismus und auch keinen Sozialismus ohne Demokratie. Soweit werden Sie gewiß mit mir einverstanden sein.

Ich komme aber jetzt zur Anwendung unserer Grundsätze auf das praktische Leben, zu den Fragen der Taktik, zu dem Problem „Opposition oder Koalition?“ Ich weiß, ich würde mir einen großen rednerischen Erfolg bei einem Teil der Genossen sichern, wenn ich jetzt den Schwur ablegen würde: Wenn wir auch diesmal noch in der Minderheit bleiben sollten, dann gehen wir unter allen Umständen in die Opposition und bleiben in ihr so lange, bis wir Mehrheit geworden sind. Solche Schwüre wirken ja äußerst dramatisch, aber als ehrlicher Politiker soll man sie nicht ablegen, wenn man nicht ganz bestimmt weiß, daß man sie auch halten kann. In die Koalition mit dem Zentrum und den Demokraten sind wir gewiß nicht gegangen, weil uns eine unübersteigliche Liebe zu diesen bürgerlichen Parteien hingog, sondern deshalb, weil wir uns in einer Notlage befanden, in der wir nach unserer Überzeugung gar nicht anders handeln konnten, ohne die schlimmste Gewissenlosigkeit an der Arbeiterklasse und am ganzen Volke zu begehen.

Ich habe schon gesagt, daß die Ablehnung der Koalition im vorigen Jahre einfach die Auslieferung der jungen Republik an ihre Feinde, die Preisgabe aller Arbeiterinteressen bedeutet hätte.

Welche Garantie haben wir dafür, daß diese Situation nicht wiederkehrt? Es wäre der schlimmste Fehler, wenn wir unsere Taktik ein für allemal festlegen wollten ohne Rücksicht auf alles das, was kommen kann.

Ein gutes Beispiel dafür, um wieviel stärker die Verhältnisse sind als die stärksten Absichten, zeigen Ihnen die Vorgänge links von uns. Die Kommunisten wollten im Januar 1919 die Wahlen mit Gewalt verhindern, sie lehnten jede andere Art der Beteiligung an ihnen als etwa mit Maschinengewehren und Handgranaten grundsätzlich ab. Im Juni dieses Jahres aber werden sie sich mit dem Stimmzettel an ihnen beteiligen — sie haben ihr Gelübde gebrochen unter dem Zwang der Verhältnisse und müssen es sich heute gefallen lassen, daß sie bezogen von einem Teil ihrer früheren Anhänger als Zwacke und Verräter an der Revolution beschimpft werden. Oder die Unabhängigen! Die Unabhängigen haben vor dem 9. November an uns kein gutes Haar gelassen. Am 10. November vereinigten sie sich mit uns zu einer gemeinsamen Regierung.

Die Folge war, daß der rechte Flügel vom linken mit brutalster Gewalt berannt wurde und nach einigen Wochen aus der Regierung wieder auszubreiten mußte. Ein Jahr lang herrschte dann wieder zwischen den beiden Parteien der wüßteste Streit, jedes Zusammengehen schien eine Unmöglichkeit — bis ein neuer Stoß der Entwicklung die beiden ganz einfach packte und — ich habe keinen anderen Ausdruck dafür — zusammenschmiß. Ob die Unabhängigen wollten oder nicht, sie mußten mit uns gemeinsam die von ihnen so verlastete Republik gegen die Kapp-Lüttwisch verteidigen. Keine fünf Pfennige sollte vordem diese Republik nach ihren Versicherungen wert gewesen sein, jetzt auf einmal standen sie neben uns, um diese Republik mit dem Einsatz ihres Lebens zu verteidigen. Und jetzt tauchte auf einmal bei ihnen in ganz offizieller Form der Gedanke auf, nicht nur mit uns, den geschmähten Rechtssozialisten, eine gemeinsame sozialistische Regierung zu bilden, sondern — hören Sie und staunen Sie — man ging sogar einen Schritt weiter und war bereit, in eine sogenannte Arbeiterregierung einzutreten, die aus Sozialdemokraten beider Richtungen und Arbeitervertretern aus den bürgerlichen Parteien gebildet werden sollte. Ich frage Sie nun, Genossen und Genossinnen, ist eine solche sogenannte reine Arbeiterregierung etwa nicht auch eine Koalitionsregierung? (Sehr wahr!) Die Arbeitervertreter aus den bürgerlichen Parteien wollte man doch nur in die Regierung mit hineinhaben, um mit ihrer Hilfe eine parlamentarische Mehrheit zu bilden aus Sozialdemokraten und bürgerlichen Mittelparteien. Ist das nun eine Koalition oder ist das keine? Man müßte also die Hoffnung, eine Partei mit ganz reiner Prinzipienreize zu finden, aufgeben, wenn es nicht glücklicherweise noch eine K. A. P. D. gäbe. Diese Herrschaften sind ja das Nonplusultra von waschechem, von beredektem Radikalismus. (Große Heiterkeit.) Aber, Genossinnen und Genossen, an Ihrer Heiterkeit sehe ich, daß Sie schon wissen, worauf ich hinaus will — gerade diese K. A. P. D. hat ja das merkwürdigste Seelenbündnis geschlossen, das man sich ungefähr vorstellen kann, sie steht in den zärtlichsten Beziehungen zu Kapp-Lüttwisch und Genossen. Hier riecht es nicht mehr nach Koalition, hier stinkt es schon danach.

Nach solchen Erfahrungen möchten nun manche von Ihnen, daß wir uns hinstellen und ein Gelübnis ablegen sollen, wir würden uns, solange wir allein nicht die Mehrheit haben, jeder Art von Mitarbeit mit den bürgerlichen Parteien enthalten. Ja, Genossinnen und Genossen, ich glaube Ihnen schon gesagt zu haben, daß es zweierlei ist, solche Gelübnisse zu leisten und sie zu halten. Es gibt nun ein Mittel, die Notwendigkeit von Koalitionen auszuschließen, nämlich so stark zu werden, daß man sie nicht mehr braucht. Und ich erwarte von den Genossinnen und Genossen, denen die Koalition am schwersten im Magen liegt — ein reines Vergnügen war es ja für keinen von uns —, daß sie auch das meiste dazu tun werden, um uns durch einen vollen Wahlsieg von dieser Notwendigkeit zu befreien. (Lebhafte Beifall.) Die bisherige Koalitionspolitik wäre nun leichter zu verteidigen, wäre sie nicht belastet durch die sogenannte Moskew-Politik.

Genossinnen und Genossen, ich halte es für eine Ehrenpflicht, hier zu erklären, daß ich den Genossen Moskew auch heute noch als Parteigenossen schätze, daß ich seiner Persönlichkeit und seinen ehrlichen Absichten alle Achtung zolle, die sie verdienen. Ich möchte hier so laut wie möglich sagen: Diejenigen, ganz links, außerhalb unserer Partei, die Moskew am heftigsten schmähen, haben am wenigsten Recht dazu, denn sie haben ihn dazu gemacht, was er geworden ist, sie haben ihn zu seinen Fehlern geradezu gezwungen. Es ist nicht Moskews Schuld, und es ist nicht unsere Schuld, wenn es zwischen verschiedenen Teilen der Arbeiterbewegung zu blutigen Auseinandersetzungen kam, bei denen naturgemäß jeder Teil die Hilfe nahm, die sich ihm bot. Daß aber Moskew sich durch das Geschrei, die Drohungen, die gewalttätigen Angriffe von links blind machen ließ für die Gefahren von rechts, das war sein Fehler und sein Verhängnis. In dieser Beziehung hat Moskew schwer geirrt. Die moralische Entrüstung muß sich aber gegen diejenigen wenden, die ihn, den allzu Vertrauensseligen, verraten und im Stich gelassen haben. Das sind jene Offiziere, die in der Nacht vom 12. zum 13. März ihren Eid brachen, und jene anderen, die Moskew gegen die Eidbrecher und Meutrer die Hilfe verweigerten. Das ist das schmerzhafteste Blatt

der deutschen Geschichte, und als einziger Trost bleibt, daß es nur eine kleine Minderheit war, die durch diese Tat bis auf den Boden moralischen Niedrigs hinabsank. Es ist eine Infamie, jene Nacht des Verrats mit dem 9. November in irgendeinen Vergleich zu stellen. Am 9. November entlebte sich ein in die letzte Verzweiflung hineingehetztes Volk der ihm aufgezungenen Ketten, gab es einen Widerstand auf, der schon Wochen zuvor von den Spitzen der Obersten Heeresleitung als aussichtslos erkannt worden war.

Wie kann man diese gewaltige Volkstragödie in irgendeinen Vergleich stellen mit jener schmutzigen Hanswurstrade der Kapp und Genossen!

Die Offiziere, die jetzt ihren Eid brachen, hatten ihn kurz zuvor, ohne Zwang, aus freiem Willen abgelegt, zum Teil schon damals in der Absicht, ihn bei der ersten günstigen Gelegenheit zu brechen. Für sie kennzeichnend bleibt der Auspruch des Obersten v. Ledebour in Hamburg: „Ich bin bereit, zwischen 8 und 9 Uhr jeden Eid zu brechen, den ich zwischen 7 und 8 Uhr geschworen habe.“ (Bewegung. — Ruf: Und trotzdem läuft der Kerl frei umher!) Menschen, die so dachten und handelten, bleiben für alle Zeit gerichtet, für alle Zeiten gerichtet bleiben die Politiker, die sich aus ihrem schmutzigen Verrat Vorteile zu sichern gedachten. Sie wissen, es waren Herren von der Deutschen Nationalen und Deutschen Volkspartei. (Lebhafte Zustimmung.)

Trotz alledem, Genossinnen und Genossen, bleiben in unserer Erinnerung die Tage vom 13. bis 18. März Tage der Erhebung, denn die Schande der wenigen ist wettgemacht worden durch den Ruhm der vielen. Es gibt kein Wort, löbend genug, um die Schwungkraft, die Hingabe, die Opferfreudigkeit zu feiern, mit der sich die namenlosen Massen dem Verbrechen entgegenstimmten.

Vornean aber stand unsere Partei, und geläutert ist sie aus den Flammen jenes Kampfes hervorgegangen.

Nichts hat sich geändert an unseren Grundsätzen und unseren Zielen. Aber wo etwas schlapp geworden war, da hat es sich wieder gestrafft, wo die Kampfeslust in inneren Reibungen der Arbeiterbewegung zermürbt war, da hat sie sich wieder gestählt.

Wer es verlernt hatte, der hat es wieder gelernt, begeistert zu sein.

Wer daran gezweifelt hatte, daß wir Erobertes zu verteidigen haben, der hat die Wahrheit erkannt, als das eroberte Gut in Gefahr geriet, verloren zu gehen.

Wer den klaren Sinn dafür verloren hatte, wofür er eigentlich kämpfte, der hat ihn wieder gewonnen, und er kämpft mit uns mit verdoppeltem Eifer. Das alles verdanken wir dem Vorbilde der namenlosen Masse! (Lebh. Beifall.)

So gehen wir jetzt in den neuen Kampf. Wir wissen, daß er schwer sein wird. Unsere Gegner von rechts ersehen den Mangel an Argumenten durch einen ungeheuren Aufwand an Material — sie haben es dazu! In den Massen herrscht eine nur zu begreifliche Unzufriedenheit, und es ist für den gewissen Demagogen kein Kunststück, für das, was schlecht ist, diejenigen verantwortlich zu machen, die sich an verantwortlicher Stelle nach besten Kräften darum bemühen, daß es nicht noch schlechter wird. Zu alledem kommt das Wirken des französischen Militarismus, der durch die vertrags- und völkerverdrängende Beteiligung des Maitingues und seine sonstigen Taten geradezu als unbezahlter Agitator aller reaktionären Strömungen in Deutschland wirkt. Die Herren von der Entente haben ja früher immer gesagt, sie wollten nichts, als das deutsche Volk befreien, aber sie haben ihre Arbeit nicht nur uns überlassen, sondern sie uns auch mit jedem Tage schwerer gemacht.

Aber sie haben uns damit nur die Erkenntnis eingehämmert, daß unser Volk mit den anderen zusammen erst dann ganz frei werden kann, wenn sich alle von ihren Feinden befreien, alle gegen die Mächte der Vergangenheit, Kapitalismus und Imperialismus, in einen gemeinsamen Kampf eintreten. Für diesen Kampf wollen wir deutschen Sozialdemokraten in den kommenden Wahlen für unser Teil das Beste tun.

Damit streben wir aber auch dem Ziel entgegen, das wir nie aus den Augen verloren haben, der Einigung aller schaffenden Kräfte des Volkes und der ganzen Welt zu einer großen kämpfenden und aufbauenden Gemeinschaft. Wenn Sie, Genossinnen und Genossen, ins Land hinausgehen, dann rufen Sie es allen wertigtigen Volksgenossen, Arbeitern, Angestellten und Beamten, zu, daß wir die Träger dieses großen Einheitsgedankens sind. Fort mit allem Haber und aller Selbsterfleischung! Ein Ziel, ein Weg, ein Wille, und so — vorwärts!

Auf in den Kampf!

Es lebe die Einigkeit der Arbeit!

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

(Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bartels: Bevor wir in die Aussprache über das eben gehörte Referat Scheidemann eintreten, möchte ich mich einer Pflicht entledigen. Sie haben im jetzigen „Vorwärts“ gelesen, daß das Mitglied der Unabhängigen Fraktion der Nationalparlamentarier Genosse Emanuel Wurm verstorben ist. (Die Konferenzteilnehmer erheben sich von den Plätzen.) Genosse Wurm war ein langjähriger Kampfgenosse von uns. Wenn er auch in den letzten Jahren getrennt von uns marschiert ist, so hat er jedoch nie in der gefälligen niedrigen Kampfesart sich gefallen, wie sie leider manchen seiner Gefinnungsgenossen auszeichnet. Bei ihm war die Gesinnung Ueberzeugungssache, die er in sachlicher Weise zum Ausdruck brachte. Wir haben deshalb Ursache, seiner in Ehren zu gedenken. Ich konstatiere, daß sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

Die Diskussion wird eröffnet.

Roste: Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich hatte angenommen, daß eine größere Zahl von Wortmeldungen vor mir da seien, und ich hätte es gern gesehen, wenn ich in der Reihenfolge der Redner erst später in der Diskussion zum Wort gekommen wäre. (Zurufe: Kommt noch!) Dann werden Sie mich auf dem Posten finden und merken, daß ich immer in der Lage bin, Rede und Antwort zu stehen. (Beifall.) Wir können in den Volkskampf hineingehen mit dem Hinweise darauf, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen gezwungen wurde, in maßgebendster Weise bei der Leitung der Geschicke unseres Volkes und Landes mitzuwirken und daß sie dabei außerordentlich Bedeutames und Erfolgreiches geleistet hat. Daß unsere Leute draußen im Lande unzufrieden sind und an den Maßnahmen der Regierung eine ganze Menge anzusetzen haben, das ist durchaus erklärlich. Der wirtschaftliche Zusammenbruch, die Fortdauer der Blockade, die härteste finanzielle Belastung des Volkes müssen zur Folge haben, daß eine große Anzahl von berechtigten Wünschen der breitesten Volksmassen nicht erfüllt werden können. Daß daran Kritik geübt wird, ist eine Selbstverständlichkeit. Was ich aber vermisse, ist, daß neben berechtigter Kritik vollständig oder meistens außer acht gelassen wird, auf das hinzuweisen, was wirklich an positiver Arbeit vollbracht werden konnte im Interesse unseres Volkes. Bei einer großen Anzahl von unseren Parteizeitungen ist insbesondere in den letzten Monaten die negative Tätigkeit, die Kritik, vollständig in den Vordergrund gerückt. (Sehr richtig!) Leider wird außer acht gelassen, was wirklich von uns erungen worden ist, und es wird in absolut ungenügender Weise Gerechtigkeit geübt gegenüber den Schwierigkeiten, gegenüber den Hindernissen, die uns im Wege standen. Immer wieder und wieder glaubt man an eine Schuld der Führer, der sozialdemokratischen Minister, während doch kein Gott die jetzigen Schwierigkeiten rasch überwinden könnte, unter denen wir zu leiden haben. Ich gebe zu, daß ein beträchtliches Maß von Einsicht dazu gehört, kritisch abzuwägen das, was zu tadeln ist, da, wo vorwärts zu treiben ist, und gleichzeitig mit der erforderlichen Klugheit und Geschicklichkeit die Geschäfte unserer Partei durch Hinweis auf die erungenen Erfolge vorwärts zu bringen. Wie außerordentlich schwierig es für unsere Leute in der Regierung ist, die Geschäfte zu führen, und zwar so, daß ihnen nicht dauernd im Lande unberechtigte Vorwürfe gemacht werden, Kritik

geübt wird da, wo sie nicht am Platze ist, dafür ließen sich zahllose Beispiele anführen. Ich habe heute morgen flüchtig die „Freiheit“ daraufhin angesehen, wie Stellung genommen wird, nicht nur von unseren Gegnern von links, sondern auch von unseren Parteigenossen immer wieder und immer wieder gegen Maßnahmen der Regierung. Ich halte mich an ein Beispiel: Auf Drängen zum Teil auch unserer Leute, auf viele Hilferufe hin, hat die Regierung in den letzten Tagen dazu entschlossen, doch noch Teile von Truppen neben der Sicherheitspolizei in bisher unbefestigte Teile des Ruhrgebietes einrücken zu lassen. Es handelt sich um eine Maßnahme, die auch von den sechs sozialdemokratischen Ministern mitgedacht wird und beschlossen worden ist. Beantwortet wird diese Maßnahme der Regierung durch eine Resolution der U. S. P. D. und unserer Partei des Niederrheins, in der es vom Vorrücken von Truppen und Polizei heißt: „Als Gegner aller politischen Bestrebungen wird die Arbeiterchaft der Reaktion den Gesallen nicht tun, sich jetzt auf einen Kampf mit ihr einzulassen.“ Es wird weiter erklärt, im Augenblick werden wir vom Generalfreik Abstand nehmen, trotz des Einmarsches der Truppen. So wird also eine Maßnahme, die von unseren Genossen beschlossen worden ist, von einer Parteistelle beantwortet. Im Wehrministerium sieht jetzt auch ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär. Der Beschluß zum Einmarsch der Truppen wird als Maßnahme der Reaktion betrachtet, die man aus rein taktischen Erwägungen nicht mit dem Generalfreik beantwortet. Da ist es doch unmöglich, bei einer solchen Stellungnahme das Vertrauen bei den Massen zu unseren Ministern zu erhalten.

Genosse Scheidemann hat die verübete Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit als Folge des Zusammenarbeitens in der Koalition kritisiert. Daß diese Aufhebung augenblicklich noch nicht Gesetz geworden ist, liegt wirklich nicht an der Koalition im allgemeinen, sondern daran, daß die Nationalversammlung beschlußunfähig war, als darüber abgestimmt werden sollte und auch unsere Leute nicht in genügender Zahl vorhanden waren. Es wird aber bekannt, daß es sich um sachliche Schwierigkeiten handelte, die außerordentlich schwer zu beseitigen waren. Ich habe mich seinerzeit in Weimar für rasche Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit eingesetzt. Daß soviel Zeit darüber vergangen ist, lag daran, daß die bürgerlichen Gerichte nicht in der Lage waren, neben ihrer außerordentlich umfangreichen sonstigen Arbeit die ungefähr noch 80 000 schwebenden Fälle der Militärgerichtsbarkeit mit zu übernehmen. Nicht ein Verschulden irgendeiner Partei, nicht ein Verschulden der Regierung liegt vor, sondern eine sachliche Schwierigkeit, die in den einzelnen Ländern nicht zu überwinden war. In der Nationalversammlung, die in zwei Wochen ebenfalls zusammenkommt, wird hoffentlich ein Beschluß gefaßt werden, daß die Aufhebung beschlossen werden kann, so daß dieser Stein des Anstoßes aus der Welt geschafft ist.

Scheidemanns Hinweis darauf, daß ohne Putschaktivi von links eine Putschaktivi à la Lüttich nicht möglich gewesen wäre, ist durchaus richtig bis zu einem gewissen Grade. Nach meiner Ueberzeugung können alle diejenigen Leute vor links, die jetzt während des Wahlkampfes den Versuch machen wollen, uns Gewaltpolitik vorzuwerfen, falls sie nicht feige der Auseinandersetzung aus dem Wege gehen, immer wieder darauf hingewiesen werden, und mit vollem Recht, daß wir in keiner Situation als erste die Waffen aufgehoben haben, daß kein Mensch notwendig hatte, für innerpolitische Zwecke eine mehr oder minder starke Wehrmacht aufzustellen, wenn uns die Linksputschisten nicht dazu gezwungen hätten. Gestern haben in Berliner Versammlungen die Unabhängigen den Wahlkampf eröffnet. Dort hat Ledebour erneut vom Appell an die Waffen gesprochen, diesmal allerdings nur noch mit dem Hinweis darauf, daß man die Waffen führen werde, um Angriffe abzuwehren. Es darf daran erinnert werden, daß Ledebour noch vor wenigen Monaten auseinanderzusetzen, wie groß sein Verdienst gewesen, als er in den ersten Januartaugen in Berlin den Versuch gemacht hat, mit Waffengewalt die Regierung über den Dausen zu werfen. Lediglich eine Folge der Berliner Taktik der Unabhängigen sowie lediglich eine Folge von der Gewaltpolitik der Unabhängigen ist es, die in der ersten Revolutionszeit in Bremen, Braunschweig,

München usw. dazu geführt hat, daß wir eine Truppe aufstellen und zur Anwendung der Waffengewalt schreiten mußten. Das hat niemandem von uns Vergnügen gemacht, und ich habe mich wirklich nicht nach diesen üblen Geschäften gebrängt und bin mir nie eine halbe Stunde darüber im unklaren gewesen, daß diese Gesichte einmal endet mit einer mehr oder weniger weitgehenden Vernichtung meiner politischen Reputation. Der Versuch der Gewaltanwendung von links, der Versuch, die Revolution weiter vorwärts zu treiben — wie sie sagten —, hat uns den Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecklichkeiten und Gräßlichkeiten gebracht.

Daß wir in Deutschland ohne Versuche, reaktionäre Rückschläge herbeizuführen, auskommen werden, halte ich für ausgeschlossen. Gewiß wären die Rechtsleute niemals so läppig geworden und hätten niemals wagen können, so rasch die Fühlhörner wieder vorzutreten, wenn nicht die Arbeiterklasse ihnen das Schauspiel geboten hätte, sich gegenseitig auf den Köpfen herumzuklopfen und sich selbst zu zerfleischen. Damit war aber stets zu rechnen, daß diejenigen Leute, die in den ersten Novembertagen wie vom Sturmwind aus ihren Machtstellungen heraus weggeweht wurden, versuchen würden, einen Teil der verlorenen Macht auf die eine oder andere Art wiederzugewinnen. Diese Bestrebungen sind längst nicht abgeschlossen und werden Erfolg haben, auch ohne Putsch und Gewaltanwendung, wenn die Arbeiterklasse so töricht ist fortzuführen, sich gegenseitig die Köpfe einzuschlagen und die Wirtschaft weiter zu sabotieren, wie das leider das ganze Jahr lang in beträchtlichen Teilen des Reiches der Fall gewesen ist. Truppen hätten wir in Deutschland leider auch dann aufstellen müssen, wenn die innerpolitischen Auseinandersetzungen nicht gekommen wären, denn als ich in Berlin ins Amt kam, ging die Truppenbildung an der Ostgrenze auch in ziemlich gewaltigem Maße vor sich, ohne daß ich da Einfluß nennenswerter Art ausüben konnte. Die Ansammlung der Truppen im Osten, die notwendig gebraucht wurden, wurde von unseren Parteigenossen in Westpreußen, Ostpreußen usw. gefördert, auch von den Unabhängigen in Ostpreußen. Sie haben danach geschrien, möglichst viel Truppen zu schicken. Dann sind die Truppen eingeschickt worden, und dann haben unsere Leute kein Verständnis für die Schwierigkeiten gehabt, diese zusammengeballten Truppenmassen wieder auseinanderzubringen. Uebrigens habe ich nie der Auffassung zugeneigt, daß von der Regierung, und nicht zuletzt auch von mir, nicht Fehler mehr oder weniger bedeutender Art vorgekommen sein könnten. Wenn die Dinge vorüber sind, gilt noch immer das Wort, daß man geheimer ist, wenn man vom Rathaus herunterkommt, als zu dem Augenblick, wenn man hineinkommt. Ich lasse aber nicht gelten, daß die Vorwürfe berechtigt sind, die besonders in den letzten Monaten wie ein Hagelwetter beinahe jeden Tag von neuem auf mich niedergeprasselt sind. (Zuruf: Doch!) Es ist weder der Versuch unternommen worden, die Reichswehr zu verringern, noch ist verjüngt worden, sie zu jüben, noch habe ich in bezug auf die reaktionäre Gefahr mich vollständig einschläfern lassen. So sehr viel dümmere wie diejenigen, die jetzt leichtfertig Kritik üben, bin ich nicht gewesen. (Geisterzeit.) Ich bestreite nur, daß diejenigen Leute, die jetzt an meiner Haut ihre Zunge wegen, in der Lage sind, die Schwierigkeiten einzuschlagen, mit denen ich mich in den letzten 1½ Jahren habe in meiner Position herumwürgen müssen. (Sehr richtig!) Ich bestreite, daß Nennenswertes verjüngt wurde. Die Machtmittel, über die wir verfügten, sind zeitweise viel geringer gewesen, als unsere Leute sich eingebildeten, und auch heute sind unsere Machtmittel geringer, als unsere Leute draußen meinen. Ich bin jetzt glücklicherweise beinahe sechs Wochen aus dem Geschäft heraus, kann aber nicht sagen, daß ich mit Schadenfreude zusehe, daß jetzt an meiner Stelle zwei Leute sitzen, neben einem Demokraten auch ein sozialdemokratischer Unterstaatssekretär, und daß diese sich alle Vorwürfe, wie mir seinerzeit, zuteil werden lassen müssen. Die Marinebrigade Ehrhardt läßt sich nicht auflösen. Es ist richtig, daß es an sich ein schändlicher Zustand ist, daß wir zusehen müssen, daß da 4000 Reuterer sitzen und das wir nicht das Kunststück fertig bringen, sie auseinanderzubringen, und es ist weiter richtig, daß es eine Blamage ist, daß wir zusehen müssen, daß ein Mann wie Ehrhardt, der längst an die Wand hätte



gestellt werden können, noch immer im Lager sitzt oder in Wilhelmshaven Besuche macht, obwohl ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. (Sehr richtig!) Er war in Wilhelmshaven, und es ist Tatsache, daß er nicht zu erwischen war. Unsere Macht ist eben nicht stark genug. Ich behaupte, es ist aus der Reichswehr ausgeräumt worden, so viel ausgeräumt werden konnte. (Zuruf: Falsch, die Sozialdemokraten sind ausgeräumt worden!) Neben Sie nicht solch Zeug, ich werde Ihnen das Gegenteil beweisen. Als ich an das Amt herankam, gab es 32 000 aktive Offiziere, die mühten abgebaut werden. Ich habe mich in Deutschland vor und während des Krieges mit militärischen Dingen beschäftigt. Bis zur Revolution habe ich keine sozialdemokratischen und keine demokratischen Offiziere kennen gelernt. (Sehr richtig!) Daß es den einen oder anderen gegeben hat, kann ich nicht bestreiten, besonders unter den Reserveoffizieren. Von einem demokratischen oder von einem sozialdemokratischen Offizierkorps kann und konnte in Deutschland nicht gesprochen werden. Die Leute waren alle auf eine bestimmte Schablone einbezogen und dressiert, sie waren die Hohenzollerngarde und waren für politische Dinge nicht zu haben. Also das Kunststück, republikanische Offiziere hervorzustellen und eine republikanische Truppe zu schaffen, darüber kann man reden, aber um es zu machen, mußte man das erforderliche Menschenmaterial besitzen, das nicht da war. Von den Offizieren haben sich sehr wenige auf uns eingestellt. - Das ist nach den Vorgängen der ersten Revolutionszeit auch durchaus erklärlich. Die Leute kamen aus dem Felde heim und sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht glimpflich behandelt worden. Daß die Aussicht, in die Existenzlosigkeit hineinzugehen, die Leute verblödet hat, ist eine Selbstverständlichkeit, daß den Leuten der Kamm infolge der politischen Auseinandersetzungen geschwollen ist, ist erklärlich, wenn auch bedauerlich. In jedem einzelnen Falle, wo mir greifbares Material vorgelegt worden ist über reaktionäre Bestrebungen von Offizieren, ist durchgegriffen worden. (Zurufe: Nein, Nein!) Ja, sowie der eine raus war, war der andere da, ich sage ja, es war keiner von den Leuten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der auf uns eingestellt war, insofern blieb eine Menge zu wünschen übrig. Darüber bin ich mir jederzeit im Klaren gewesen, es war nur die Frage aufzuwerfen, wo das bessere Menschenmaterial herzunehmen sei. Scheidemann hat davon gesprochen, man hätte in der Zeit, wo Ruhe eingetreten war, dies besorgen können. Aber wann haben wir denn im letzten Jahr überhaupt Ruhe gehabt? Der Kommunifestakel begann im Januar in Berlin, Anfang Februar in Bremen, dann in Braunschweig, in Halle, in München im Mai, im Industriegebiet hat der Spektakel nicht aufgehört, dann ging der Madau in den ersten Januartagen 1920 in Berlin vor dem Reichstagsgebäude los, dann begann der Eisenbahnerstreik, dann der Streik im Ruhrgebiet, so daß ein Zustand leidlicher Ordnung und Ruhe überhaupt nicht während der letzten Zeit dagewesen ist.

Es wurden also eine Menge zu beanstandender Leute herausgeholt, es blieben aber viele übrig, an denen man keine Freude hatte. Daß man vor einem Jahr demokratische Truppen haben konnte, bestreite ich. Wir haben in Berlin, wofür jetzt unsere Leute anfangen sich zu begeistern, republikanische und revolutionäre Arbeitertrupps gehabt. Ja, weil sie nichts gekauft haben, nicht kämpfen und nicht zu haben waren, wenn Gefahr im Verzuge war, mußten wir zu einem anderen System übergehen. Wir haben den Versuch gemacht, unseren Parteigenossen das Einlenken zu neuen Verhältnissen zu erleichtern. Ich weise auf das Beispiel Hamburg hin. Die Hamburger haben sich ihre Sicherheitswehr aufgestellt, dann klappte es damit nicht. Dann haben die Hamburger Parteigenossen immer wieder gewünscht, daß wir Reichswehrsoldaten nicht hinständen. Es wurde der Genosse Lampe zum Oberkommandeur in Hamburg ernannt. Daß er mit Schwierigkeiten zu rechnen hatte, darüber war ich mir klar, aber immerhin, er war ein Mann, der mit Kraft und großem persönlichen Mut an die Sache herangegangen ist — und das Resultat? Das Resultat — nachdem monatelang ein sozialdemokratischer Reserveoffizier an verantwortlicher Stelle gestanden hatte — war der vollständige Kladderadatsch der Truppe, die geredet hat und die Waffe nicht in die Hand nahm, wenn man sie brauchte. Das ist die große Tragik, das

unsere Genossen als Soldaten der Republik vertragen. Manche unserer Leute tun sich jetzt vielfach etwas darauf zugute, daß sie die Revolution gemacht haben. Ich bin skeptisch in bezug auf die Leute, die jetzt so viele Töne reden. (Sehr richtig!) Ich habe sie zum Teil beim Geschäft gesehen. Als es zum Klappen kam, war doch die erste Voraussetzung, daß unsere eigenen Leute nur selber kamen und in Mammeszucht und guter Disziplin die Errungenschaften der Revolution verteidigten. Das haben sie in vielen Fällen nicht getan, sondern sind einfach weggeblieben, und die Folge davon war eine gewisse reaktionäre Gefahr, die ich nicht unterschätzt habe, die aber nur deswegen größeren Umfang annehmen konnte, weil unsere Leute nicht genügend auf dem Posten waren. Genosse Stampfer hat in den ersten Apriltagen dieses Jahres an die Parteipresse einen Artikel verfaßt. Ich habe den Wortlaut leider nicht hier, aber in einem seiner Sätze lautete er ungefähr dahin, daß es unser Unglück war, daß Moske nicht rechtzeitig vertanden hat, die Truppen mit republikanischem Geist zu erfüllen. (Sehr richtig!) Stampfer war auch Chefredakteur des „Vorwärts“ vor einem Jahre. Am 29. März 1919 hat die Kreisgeneralversammlung für Deltow-Beeskow-Charlottenburg beschlossen, der „Vorwärts“ dürfe Werbeinverate für die Freiwilligentruppen nicht aufnehmen. Das war die Zeit, als ich darangehen sollte, eine wirklich republikanische Truppe zu schaffen. (Hör! hör!) Und dann ist wenige Tage später die Preßkommission des „Vorwärts“ gekommen und hat beschlossen, der „Vorwärts“ darf Werbeinverate für die Freiwilligentruppen nicht aufnehmen, und der „Vorwärts“ hat die Werbeinverate nicht aufgenommen. Eine Reihe von anderen Parteizeitungen haben auch die Werbeinverate nicht aufgenommen, aber von jedem Spektakelstück, das sich draußen im Lande leider abspielte, ist in Presenleitern Notiz genommen und bewirkt worden, daß uns die Leute einfach weggegrault worden sind. Deswegen muß ich mir schon ausbitten, daß bei allem Recht der Kritik, das ich niemals den Parteigenossen freitig machen will, Maß gehalten wird, wenn es über mein Leber hergehen soll. Die Parteigenossen sollen gefälligst ihre eigenen Dummheiten und Fehler nicht vergessen, wenn sie jetzt den Versuch machen, mich zum Prügelknaben für ihre politische Einfischlosigkeit hinauftellen. (Sehr richtig! und große Anruhe.) Ebenso war es mit den Einwohnerwehren. Ich habe seinerzeit unsere Leute aufgerufen, in die Einwohnerwehren zu kommen. In Berlin hat man von dieser Sache nichts wissen wollen, und genau neun Monate, nachdem ich an die Aufstellung der Einwohnerwehren gegangen bin, ist der Parteivorstand gekommen und hat die Genossen aufmerksam gemacht, daß es wichtig sei, in die Einwohnerwehren hineinzugehen und sich dort eine Schutztruppe gegen die Konterrevolution zu schaffen. Vor ein paar Monaten habe ich den Versuch gemacht, jüngere zuverlässige Leute in die Truppe hineinzunehmen, weil die älteren herausgegangen sind. Wenn jetzt davon geredet wird, organisierte Arbeiter in die Truppe aufzunehmen, dann sollen unsere Leute nicht vergessen, daß der Mann, der in die Truppe eintritt, einen Schein unterzeichnen muß, daß er zwölf Jahre zu verbleiben hat. Wo kriegen sie denn die republikanisch-gesinnten Leute her, die sich dazu verpflichten so lange zu dienen? Also mußte der Versuch gemacht werden jüngere Leute einzustellen. Ich habe mit dem Präsidenten des Reiches und mit dem Finanzminister die Grundsätze vereinbart, nach denen die Truppe besoldet, entlohnt und später abgefunden werden sollte. Diese Grundsätze habe ich veröffentlichen lassen. Ich habe sie wieder im „Vorwärts“ noch in einer ganzen Anzahl von Parteizeitungen gefunden. Als ich daraufhin den Genossen Lader, der damals den „Vorwärts“ leitete, angesprochen habe: Ihr macht mir dauernd Vorwürfe, daß Geist in der Truppe ist nicht gut, zuverlässige Leute sollen hinein, aber wo ist denn nun der Aufruf, in dem den Leuten klargemacht wird, unter welchen Bedingungen unsere Leute eintreten sollen? Da hat er geantwortet: Erstens habe ich ihn nicht gesehen und zweitens, wenn ich ihn gesehen hätte, würde ich ihn nicht abgedruckt haben, denn ich muß doch mit der antimilitaristischen Stimmung rechnen, die eine ganze Anzahl Parteigenossen besetzt. Wie soll ich denn nun aus diesen Schwierigkeiten herauskommen, wenn man so im Stich gelassen wird von der Parteipresse und einem wesentlichen Teil unserer Parteigenossen?

Hinterher dann schimpfen und den scharfen Kritiker spielen ist ein sehr leichtes Geschäft. (Sehr richtig!) Deswegen wird es gut sein, daß eine mehr oder weniger große Zahl von unsren Parteigenossen erst einmal durch die Regierungsmühle durchgedreht wird, damit sie in der Fraktion und an anderer Stelle in die Lage versetzt werden, mit dem erforderlichen Verständnis zu wirken.

Das Schicksal des einzelnen Menschen spielt in dieser Zeit keine Rolle, und die Position eines Mannes, der Minister war, auf politischem Gebiet ist nicht wert, daß man viel darüber diskutiert. Nachdem alle Völker, die am Kriege beteiligt waren, Menschenopfer nach Millionen haben bringen müssen, spielt auch das Leben eines Mannes keine Rolle. Ich habe während des letzten Jahres einigemal Gelegenheit gehabt, Betrachtungen darüber anzustellen, wie es in der nächsten Minute im Paradiese aussehen wird. Das habe ich als Selbstverständlichkeit angesehen, (in großer Erregung) aber ich werde mich dagegen verwahren, daß leichtfertige Burden meine Ehre angreifen. Eine Parteizeitung, die dieses niederrichtige Treiben dauernd übt, ist z. B. die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“. Ich möchte wissen, woher der Mut der Mut aufbringt, dort in der Nummer vom 3. Mai einen Artikel mit der Ueberschrift zu bringen: „Protest gegen Koste und andere Verleumder“. (Sehr richtig!) Ich bin 1½ Jahre lang keiner Verantwortung aus dem Wege gegangen unter Heranziehung von Haut und Leben, und man kann mir nachsagen, soviel man will, aber daß ich bewußt unehrenhaft gehandelt habe, das habe ich nicht angenommen, daß jemand den Mut aufbringt, mir mit solchen Unterstellungen zu kommen. Bei solcher Methode der Kritik wird sich bald niemand mehr finden, der eine Verantwortung übernehmen will. Ich werde als Verleumder in einem sozialdemokratischen Blatt hingestellt, weil ich die Dinge in der Marine wahrheitsgemäß dargestellt habe. (Große Unruhe, Zwischenruf: Das ist nicht wahr!) Ich mache Euch den Verwurf, daß Ihr, wie so oft, auch in dieser Sache mit einer geradezu unerhörten Leichtfertigkeit auf bloßes Gerede hin mit der Ehre eines Parteigenossen schändlicher treibt. (Beifall und Widerspruch.) Wer von Euch hat sich die Mühe genommen zu fragen, was ich gesagt habe. (Zuruf: Nicht ein einziger!) Gesagt habe ich, daß infolge des Kapp-Putsch und infolge des Verhaltens einer Reihe von Offizieren aus der Marine ein Trümmerhaufen gemacht worden ist. (Zuruf: Wir haben ja gar keine Marine!) Das ist wahr, wir haben im Augenblick keine Marine. (Widerspruch.) Im Augenblick besteht nur die Möglichkeit, eine Anzahl von Minensuchbooten hinausgehen zu lassen, das ist kein militärisches Geschäft. (Zuruf: Wir haben keine anderen Schiffe!) Was ich gesagt habe, halte ich aufrecht, daß es notwendig ist, Offiziere in ihrem Dienst zu belassen. Neue Offiziere hineinzubringen, wenn man Schiffe auf See gehen lassen will, ob und wann das möglich ist, steht auf einem anderen Blatt; es kann aber nicht bezweifelt werden, daß man Schiffe nicht mit Dedoffizieren und Unteroffizieren in See gehen lassen kann! (Zuruf: Darüber sind wir ja auch einig!) (N. in großer Erregung: Warum schimpfen Sie dann auf mich, wer ist der Burde, der mich als Verleumder hinstellt? Dagegen kann sich jeder, der an Regierungsstelle gefessen hat, verwahren, daß er in solch hübscher Weise angegriffen wird!) (Sehr richtig!)

Der Wahlkampf muß selbstverständlich sachlich geführt werden, auch nach links hin. Machen Sie unseren Leuten draußen nicht den Kopf unklar, indem Sie darum herumreden, daß die Möglichkeit besteht, in absehbarer Zeit mit den Unabhängigen zusammenzugehen. Wenn das möglich wäre, müßte jeder von uns es aufs lebhafteste begrüßen; daß es nicht möglich ist, darüber besteht augenblicklich kein Zweifel. (Zwischenruf: Das ist sehr richtig!) Das ist im Interesse der deutschen Arbeiterklasse zu beklagen. Die Unabhängigen haben gestern in Berlin den Wahlkampf eröffnet; sie leben von der „Kostepolitik“ und den Vorwürfen gegen unsere Partei, und ich sage Ihnen, sie können bezwungen bis zu einem gewissen Grade davon leben, weil einer großen Zahl unserer Parteigenossen der Vorwurf gemacht werden muß, daß sie für die Politik, die sie bis in die letzten Monate vertreten haben, jetzt nicht mehr den Mut haben, einzutreten. Das ist ein Maß von Schlappeheit, das ich fest-

stelle. Die Unabhängigen wollen ihre Agitation treiben mit dem Hinweis auf die Kostepolitik, aber wie treiben sie denn jetzt die Politik in ihren Versammlungen? Ledebour spricht — nach dem Bericht der „Freiheit“ — davon, daß die Wege zu den großen sozialistischen Zielen mannigfaltig sind. Er sagt, wir werden eventuell gezwungen durch unsere Gegner, uns mit der Waffe in der Hand zur Wehr zu setzen. In der Diskussion setzten die Kommunisten — nach dem Bericht der „Freiheit“ — auseinander, Wahlbeteiligung ist unsinnig, und traten dafür ein, daß die Aktion des Kommunisten Stütz im Vogtland als vorbildliche Kampfmethode hingestellt wird. (Hört, hört!) Nach dem Bericht der „Freiheit“ heißt es weiter: „In seinem Schlußwort ging Ledebour auf die Einwendungen der Diskussionsredner ein und betonte besonders, daß zwischen der U. S. P. und R. P. D. eigentlich gar kein prinzipieller Unterschied bestände“. (Geiterkeit und hört, hört!) Eichhorn, der eine gewaltige Pause gegen unsere Partei hielt, hatte als wesentlichen Satz: „An Stelle Wilhelm II. hat man Ebert I. gesetzt, der diesen gutgeachteten Posten damit ausgefüllt hat, den Belagerungszustand aufrechtzuerhalten und eventuell Todesurteile zu bestätigen.“ Dann wird auseinandergelegt, daß nichts geleistet wurde, die Verfassung nichts wert sei, die Steuerpolitik nichts kauge, alles für die Katz sei usw. — Mit solchen Argumenten können wir das Wettrennen im Wahlkampf nicht aufnehmen. Wer jetzt in den Wahlkampf hinausgeht, muß den Mut haben, unseren Leuten auseinanderzusetzen, daß wir zwar weiter versuchen werden, in zähem Ringen Aufbauarbeit zu leisten, daß jeder aber ein Hansnarr ist, der dem Volke verspricht, in kürzester Frist ihm eine wesentliche Besserung seiner Lage bringen zu wollen. (Sehr richtig!) Unser Land ist so heruntergewirtschaftet, so bankrott, nicht zuletzt infolge des Unverständes einer Anzahl von Arbeitern, die irreführt sind durch politische Phantastien. (Sehr richtig!) Auch dazu muß und kann man den Mut haben, sich in der Versammlung hinzustellen und den Leuten zu sagen: Es ist gar nicht wahr, daß Ihr die Revolution gemacht habt, Ihr habt ja mit den Händen an der Hosennaht in den Betrieben gestanden und geschuftet bis zum letzten Augenblick, und habt erst Courage bekommen und das Maul aufgemacht in dem Augenblick, als keine Gefahr mehr vorhanden war. Und dann habt Ihr — das sagt z. B. Pieker Werftarbeitern — in großer Zahl in sträflicher Weise eure Pflicht gegenüber der Allgemeinheit vernachlässigt, wochen- und monatelang habt Ihr mit den Händen in der Tasche herumgelungert und habt auf Kosten des Staates gelebt, und nicht wenige haben gestohlen! Eine meiner letzten Regierungsmassnahmen war, daß ich die Anordnung traf, daß auch die Pieker Reichswerkt geschlossen werden sollte, weil innerhalb kurzer Frist nicht weniger als 400 Diebstähle festgestellt wurden. Ich sage nicht, daß unsere Leute daran beteiligt waren, aber an diesen Dingen soll man nicht vorübergehen und nicht so tun, als wenn die deutsche Arbeiterklasse alles schön und brav gemacht hat! (Zuruf: Wer will denn das tun?) Nein, das tun Sie nicht, aber ich führe es als Darlegung an, daß man der Unabhängigen Agitation mit guten Argumenten entgegentreten kann. Was wir geschaffen haben während des letzten Jahres, kann sich durchaus sehen lassen. Es ist nicht wahr, daß wir unsere Grundzüge verraten und daß wir infolge verschiedener Verhältnisse wesentlich umgelehrt haben, daß wir aufgehört haben, Sozialdemokraten und Demokraten zu sein, sondern unsere Tätigkeit auch in der Regierung war dauernd darauf gerichtet, durchzugehen, wofür wir Jahrzehnte unseres Lebens uns geplagt haben. Mit dem erforderlichen Nachdruck unsere Politik und unsere Ansichten vertreten, können wir nicht nur vor unseren Wählern bestehen, sondern die deutsche Sozialdemokratie wird auch in allen Ehren vor der Geschichte bestehen! (Zeilweiser Beifall!)

Dr. A. Braun (vom Parteivorstand) zur Gedächtnisrede: Jeder von uns hat begriffen, daß Genosse Koste das Bedürfnis gehabt hat, eine Rede zu halten; jeder von uns begreift, daß man zu der Rede Kostes Stellung nimmt. Aber andererseits ist das nicht der Zweck unserer Zusammenkunft. (Sehr richtig!) Wir haben die Pflicht, vorwärts zu gehen und zum Siege zu gehen. Diese Rede ist gehalten, sie mußte vielleicht gehalten werden. Ich beantrage formell, daß jetzt auf dieser Rede und was mit ihr zusammenhängen kann,

eine besondere Debatte geführt wird, ist diese abgetan, dann fangen wir damit an, was der eigentliche Zweck unserer Zusammenkunft ist, die Vorbereitung der Wahlen usw. Ich stelle formell den Antrag, daß der Vorsitzende jeden Redner befragt, der in der Reihenfolge gemeldet ist, ob er zur Rede des Genossen Noske Stellung nehmen will.

**H. Schulz** (vom Parteivorstand) zur Geschäftsordnung: Den Vorschlag des Genossen Braun halte ich nicht für richtig. Wenn wir jetzt mit einer langen Noske-Debatte beginnen, so würde dem eigentlichen Zweck der Zusammenkunft nicht gedient sein. Nach meiner Auffassung würde es genügen, wenn der Vorsitzende ersucht, den eigentlichen Zweck unserer Konferenz im Auge zu behalten, auf den Wahlkampf zu schauen und Noske soweit wie möglich nicht in die Debatte hineinzubringen.

**Dr. A. Braun** (vom Parteivorstand) zur Geschäftsordnung: Der Vorschlag des Genossen Schulz führt nicht zum Ziel. Ich stelle nochmals formell den Antrag, daß in der Debatte genau geschieden wird zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

**Vorsitzender Partells:** Genosse Braun hat zweifellos recht, daß der Zweck der Aussprache nicht Noske ist, sondern daß wir zusammengekommen sind, zur Stellungnahme zu den Reichstagswahlen. Freilich werden wir nicht umhin können, diese Sache zu streifen, und ich möchte daher, daß wir den Vorschlag des Genossen Braun zur Abstimmung bringen.

**Vorsitzender Parte:** Jeder von Ihnen steht ein, daß eine Debatte über die eben gehaltene Rede nicht vermeidbar ist, sie muß stattfinden und muß in diesem Augenblick geführt werden; jeder von uns steht aber auch ein, daß wir nicht die ganze Konferenz mit dieser Sache ausfüllen können. Wollen Sie also beides voneinander scheiden, dann debattieren wir jetzt über die Streitfrage von Noske und wenden uns dann den Reichstagswahlen zu.

**Genossin Bohm-Schuch** zur Geschäftsordnung: Ich bin anderer Meinung: Die 47 Redner, die vorgemerkt sind, werden alle zur Sache Noske sprechen. Es hängt diese Sache Noske so unzertrennlich mit der Politik zusammen, daß sie meiner Meinung nach nicht getrennt werden kann. Jedem einzelnen soll die Pflicht auferlegt werden, zum Referat Scheidemann und Noske zu sprechen und dann die anderen wichtigen Fragen zu behandeln.

**Vorsitzender Partells:** Wir kommen zur Abstimmung darüber, wer dem Vorschlag des Genossen Braun zustimmt (Zwischenruf: Das ist nicht zulässig!), zunächst den Fall Noske vorzunehmen. Jeder Redner wird erklären, ob er zum Falle Noske sprechen wird. Wer also dafür ist, daß so verfahren wird, den bitte ich die Hand zu erheben. Bitte die Gegenprobe. Das erste ist die Mehrheit — wir werden also derart verfahren.

Die Diskussion über die Rede Noskes wird eröffnet:

**Erger-Rohr:** Es ist richtig, wenn gesagt wird, man kann die Rede des Genossen Noske nicht übersehen. Ich stelle fest, daß Noske, wenn er auch mit denselben Mitteln gearbeitet hat wie in Weimar auf dem Parteitag, er doch in der heutigen Konferenz nicht den Resonanzboden finden konnte, wie in Weimar. Zunächst hat Noske gesagt, daß die Kieler Arbeiterchaft sich ein großes Verhängnis zuschulden hätte kommen lassen, weil sie nicht gearbeitet habe. Wie sah es denn aus: In der Reichswehr war keine Arbeit vorhanden, man konnte für diese keine Arbeit bekommen. Es lag nicht an der Arbeiterchaft, sondern am Reichsmarinamt. Wenn er von Diebstählen redet — er hat sich später berichtet, daß es nicht Parteigänger gewesen sind — so muß gesagt werden: 10 000 Arbeiter sind beschäftigt, da kann es leicht sein, daß einmal 400 Diebstähle vorkommen. Es wäre besser gewesen, wenn er diese Angelegenheit hier nicht zur Sprache gebracht hätte. Wir sind fast täglich mit Unabhängigen und Kommunisten in öffentlichen Versammlungen zusammen, dann ist es nicht Noske, sondern wir allein sind es, die die Politik verteidigen müssen, und wenn die unabhängige und kommunistische Bewegung in Schleswig-Holstein noch nicht so groß geworden ist wie hier, dann kommt das daher, weil wir andere Politik so geführt haben in Schleswig-Holstein. Wenn nun einige von den Genossen, die in der Regierung gewesen

sind, und deren System gerade nicht besonders vorteilhaft für die Arbeiterchaft gewesen ist, jetzt ihr System verteidigen, soll man ihnen sagen, daß es im Interesse der Partei besser ist, wenn sie sich im Hintergrunde halten und Gas über die Geschichte wachsen lassen. (Sehr richtig!) Von uns hat Noske keinen überzeugen können, daß sein System richtig war. Er weist darauf hin, daß die Inerate für seine Reichswehr nicht aufgenommen wurden. Ich weiß nicht, wie das hier bei der Reichswehr ist, bei der Marine lag es so, daß alles das, was im Geruch stand republikanisch und sozialistisch zu sein, systematisch aus der Marine herausgetrieben wurde. Wir haben so viele Beweise dafür erbracht, daß es uns leidtut, wenn man noch immer sagt, wir sollen Beweise dafür bringen. Was hätte es den Arbeitern genutzt, wenn sie sich zur Reichswehr gemeldet hätten, wenn sie sich nur als Kadavermenschen unter die Offiziere stellen, ohne irgendein Recht zu haben. Beim Rapp-Fuß haben wir in Kiel und in Schleswig getan, was wir für notwendig hielten, um ihn so schnell wie möglich zu Ende zu bringen, und ich glaube, daß wir unsere Pflicht getan haben. Wir sind vielleicht weiter gekommen als die übrigen. Wenn nicht alles gesetzmäßig gewesen ist, so frage ich: Sind denn Rapp und Lüttich gesetzmäßig gewesen? Da konnten wir nicht lange fragen, sondern mußten handeln. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben die Sache vollständig entstellt, wie die Artikel des „Lokalanzeiger“ und der „Deutschen Tageszeitung“ beweisen, es heißt da: „Im übrigen brauchen wir uns nur auf die Ausführungen des ehemaligen Reichswehrministers Noske zu berufen, der im Haushaltsausschuß genau dasselbe gesagt hat“. (Allg. Sach: Die Zeitungsmeldungen waren falsch!) Warum hat Noske keine andere Darstellung gegeben? In Kiel wird das von den Unabhängigen und Kommunisten gegen unsere Partei ausgenutzt, und darum hätte es berichtigt werden müssen. Man hätte über die Dinge in Kiel nicht sprechen sollen, ohne sich an Ort und Stelle zu informieren. Wir in Kiel wissen genau, die Werft arbeitet und erzielt bessere Leistungen gerade in technischer Beziehung als vorher, so daß nicht davon die Rede sein kann, daß die Verhältnisse gerüttelt sind. Das war es, was ich zu den Ausführungen Noskes sagen möchte.

Wir sind der Auffassung in Schleswig-Holstein, daß wir eine Diktatur nicht brauchen, weil wir darin nur einen Bankrott des Sozialismus erblicken. Er ist eine geistige Bewegung und wird aus sich heraus durch die wachsende Kraft seiner Ideen die Mehrheit des Volkes gewinnen. (Weißall.)

**Schwab-Breslau:** Genossinnen und Genossen! Daß die wirtschaftlichen Schäden in unserem Volk und Lande nach dem Krieg in wenigen Monaten nicht zu beseitigen sind, darüber sind wir uns alle klar, und daraus werden wir unseren Ministern keinerlei Vorwürfe machen. In wenigen Monaten läßt sich nicht aufbauen, was der Krieg seit Jahren zertrümmert und zerstört hat. Wer wenn im Wahlkampf uns die Namen der sozialdemokratischen Minister aus Butterbrod geschmiert werden, steht wohl der Name Noske an erster Stelle, sowohl wegen dessen, was er getan, wie wegen dessen, was er unterlassen hat. Ich will nur darauf hinweisen, daß er so viele reaktionäre Offiziere nicht entließ und sie auch noch mit außerordentlichen wichtigen Aufgaben betraute. Bei uns in Schlesien hat er es nicht möglich machen können, daß das Breslauer Volkwehrcorps in Breslau blieb und somit die Breslauer Bevölkerung ohne militärischen Schutz ließ. Das machen ihm die Schlesier und besonders die Breslauer zum Vorwurf. Da haben seine ganzen schönen Worte nichts genutzt. In zweiter Linie ist auch der Minister Peine bei uns in Schlesien in außerordentlichen Mißkredit gekommen, vor allem deswegen, weil er es nicht ermöglicht hat, die reaktionären Landräte und die reaktionären höheren Beamten zu entlassen. Die Arbeiterchaft wendete sich gegen die Einwohnerwehr, weil diese ihren Charakter geändert hatte. Die Einwohnerwehren sollten bei uns in Schlesien vor allen Dingen zum Schutz gegen die Polen und gegen den Spartakismus dienen, und die Arbeiterchaft hat gesehen, was alles als Spartakismus betrachtet wird. Darum haben wir seinerzeit eine Reorganisation der Einwohnerwehr

verlangt, die man uns nach langen Monaten auch zugestanden hat, aber als Weiter hat man uns jemand hingesandt, der ein reaktionärer Offizier gewesen ist. Darum haben wir jetzt im Wahlkampf einen schweren Stand gegenüber den Angriffen der Unabhängigen. Aber trotz alledem bin ich fest überzeugt, die heutige Aussprache wird in vielen Fragen eine Klärung herbeiführen, und es wird möglich sein, daß wir auch in diesem Wahlkampf glücklich abschneiden. Ich bin überzeugt, daß wir durch unsere Kritik heute diese Frage erlebigen werden, und wenn wir morgen auseinandergehen, werden wir einig und geschlossen uns in den Wahlkampf stürzen und die Fehler, die Heine und Noske gemacht haben, wieder ausmerzen. (Beifall.)

**Brettkorff-Brieg:** Wer den Genossen Noske eben so temperamentvoll hat seine Politik verteidigen hören und wüßte sonst nichts, der würde zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß muß mindestens der Mann sein, der ganz allein den Rapp-Rußsch zurückgeschlagen hat. Als ich in Weimar Noske gehört habe, stellte ich auch meine Beschwerden zurück. Die ersten Angriffe auf die Republik kamen ja in der Tat nicht von rechts, sondern von links. Aber bei der Aufstellung der Reichswehr hat Noske zweifellos die größten und schwersten Fehler gemacht, darüber gibt es nichts zu reden. Allerdings hat er recht, wenn er sich entschieden dagegen verwahrt, daß er in den Schmutz gezogen wird. Er hat Fehler gemacht. Daß er aber mit Wissen und Willen die Arbeiterklasse schädigte, das kann man ihm nicht nachweisen, das sollte man ihm auch nicht vorwerfen. Damit diskreditiert man auch die berechnigte Kritik, die man an seinen Handlungen eventuell üben kann. Wenn er aber sagt, er habe kein Material gehabt für die Reichswehr, so müssen wir ihm fragen: Warum haben Sie, Genosse Noske, überall die republikanischen Soldatenwehren aufgelöst, die aus lauter zuverlässigen Parteigenossen und Gewerkschaftlern gebildet waren? Im Krieg waren es 400 Leute, leuter alte erprobte Parteigenossen, eine tadellose Soldatenwehr, und es scheidet mir heute noch ins Herz, wenn ich daran denke, wie rücksichtslos sie aufgelöst und auseinandergejagt wurde, obwohl sich die Leute die größte Mühe gaben, in die Reichswehr übernommen zu werden. Fast nicht ein einziger wurde würdig befunden, übernommen zu werden. Offizieren, die eintreten wollten, wurde die Frage vorgelegt, wie sie sich zu den Soldatenräten gestellt hätten, und es genügte, wenn in den Papieren geschrieben war: „Er stand unter dem Einfluß der Soldatenräte“. Das hat genügt, um den Mann für die Reichswehr unmöglich zu machen. (Hört, hört!) Wir wissen, daß es ohne Disziplin nicht geht, aber, daß durch den vorläufigen Erlass über die Kommandogewalt den alten Offizieren wieder die Macht in die Hände gegeben wurde, das geht zu weit. Ich bin persönlich fest überzeugt, daß Noske ein Opfer seiner eigenen Ehrlichkeit geworden ist, er war zweifellos zu ehrlich für die alten reaktionären Offiziere. Ich hatte mit dem General Lequies eine Unterredung, und der sagte mir: Noske ist zweifellos ein ehrlicher und tüchtiger Mann. Ich habe vor drei Tagen eine Unterredung mit ihm gehabt und ihm vorgeschlagen, einige der entlassenen Offiziere im Grenzschutz oder im Zollschutz unterzubringen, und bei dieser Gelegenheit habe ich geäußert: 90 Proz. aller Offiziere sind Ehrenmänner. Darauf hat Noske erwidert: „Nein, nicht 90 sondern 99 Proz. sind Ehrenmänner“. Das war sein größter Irrtum. Als Wehrminister konnte und mußte er wissen, daß ein großer Teil der Offiziere außerordentlich unzuverlässig war. In seiner Ehrlichkeit wären wir um Haarsbreite zugrunde gegangen. Die Fehler Noskes stärkten die Aktion der Unabhängigen gegen uns so außerordentlich, im übrigen können wir ihnen mit gutem Gewissen entgegenreten.

**Läbe-Breslau:** Parteigenossinnen und -genossen! Ich habe den Genossen Noske nie persönlich angegriffen, sondern vor seinem Fleiß und seiner Aufopferungsfähigkeit, die er an den Tag gelegt hat, stets den größten Respekt gehabt und ich habe Achtung vor den Mächtigen, die er bei seiner Arbeit befehdet hat. Aber sachlich habe ich gegen seine Methode Stellung genommen, die ich für verhängnisvoll nicht nur für die deutsche Sozialdemokratie,

sondern auch für die deutsche Republik halte, wenn wir diese Methode nicht ändern. Nur aus diesem Grunde nehme ich die Zeit der Konferenz in Anspruch, um dadurch mit aller Deutlichkeit nach außen zu bekunden, daß die Ansichten, wie sie eben Genosse Noske vertreten hat, nicht Allgemeingut der Deutschen Sozialdemokratischen Partei sind. (Lebhaftes sehr richtig!)

Noske befreit, daß etwas veräuert worden ist, und daß unter den alten Verhältnissen nicht ausgeräumt worden ist. Ich sage: Es ist alles veräuert worden, der Republik Deutschland ein eigenes zuverlässiges Heer zu geben (sehr wahr), es ist nicht ausgeräumt worden mit dem alten Militarismus Preußens, der nur an Zahl verfeinert wurde, ohne daß in das Offizierkorps ein neuer Geist eingezogen wäre, auch zu einer Zeit, wo es möglich gewesen wäre, dieses Offizierkorps anders zusammenzusetzen. Noch immer ist ein Militarismus da, der in demselben Gegensatz zum deutschen Volke steht, wie unter der wilhelminischen Epoche und uns mit demselben Kastendünkel auf Schritt und Tritt begegnet, wie es immer gewesen ist. Kein deutscher Arbeiter konnte das Bemühtsein haben, daß dieses Heer ein Schutz der deutschen Republik wäre. Wer das vorher noch nicht wußte, mußte nach dem Rapp-Rußsch erkennen, daß wir uns einen Fremdkörper im eigenen Fleisch emporgedüht haben. Die Offiziere, der größte Teil der Mannschaften und alles Material, das die Republik begehrt, konnten gegen die Republik in Bewegung gesetzt werden, und man sagt, daß selbst diejenigen, die sich nicht aktiv an dem Rußsch beteiligten, dennoch unfähig waren, die Republik gegen solche Angriffe zu schützen. Wir wissen ja, aus welchen Ursachen das entstanden ist, und daß kein Grund zu persönlichen Vorwürfen vorliegt, wir wissen auch, von welchen Ereignissen das Kindesalter der deutschen Republik begleitet gewesen ist. Die Angriffe gingen anfangs nur von der linken Seite aus. Es ist die historische Schuld der links von uns Stehenden, daß es zu dieser Entwicklung bei uns gekommen ist. Deshalb dürfen wir aber die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, daß wir uns in der Abwehr der Gefahren von links mit unserem Heeresgebilde so weit nach rechts verirrt haben, daß heute die Gefahr von links verschwindet und in der ganzen republikanischen Zeit schon verschwinden war gegenüber der Gefahr, mit der die Republik von rechts bedroht war. (Sehr richtig!) Die Oberbefehlshaber dieser republikanischen Armee waren zum größten Teil dem alten preußischen Adel entnommen, die Offiziere waren mindestens zu 95 Proz. monarchistisch gesinnt. Sie sagten es ganz offen. Ihnen wurde es überlassen, einen Mannschaftsbestand zusammenzustellen, der aus jungen Leuten genommen, ganz und gar wie Wachs in ihrer Hand war, die sich gegen die Schöpfer der deutschen Republik verwenden ließen (Sehr richtig!) Auch darin ist keine Rechtfertigung zu sehen, wenn gesagt wird, wer würde wohl einen Verpfändungschein auf 12 Jahre unterschreiben? Hunderttausende sind fortwährend gegangen und immer neue dazugekommen. Wir haben bisher praktische Auswirkungen dieser 12jährigen Dienstzeit mit keinem Atem gemerkt. Im Gegenteil, es ist möglich gewesen, systematisch alle republikanisch Gesinnten auszumergen. Es waren nicht immer bloß Sozialdemokraten. Die sogenannten neutralen Mannschaften waren in Wirklichkeit unfähiges Material in den Händen der Offiziere. Überall wurden die Republikaner ausgemerzt. Man mußte mit Blindheit geschlagen sein, wenn man das nicht merken wollte. Überall, in Schweidnitz, Liegnitz usw. wurden Feldweibel entlassen, die anderen Platz machen mußten, und wer prüft, ob diese Leute zu entlassen sind? Ja, wir haben gar kein anderes Organ als dieselben monarchistischen Offiziere, die den Mann hinausgeworfen haben. So ist das Heer ein Werkzeug der Gegenrevolution geworden und auch nach der erlauteten Offenbarung des Rapp-Rußsch hat sich daran fast nichts geändert. Noch heute werden verfassungstreue Truppen aufgelöst. (Sehr richtig!) Wie zum Beispiel in Schlesien die Maschinengewehrabteilung vom 11. Regiment, die gegen ihre Offiziere sich auf den Boden der Verfassung gestellt hat, ebenso das Volkwehrcorps in Neuhammer. Anders dagegen steht es mit der Auflosstreue, die in Breslau unsere Druckerei zertrüm-

merkte, die Führer der Unabhängigen und Kommunisten ermordete, die die Organe der Regierung ins Gefängnis steckte, wie unseren Oberpräsidenten und den Volkgewerkspräsidenten. Noch nicht einer ist bestraft worden, und ich glaube, es ist nicht mal einer gefaßt worden. Aber sie schreiben Briefe an ihre Angehörigen. In einem dieser Briefe heißt es: „Wir heißen jetzt 15 Jägerbataillon. Es ist eine Namensänderung eingetreten, damit wir vor dem Breslauer Arbeiter Ruhe kriegen und es aussieht, als ob die Anführer aufgelöst wurden. In Wahrheit sind wir die alten geblieben.“ So werden also gegenrevolutionäre Truppenteile „aufgelöst“. Soweit ist es mit der Uebermacht der monarchistischen Clique gekommen, die zweifellos unter Noskes Augen herangewachsen ist, daß selbst die vom Reichskommissar beantragte Entlassung des Kommandeurs der Breslauer Mannen und seines Adjutanten wegen nachgewiesener Beteiligung am Kapp-Putsch nicht erfolgt ist. Die Leute sitzen heute noch im Amt und verurteilen den Vertrauensmann der Soldaten, der sich auf den Boden der Regierung gestellt hat, zu acht Monaten Gefängnis und sofortiger Verhaftung. Er sitzt hinter Schloß und Riegel. Wir haben uns bemüht, ihn frei zu bekommen. Die Kapp-Putschisten aber sitzen im Sattel.

Es wird unsere Aufgabe sein, in einem anderen günstiger zusammengekommenen Parlament diese Rechtsorientierung des Heeres rückgängig zu machen, und wir müssen uns offen die gemachten Fehler eingestehen, die keine persönlichen sind, die ebenso gewesen wären, wenn Wehrminister Scheidemann oder Löbe gewesen wären, die wir aber nicht ableugnen können. Deshalb werden wir unseren Wählern in der Agitation Gewißheit darüber verschaffen müssen, daß, ehe man uns das Mandat in die Hände gibt, die Geschichte unseres Vaterlandes mit zu beeinflussen, auch endlich zuverlässige, republikanische Raders aufgestellt werden, und daß mit dem Aufräumen begonnen wird bei den obersten Befehlshabern, nicht bloß in irgendeinem Winkel der Provinz. Wir müssen gründlich aufräumen mit allen verfassungstrennen Elementen. Jetzt glaube, wenn wir, soweit das Militärische in Frage kommt, dies zu unserer Wahlparole machen, können wir zur Not ausbeugen, was wir im letzten Jahre versäumt haben. Auf zum Schutze der deutschen Republik! (Lebhafter Beifall.)

Eingegangen ist ein Antrag auf Schluß der Noske-Debatte.

Zur Begründung des Schlußantrages bemerkt

**Wirbann:** Ich weiß nicht, ob noch sehr viel Material vorgebracht werden soll. Es liegt ja solches aus allen Gegenden vor. Im einzelnen kann es hier nicht geprüft werden. Die Hauptgesichtspunkte sind von den Genossen Noske und Löbe herausgearbeitet worden. Darum können wir Schluß machen.

Der Schlußantrag wird mit Mehrheit angenommen.

Vorsitzender Bartels: Wir kommen nun jetzt zu den eigentlichen Aufgaben der Konferenz.

**Kauf-Offenbach:** Parteigenossinnen und Genossen! Durch den Kapp-Putsch ist in die Arbeiterkreise große Verwirrung hineingetragen worden. Wir in Bessen haben die Beobachtung machen müssen, daß man in Berlin in Bezug auf den kommenden Wahlkampf durch den Kapp-Putsch und die Forderung, nach links hin Stellung zu nehmen, außerordentlich nervös geworden ist. (Sehr richtig!) Es ist ungewiss, ob das die große politische Gefahr nach rechts nicht zu verkennen ist, aber es ist Verwirrung dadurch entstanden, daß in weiten Kreisen der Arbeiterschaft auch die Ueberzeugung wachgeworden ist, wir haben im kommenden Wahlkampf eine geschlossene Linkspfalang zu bilden. Ich muß Ihnen offen gestehen, daß ich darin einen verhängnisvollen Fehler für unsere Wahltaktik sehe. Was können wir denn im Wahlkampf nach rechts hin verlieren? Gewiß für die Demokraten ist diese Gefahr außerordentlich groß. Für uns ist sie aber nicht vorhanden. So stark ist das Bewußtsein innerhalb der Arbeiterschaft schon, daß sie nach rechts hin keine Stimme abgeben werden. Viel größer ist die Gefahr für uns, daß wir nach links Stimmen verlieren werden, weil in weiten Kreisen der Arbeiterschaft durch jenes falschierte Denken an die sogenannte Einigung, die doch zurzeit nicht kommen wird, eine Verwirrung eingetreten ist. In unserem Bezirke ist es jetzt sehr häufig vorge-

kommen, daß man uns gesagt hat, ja, wenn wir eine Einheitsfront zu bilden haben, um nach rechts hin zu kämpfen, so wählen wir nicht mehrheitssozialdemokratisch, sondern wir wählen diejenigen, die in ihren Forderungen noch radikaler sind als die Mehrheitssozialdemokraten. Hier liegt aber für den kommenden Wahlkampf die Gefahr. In bezug auf Radikalismus können wir den Konkurrenzkampf mit den Unabhängigen nicht führen. Wenn wir die Scheidelinie gegenüber den Unabhängigen nicht ziehen und dadurch den Eindruck erwecken, daß es ganz gleichgültig ist, ob ein Mehrheitssozialdemokrat oder ein Unabhängiger gewählt wird, so wird ein großer Teil für die Unabhängigen stimmen. Dazu kommt noch etwas anderes. Aus allen Aeußerungen der Unabhängigen, aus ihrer Deklaration auf der Landeskonferenz in Sachsen, und vor allen Dingen aus den Aeußerungen Robert Ditzmanns in Frankfurt am Main geht hervor, daß wir uns den Unabhängigen unterwerfen sollen. Es richtet nur Verwirrung an, wenn wir nicht für den kommenden Wahlkampf eine klare Scheidelinie ziehen zwischen den Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokratie.

Vergessen Sie auch nicht den Eindruck in den besetzten Gebieten. Wir haben inzwischen die Besetzung des Maingaues erlebt. Das unabhängige Blatt „Volksrecht“ in Frankfurt hat geschrieben, daß den Unabhängigen die Besetzung durch die Franzosen lieber sei als die Besetzung durch die Reichswehr. Stellen Sie sich das einmal vor. Wir haben Marokkaner und Senegalesen als Besatzung, und da wird in einem unabhängigen Blatt derartiges geschrieben. Also ich möchte Sie bitten, im kommenden Wahlkampf eine ganz scharfe, klare Stellung gegenüber den Unabhängigen zu nehmen. Auch der Militarismus muß stärker bekämpft werden, und zwar jeder Militarismus, nicht bloß der deutsche, sondern ebenso der französische, den wir genau so zu spüren haben wie den deutschen. (Beifall.)

Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein, die bis 3 Uhr dauert.

#### Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Löbe eröffnet die Nachmittags-Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten und erteilt das Wort dem Genossen Verbiest zur Berichterstattung der Mandatprüfungs-Kommission.

**Verbiest-Kiel** (von der Mandatprüfungs-Kommission): Die Mandatprüfungs-Kommission hat die Mandate geprüft und folgendes festgestellt: Vom Parteivorstand sind 10, vom Parteiausschuß 37, von der Kontrollkommission 5, von der Fraktion der Nationalversammlung 18 und aus den Bezirken 136 Teilnehmer anwesend, außerdem sind vier Vertreter der Presse erschienen. Festgestellt haben wir weiter, daß von den Vertretern aus den Bezirken ebenfalls viele Pressevertreter anwesend sind. Insgesamt ist die Konferenz von 225 Teilnehmern besetzt. Ein Teilnehmer ist zugleich Mitglied des Parteiausschusses und Vertreter seines Bezirkes. Irgendwelche Beanstandungen der Mandate liegen nicht vor und beantragt deshalb die Mandatprüfungs-Kommission die Gültigkeit sämtlicher Mandate.

Vorsitzender Löbe: Widerspruch gegen den Antrag auf Gültigkeit aller Mandate wird nicht erhoben, damit sind dieselben für gültig erklärt. — Wir können nun in unserer Debatte fortfahren.

**Genossin Grünberg-Mürnberg:** Bei dem Wahlkampf werden besonders die Frauen eine große Rolle spielen, und zwar die Werbung um die Frauenstimmen. Diese wird ja von allen Parteien groß sein, und ganz besonders sehen wir, daß jetzt auch die Nationalliberalen es nicht verschmähen, sich um die Frauenstimmen zu bewerben und außerordentlich in dem Wahlkampf für die Frauenbewegung eintreten. Wir in unseren Versammlungen werden ganz besonders Wert darauf legen müssen, das Leben der Frau mehr in den Vordergrund treten zu lassen. Das Gefühlsleben der Frau hat in den letzten Jahren Außerordentliches durchmachen müssen: sie haben ihre Söhne, ihre Männer hinausgeschickt, sie haben das seelische Leid daheim durchgemacht, sie haben außerordentlich viel an Kummer und Entbehrung auf sich genommen. Zu diesen seelischen Leiden, die die Frauen durchgemacht haben, ist noch ein

weiteres hinzugekommen. Wir sehen, daß die Frauen nicht mehr in dem Maße wie früher dabei ihren Männern und Kindern widmen können, sondern daß sie im Erwerbaleben ihren Einzug gehalten haben. Wir sehen die Frau als Mutter, als Hausfrau und dann als Erwerbstätige. Und die Frau, die heute eine Erwerbstätige ist, die zu gleicher Zeit Hausfrau und Mutter sein muß, hat ein außerordentlich hartes Los. Wir, die wir nicht selber kochen müssen, die wir das Essen vorgefertigt bekommen, wir haben zum großen Teil keine Ahnung, was die Hausfrauen heute auf ihren Schultern haben. Allein die Versorgung des Wenigen, was sie zu den Mahlzeiten brauchen, erfordert außerordentlich viel Zeit und Mühe. Wir haben — wie Genosse Scheidemann sehr richtig sagte — ja das ganze Glend übernommen, wir konnten jetzt noch nicht der Menschheit das Glück bringen, das der Sozialismus der Menschheit bringen will. Wir müssen noch einen großen Weg vorwärts machen, um das der Menschheit zu bringen. Wir sollten die Erbitterung der Frauen sehr wohl beachten, und in allen Wählreden sollten unsere Redner darauf achten, auch der Frauen zu gedenken und auch an dem Gemütsleben der Frau nicht vorübergehen. Wir wissen, daß Mangel an Nahrung ja die Menschheit auch zum großen Teil krank gemacht hat. Und wer am besten ihnen das Leben, so wie es ist, vorstellen kann, der wird auch die Frauenstimmen bekommen. Wir müssen daran denken, wie schwer es für die Frauen ist, Wäsche und Kleidungsstücke für den Haushalt zu beschaffen. Hier hat wohl jetzt unsere Partei vorgearbeitet. All das, was die Nationalversammlung Gutes getan hat, wird sich in der Wirkung erst später zeigen. Es soll auch darauf hingewiesen werden, daß vorgearbeitet ist, daß auch in der Erlangung von Nahrungsmitteln, Wäsche und Bekleidung wohl in der nächsten Zeit eine Besserung eintreten kann und daß die Frauen nicht verzagen sollen und zu uns halten, denn wenn sie den verkehrten Weg gehen und sich Zentrum und Nationalberatern anschließen, sind sie wiederum die Geschädigten. Das muß den Frauen gesagt werden. Die Frauen haben durch die Sozialdemokratie außerordentlich gewonnen. Allein schon der Beweis, daß wir im Reichstag eine sozialdemokratische Konferenz abhalten können, daß die Sozialdemokratie überall auch in der Regierung vertreten ist, daß die Frauen mitarbeiten können, daß sie sich ganz besonders der Fraueninteressen annehmen können, ist schon ein gewaltiger Fortschritt dem Früheren gegenüber, und der soll nicht vergessen werden, auch nicht in den Versammlungen. Dadurch wird es uns möglich sein, auch in der ganzen Wirtschaftsfrage eine Veränderung eintreten zu lassen in der nächsten Zeit. Wenn die Sozialdemokratie in reichlicher Vertretung einzutreten kann, wird es ihr möglich sein, Fortschritte zu machen. Der U. S. V. muß in den Versammlungen entgegengetreten und gesagt werden: Wie uns die Kapp-Verurteilung geschadet haben, so hat auch Ihr uns geschadet. Jeder Putz hat dem Wirtschaftsleben schweren Schaden zugefügt. Wendet Euch an die Frauen, hebt die Frauen zu uns empor, singt den Frauen das hohe Lied des Sozialismus! Mit dem Wunsch, daß wir im Wahlkampf ganz besonders die Frauen als Wählerinnen für uns gewinnen, möchte ich Sie ersuchen, in den Wahlkampf einzutreten. (Bravo!)

**Dr. A. Braun** (vom Parteivorstand): Wir haben neben den großen Fragen, über die die Entscheidung zu treffen ist, eine Reihe kleiner Probleme zu prüfen, Probleme, die vielen Parteigenossen zu klein sind und doch eigentlich für unsere Zukunft Entscheidungen bringen. Ich habe selbst bei Kandidatenaufstellungen mitzuwirken gehäht und habe gefunden, daß eigentlich niemals leitender Gedanke war, wie soll der kommende Reichstag aussehen, welche große Verantwortung haben wir im Orte oder Bezirke bei der Aufstellung der Kandidaturen. Jeder sagt, dieser oder jener solle aufgestellt werden, diesen oder jenen können wir doch die Kandidatur nicht nehmen, aber selten ist gefragt worden: „Inwiefern haben die Erwählten ihre Pflicht getan und der großen Aufgabe genügt?“ Vielfach wird die Aufstellung der Kandidaten vom Gesichtspunkte der Belohnung als altes Parteimitglied behandelt. So wichtig es ist, die Zuverlässigkeit der Parteigenossen zu prüfen, bevor man ihnen ein Ehrenamt überträgt, so wichtig ist auch, sich zu fragen, ob sie in dem Ehrenamt auch das alles erfüllen werden, was man von ihnen erwarten soll. Nicht

von dem Gesichtspunkte, ob man in Nürnberg oder anderswo ein tüchtiger Parteigenosse war, kann die Aufstellung abhängig gemacht werden, sondern erste Voraussetzung muß sein, festzustellen, ob er immer den wichtigsten und schwersten Aufgaben, die an ihn im Plenum und in der Kommission gestellt wurden, entsprochen hat. So wie dieser Saal heute aussieht, so sieht er sehr häufig auch in den Plenarversammlungen des Reichstages aus. (Geisterzeit.) Die Siege der Sozialdemokraten sind sehr häufig nicht so besetzt wie sie besetzt sein sollen. Wir haben eine ganze Reihe von Abgeordneten, abgesehen von den durch Krankheit verhinderten, die hier fast niemals erschienen sind und die trotzdem das Mandat bekommen. (Hört, hört!) Wir wissen, daß es eine ganze Reihe sehr tüchtiger Parteigenossen gibt, die in ihren Kreisen unentbehrlich sind und die trotzdem in den Reichstag geschickt werden, und sind sie in diesem Saal einmal, so sagen sie: Am Gottes Willen, die Arbeit zu Hause wächst mir über den Kopf, ich kann ja nicht hier bleiben. Wir haben eine ganze Reihe von Bezirkssekretären und Untersekretären, die in die Nationalversammlung gewählt wurden, die in der unangenehmen Lage waren, entweder hier nicht ihre Pflicht zu tun oder ihren Bezirk vernachlässigt zu haben. Es ist freilich sehr spät, daß diese Mahnung kommt, aber ich glaube im Geiste des Amtes, in dem ich hier zu wirken habe, verpflichtet zu sein, Sie auf diesen Gesichtspunkt bei der Kandidatenaufstellung aufmerksam zu machen. Es ist vielfach der Gedanke „lauter neue Männer“ aufgetaucht und die alten Leute auf den Müll zu werfen. Vergessen Sie nicht, daß bei den neuen Männern die Tradition vollständig fehlt, daß der innere Zusammenhang dabei verloren geht. Eine Parlamentsfraktion muß sich nach und nach erneuern. Man kann nicht sagen „lauter neue Männer“ — diese Männer brauchen lange Zeit, bis sie sich hier wohlfühlen und festen Fuß fassen. Bis die neugewählten Abgeordneten richtig geföhlt haben, richtig die neuen Pflichten in den Kommissionen kennen, geht eine lange Zeit verloren. Soweit also in den Konferenzen, die am Ende dieser und Anfang nächster Woche stattfinden, bei der Kandidatenaufstellung die Prüfung vorgenommen werden soll, bitten wir, diese Gesichtspunkte zu berücksichtigen. (Zuruf: Wir müssen die Anwesenheitsliste kennen!) Die Bezirke haben immer die Möglichkeit, sich zu erkundigen und darüber Genaueres zu erfahren. Wir sind hier zusammengekommen, nicht um zurückzugehen, sondern um vorwärts zu arbeiten, wir sind hier zusammengekommen, um den Wahlkampf vorzubereiten. So wichtig Parteiprogramm, Veränderungen des Organisationsstatutes, Neugestaltung usw., so wichtig auch der Rückblick auf das, was gewesen, ist und die Rechenschaft von den Erwählten, so muß das doch alles heute und in den nächsten Wochen zurücktreten hinter den großen Plan, für die Sozialdemokratie am 6. Juni einen Sieg zu erringen. Wir müssen unsere Hoffnungen zusammenfassen in dem Bestreben, am 6. Juni eine Schlacht zu schlagen, wie sie der Wahlkampf noch nicht gesehen hat. Wir müssen uns zu einer größeren Steigerung unseres Willens aufrufen, weil wir wissen, daß bei allen unseren Gegnern rechts und links das im gleichen Maße der Fall sein wird. Es wird gekämpft werden um die ganzen Errungenschaften der Revolution, es wird gekämpft werden um die Staatsform in Deutschland, ob die Republik erhalten werden soll, ob sie abgebaut werden soll zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, oder ob die Monarchie zurückkehren soll, und ob sie sich aufs innigste verbindet mit den Interessen des Scharfmachertums. Wir müssen uns klar sein, daß größere finanzielle Mittel von uns gefordert werden, wenn wir uns im Wahlkampf durchsetzen wollen. Wir müssen die Arbeiterschaft zur größten Opferfreudigkeit erziehen, und diese zum lebendigen Feuer wieder erwecken. Wir haben ja mancherlei Verbündete. Zuerst ist ja eigentlich durch den Kapp-Putz die Notwendigkeit, die jeder Arbeiter und jede Arbeiterin in den Fingerspitzen fühlen muß, gegeben, daß wir der ganzen Welt und dem deutschen Volke zeigen müssen, wie wenige Leute hinter dem Kapp-Putz standen und wie viele als Verteidiger der Republik zusammenfanden. Wir müssen uns also klarmachen, daß wir in diesem Kampf am 6. Juni nicht einen Kampf um Mandate führen, sondern den Kampf der Arbeiterklasse, den Kampf aller nach Freiheit strebenden Elemente gegen das Scharfmachertum, gegen Monarchisten und Militaristen. Wir

müssen denen, die nicht die Wiederherstellung der Monarchie wünschen und hoffen, zeigen, daß eine gemaltige Mehrheit des Volkes zu uns steht, die wir die schärfsten und rücksichtslosesten Verfechter der Republik sind. Wir müssen den Arbeitern, Angestellten und Beamten vollständig klarmachen, daß unser Ziel sein muß, der Sozialdemokratischen Partei die Mehrheit im kommenden Reichstage zu sichern. Wir dürfen nicht von der Koalition reden, nicht von irgendwelcher Koalitionspolitik, sondern wir müssen den Arbeitern klarmachen: Unsere Partei muß Kraft aller unserer Anstrengungen und unseres Willens im Reichstage die Mehrheit bekommen! Das allein kann uns bestimmen in unserer Agitation. Haben wir nicht die Mehrheit in der Nationalversammlung bekommen, dann wird das unsere Schuld sein und die Schuld der Arbeitermassen. Das muß den Leuten gesagt werden. Andererseits kann ihnen auch gesagt werden: Und wenn Ihr die Mehrheit nicht erringt, wenn Ihr Euch wieder zur Koalition bequemen müßt, dann seid darüber im klaren, daß jedes Quenichen Einfluß durch die Koalition selbst ausgedrückt wird. Auch diejenigen, die in den Gedanken der Koalition eingelebt sind, müssen sich sagen, jeder Stimmengewinn steigert unseren Einfluß in der Koalition. Weiter ist der Gedanke der sozialistischen Regierung ein Ziel, dem wir alle unsere Hoffnung widmen, aber ein Ziel, das leider nicht nahe ist. Wir müssen uns fragen, ist, solange die Spaltung in der Arbeiterschaft vorhanden, die Möglichkeit einer sozialistischen Regierung gegeben? Da müssen wir sagen: Leider ist es nicht der Fall! Gar zu viele Splitter haben sich neben uns gefehrt; U. S. P. D., K. P. D., K. A. P. D., Syndikalisten, Anarchisten usw. Entscheidend aber ist, daß in keiner einzigen dieser Gruppen Einheit und Geschlossenheit vorhanden ist. Der Gedanke, den die Unabhängigen aufgebracht haben, „Koalitionsregierung ja, aber Koalitionsregierung proletarischen Charakters“, ist falsch. Damit, daß die Leute alle Arbeiter sind, ist noch nicht die Arbeiterregierung geschaffen. Eine Arbeiterregierung wird nur geschaffen, wenn sozialistisch überzeugte Männer und Frauen die Mehrheit im deutschen Volke gewinnen und eben durch diese Mehrheit das Ministerium schaffen. Wir müssen uns klar darüber sein, daß wir alles daransetzen müssen, aus eigener Macht den Sieg zu erringen, einen vollen Sieg, und daß wir diesen erringen können, wenn wir an ihm glauben. Sehen Sie doch überall die Zerjegungserscheinungen in den Parteien. Der Zentrumssturm zeigt Risse überall, Risse im Westen, in der Mitte des Landes, Risse in Bayern und überall. Sie sehen sie bei den Demokraten, wo sie in Zügen zur Deutschen Volkspartei übergehen, und bei den Deutschnationalen, wo die Leute zur Deutschen Volkspartei abschwenken, ebenfalls. Überall sehen Sie die Risse, auch bei der U. S. P. und bei der K. P. D. Sie müssen das Gefühl haben, es ist keine Partei so geschlossen geblieben wie unsere Partei. Wir haben zu wenig Selbstbewußtsein, zu wenig Glauben an uns. Wir sind die Partei, die allein die Revolution und die Umformung der Parteien überdauert hat als eine geschlossene einzige Partei. Was die U. S. P. D. uns negnehmen konnte, hat sie getan, sie kann uns nichts mehr wegnehmen. Die U. S. P. D. ist in die Verteidigungsstellung gedrängt, sie hat Angst vor den Kommunisten. Gerade weil diese sie angreifen, können wir den Leuten sagen: Wollt Ihr immer weiter spalten, wollt Ihr nicht zu uns kommen? Überall haben wir Uebertritte aus der U. S. P. D. zu uns, und statt sich dessen zu freuen, statt es zuverfünden in alle Welt, nörgeln wir an uns immer mehr herum. Wir müssen in den Wahlkampf alle mit der Ueberzeugung ziehen, daß niemand mehr den Sieg verdient als wir, daß wir die Partei sind, die die große Waffe der Kopf- und Handarbeiter hinter sich hat, und daß, wenn wir alle unsere Pflicht tun, wir den Sieg bekommen, daß die Mehrheit dieses Saales vom 6. Juni ab die sozialdemokratischen Vertreter haben. (Bravo!)

**Sollmann-Köln:** Genosse Braun hat gesagt, der Saal ist häufig so bejuchet gewesen bei den Sitzungen der Nationalversammlung wie jetzt — sehr selten ist der Besuch so gewesen! Das liegt zum Teil auch daran, daß die Regierungsverhältnisse die Parlamentarier mit Aemtern überhäufen. Es muß nachgeprüft werden, ob es bei den Aemtern notwendig ist, immer Abgeordnete dafür zu nehmen. Ich habe herausgefunden, daß jemand, der sein Mandat gewissenhaft erfüllen will, sich vollkommen auf die Parlamentsarbeit konzentrieren muß. Als Rhein-

länder möchte ich einen Wunsch an die Konferenz richten: Wir sollten in diesem Wahlkampf auch unser Ideal des deutschen Einheitsstaates in den Vordergrund stellen. Diese Frage wird in wenigen Monaten sehr aktuell werden. Im nächsten Jahre werden im Rheinland, vielleicht auch in Schlesien, vielleicht in Ostpreußen, vielleicht auch in Hannover große Bewegungen zur Abspaltung, zur Herbeiführung neuer deutscher Länder geschaffen werden. Ich glaube, die Sozialdemokratie und auch die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder dürfen sich von dieser Entwicklung nicht überraschen lassen. Wir müssen hierbei die Führung übernehmen und ich bitte, im Wahlkampf darauf Rücksicht zu nehmen. Es ist häufig auf die Schwäche des Zentrums hingewiesen worden. Die Leute, die jetzt vom Zentrum weggegangen sind, sind geschworene Gegner der deutschen Einheitsrepublik. Die Spaltung bedeutet für uns agitatorisch einen Vorteil, aber sonst ein wenig erfreuliches Moment. In der Wahlagitatio möchte ich Ihnen aus meiner Erfahrung den Rat geben, in Versammlungen über die Weimarer Verfassung zu reden. Hundert Schimpfen darauf, neunundneunzig haben sie nicht gelesen, und der Hundertste hat sie nicht verstanden. (Geisterzeit.) Ich möchte Sie bitten, daß Sie unseren Wählern draußen klarmachen, was das Volk durch die Verfassung erhalten hat und welche Rechte ihm zustehen. Ich wünsche die sozialistische Mehrheit, glaube aber, daß Braun und Scheidemann mit mir der Auffassung sind, daß es gut ist, die Erwartungen auf die praktischen Leistungen der sozialdemokratischen Mehrheit keineswegs zu übertreiben, denn auch diese wird nichts anderes als eine Koalitionspolitik treiben, zwar nicht mit bürgerlichem, wohl aber mit kommunistischem, zum Teil mit anarchistischem Einschlag, also eine Koalitionspolitik, die vielleicht schmerzlicher zu halten sein wird, als die den bürgerlichen Parteien. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch eine sozialistische Mehrheit ihre Politik im wesentlichen zunächst mit dem alten Verwaltungsapparat und mit den gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen führen muß. Ich glaube, es gibt kein Volk in der Welt und keine Arbeiterklasse der Welt, die so wenig gegen einen Schmachfrieden rüsten würde, wie es die deutsche Arbeiterschaft tut. Es ist bejammernswert, mit welch hündischer Demut der deutsche Arbeiter sich zum Versailles Friedensvertrag stellt. (Sehr richtig!) Wir haben weiter in der Wahlagitatio viel mehr, als es in den letzten Monaten geschah, die Erinnerung an den Krieg und seine Folgen wachzurufen. Bis weit in die Arbeiterklasse hinein haben viele Menschen den Krieg vergessen und überlegen nicht mehr, daß doch die wesentlichsten Uebel, die wir jetzt erleiden, ihre Wurzel im Kriege und nicht in der Revolution haben. Unsere Gegner werden die ganze Agitation darauf einstellen, als habe die Weltgeschichte erst am 9. November 1918 ihren Anfang genommen. „Der Feind steht rechts!“ Ich unterstreiche das, aber trotzdem — vergessen Sie nie, und die Gegner werden uns dazu zwingen, auch nach links hin Farbe zu bekennen. (Sehr richtig!) Ich fürchte nur, daß trotz allem guten Willen die Demagogie von links uns in weiten Kreisen Deutschlands dazu zwingen wird, auch nach links einen scharfen Kampf zu führen. (Sehr richtig!) Die Agitatoren der Kommunisten treiben demagogische Wahlagitatio. Es wird notwendig sein, daß in unseren eigenen Reihen ein Fehler während des Wahlkampfes vermieden wird, nämlich der, daß unsere eigenen Genossen — ich sage vielleicht noch ein Wort zu Noke — immer da sind, wenn es gilt, unsere Genossen herunterzureißen, daß sie aber zu feige sind, wenn es nach links gilt. Wir müssen, wenn wir uns überhaupt als Partei behaupten wollen, in diesem Wahlkampf nach rechts und links mit aller Gedankenschärfe und aller Dialktik den Grundsatz „Demokratie gegen Diktatur“ verteidigen. Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem wir eine derartige gradlinige Politik betrieben haben, daß wir keine Scheu vor dem Ausfall haben, aber Neben und Sie, Genosse Noke, gehalten, dürfen draußen im Wahlkampf nicht gehalten werden. Das darf mir Genosse Noke nicht übel nehmen, mit der Parole, die er heute ausgegeben, „Für die Nokepolitik“ können wir nicht den Wahlkampf aufnehmen. (Noke: Ist mir gar nicht eingefallen!) Der Parteivorstand hat bemerkt, daß er die Kandidaten für die Reichsliste aufstellt. Vielleicht erhalten wir Auskunft, wer diese Liste aufstellt? (Zuruf: Sie muß uns unterbreitet werden!) Diese Reichsliste kann unter Um-

ständen dem ganzen Wahlkampf den Stempel aufdrücken. Ich schließe mich ganz dem an, was Genosse Braun gesagt hat: Ich wünsche, daß alle Reffimiliten und Wörgler sechs Wochen lang das Maul halten und arbeiten für die Partei oder daß sie sechs Wochen lang in Schutzhaft genommen werden. (Geisterkeit.) Es kommt vor, daß drei Genossen zusammenstehen und sich gegenseitig darüber unterhalten, wieviel Mandate wir verlieren werden. Wer sich darüber unterhalten will, soll zu Hause bleiben, wer im Wahlkampf arbeiten will, muß an den Erfolg glauben! Da hat Genosse Braun mit Recht gesagt, die Revolution, die noch lange nicht zu Ende ist, zerlegt alle Parteien. Alle Parteien sind in einem gewissen Sättigungsprozeß begriffen. Ich bitte alle Parteigenossen, daß sie ja keinen Reffimismus hegen, alle Parteien werden schwer um die Macht zu ringen haben. Auch wir müssen darum ringen. Notwendig ist aber der Glaube an den Sieg und notwendig ist, wenn man arbeiten will, die Ueberzeugung zu haben, daß das, was wir getan haben in den 1½ Jahren, das Richtige und einzig Mögliche gewesen ist. Es kommt nicht darauf an, ob Koske und Scheidemann im einzelnen alles Richtige getroffen haben, die Frage ist die, wo ständen wir, wenn die Mehrheitssozialdemokratie nicht gewesen wäre? Wenn die Mehrheitssozialdemokraten nicht gewesen wären, wäre Deutschland längst im Abgrunde verfunken. (Sehr richtig.) Wir können nach außen sagen, dem ganzen Proletariat, daß wir es gewesen, die die revolutionären Errungenschaften des 9. November gesichert haben. Das ist der Erfolg unserer Politik. Wir wollen auf dieser Grundlage weiter arbeiten, wollen sagen, daß, nachdem wir die politische Demokratie haben, wir uns damit keineswegs begnügen, sondern daß wir mit der Demokratie die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse erringen wollen. Wenn wir so den Wahlkampf führen, wird der gesunde und klügste Teil des Proletariats der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten! (Lebhafter Beifall.)

**Vorsitzender Löbe:** Ich möchte die Frage des Genossen Sollmann beantworten. Parteivorstand und Ausschuß schlagen Ihnen vor, da erst die Hälfte der Bezirke ihre eigenen Kandidaten nominiert haben, und diese Nomination die Grundlage abgibt für das, was auf die Reichsliste gesetzt werden soll, eine Kommission zu bestimmen, die aus Ihren Reihen gewählt wird — sieben Mitglieder der Reichskonferenz und zwei Mitglieder des Parteivorstandes —, die die Reichsliste endgültig zusammenstellt. Weiter ist gefragt worden, weshalb die Antwenheitsliste der Fraktion nicht bekanntgegeben worden ist. Es waren hierfür nicht nur kameradschaftliche, sondern auch andere Beweggründe maßgebend; es würden sich bei einer unterschiedslosen Veröffentlichung Ungerechtigkeiten ergeben. Die Liste liegt im Fraktionsbureau (Zimmer 9) zur Einsicht aus.

**Grösch-Dresden:** Genosse Sollmann hat hier sich in scharfer Weise gegen die Reffimiliten gewandt und mit Recht, er hat die Parole ausgegeben: Schwarzeher werden nicht geduldet. Man kann wohl sagen, daß es nicht Schwarzehererei ist, wenn wir uns klar werden, was in der Agitation veräußt worden ist. Die Kernfragen des Sozialismus sind bisher bei uns in der Agitation zu kurz gekommen. Es ist richtig, daß wir vor allen Dingen die Interessen des Reiches voranstellen müssen. Neben den schwankenden Geistlichen der Unabhängigen nehmen wir uns immer noch gut aus. Wir können auch sagen, daß das Verhalten der Demokratie im Wahlkampf ein Plus für die Partei ist. Wir haben aber die Wirtschaftsfragen in der Agitation und Presse zu kurz kommen lassen. Wir leiden an einer programmatischen Unklarheit in Wirtschaftsfragen. (Sehr richtig!) Wenn die Gegner uns fragen: steht eigentlich die Sozialdemokratische Partei auf dem Boden der Zwangswirtschaft oder der freien Wirtschaft, so können wir nicht genau sagen, wie die offizielle Stellung der Partei ist. Die U. S. P. D. hat ein Aktionsprogramm ausgegeben, das in diesem Punkte Klarheit enthält. Das Erfurter Programm ist veraltet, denken Sie an die Sozialisierungsfragen. Wir haben eine Sozialisierungskommission gehabt, aber es sind noch keine methodischen Schritte eingeleitet zu den Anfangsstadien der Planwirtschaft. Wir müssen nach außenhin den Willen dazu sichtbar werden lassen. Es gibt Genossen, welche sagen, wenn die Vollsozialisierung durchgeführt wäre, wäre das wirtschaftliche Durcheinander kaum

größer, als es heute ist. Das ist nicht richtig. Wir müssen wenigstens innerhalb der Partei die Vorarbeiten der Planwirtschaft sehen. Wir können uns nicht auf die Dauer damit halten, daß wir diesen oder jenen großen Betrieb sozialisieren, sondern dadurch, daß wir auch auf wirtschaftlichem Gebiete die neue Wirtschafts- und Lebensordnung methodisch vorbereiten. Die Planwirtschaft ist ein wirtschaftliches System, das auch auf den empfindlichsten Wirtschaftszustand anwendbar ist, weil wir die Entwicklung der einzelnen Stadien beliebig verlängern oder verkürzen können, weil wir es in der Hand haben, das Tempo zu bestimmen. Heute ist es so geworden, daß sich die bürgerlichen Leute mehr mit Wirtschaftsfragen beschäftigen als wir. Es wäre auch, wenn die Reichskonferenz im Sinne des Aktionsprogramms eine Rundgebung an die Parteigenossen richtet, die die nötige Richtlinie für die Planwirtschaft enthält. Wir müssen die propagandistische Führung an uns reißer, wir dürfen nicht den Anschein erwecken, als wollten wir es dem Radikalismus überlassen, die Wirtschaft aufzubauen, sondern müssen den Willen sichtbar werden lassen zum Aufbau der Planwirtschaft. Um eine scharfe Stellungnahme zu den wirtschaftlichen Kernfragen kommen wir nicht herum. Die Reichskonferenz könnte immerhin einiges nachholen, wenn sie mit einem Aktionsprogramm an die Öffentlichkeit ginge, wenn sie den Genossen eine Richtschnur gäbe. Es ist auch richtig, wenn gesagt wird, wir müssen mehr Glauben an uns haben. Wir dürfen uns nicht verstecken vor den Unabhängigen und vor den Kommunisten, aber zum Selbstvertrauen gehört es auch, daß wir an die ganz großen Dinge herangehen, daß wir die sozialistische Zukunft der Welt in großen Umriffen zeigen. Wir brauchen die Fähigkeit der Masse, ihren Kampfwillen; wir wissen, daß die Masse nur zu gewinnen ist, wenn sie das Gefühl hat, daß wir unser Ziel, unseren Kampf einstellen auf das große Ziel des Sozialismus.

**Eng-Barmen:** Die Rede unseres Genossen Scheidemann, die wir heute hier gehört haben, hat sich außerordentlich gut angehört, ich habe sie noch einmal gelesen, sie liest sich noch schöner, als sie sich angehört hat. Aber ich muß sagen, daß ich durch den Inhalt der Rede doch einigermaßen enttäuscht war. Ich habe schon geglaubt, der Genosse Scheidemann würde in seiner Rede mindestens einen ziemlichen Aufschwung nach links machen, das hat er in seiner Rede durchaus nicht getan. (Widerpruch.) Was Genosse Scheidemann in seiner Rede ausgeführt hat, das ist einzig und allein, er hat die Politik unserer Genossen in der Regierung verteidigt. Nun liegt uns ja gar nichts daran, darüber zu reden, welche ungeheuren Schwierigkeiten unseren Genossen in der Regierung bereitet worden sind, nicht nur durch die politischen Parteien, insbesondere die Rechts- und die radikalen Linksparteien, aber es wäre doch die Pflicht Scheidemanns gewesen, in seinem Referat einen Strich zu ziehen über das Ergebnis der Politik unserer Genossen in der Regierung, und wenn er diesen Strich gezogen hätte, dann hätte er das Gefühl gehabt, daß außer den paar Dingen, die er angeführt hat, doch recht wenig für die Arbeiterklasse bei der ganzen Politik herausgekommen ist. (Widerpruch und Geisterkeit.) Wenn ein Teil von Ihnen darüber lacht, dann sind es diejenigen, die nicht draußen mit der großen Masse der Arbeiter in Berührung kommen. (Geisterkeit.) Die große Masse der Arbeiter draußen sagt Ihnen einfach . . . (Große Unruhe, lebhafter Widerspruch, Glocke des Präsidenten.) Man muß zu dem Schluß kommen, daß, wenn die Notwendigkeit wieder an uns herantritt, daß die Genossen in die Regierung eintreten müssen, nach den Wahlen sich aufs neue eine Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien als notwendig erweist, dann muß es aber anders gehen wie jetzt, dann darf diese Koalitionspolitik nicht einfach auf Rechnung der Sozialdemokraten gehen (Zuruf: Wie soll das geschehen), dann müssen auch die bürgerlichen Parteien nachgeben. Das wäre bei einem großen Teile möglich gewesen, auch selbst bei dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, den wir durchgemacht haben, wäre sehr viel möglich gewesen. (Zuruf: Was zum Beispiel?) Ich frage Sie: Was ist von dem großen Tamtam, der auch von uns gemacht worden ist, in den ersten Tagen nach der Revolution, in der Frage der Sozialisierung übriggeblieben? (Zuruf: Wir haben sie durchgesetzt!) Nichts ist übriggeblieben als die Plakate an den Straßenwänden, die da sagen, „die Sozialisierung ist da“. Nichts ist übriggeblieben, nicht weil unsere Genossen nicht gewollt haben und weil nicht die



Möglichkeit da war, denn das haben unsere Genossen oft genug gesagt, daß eine ganze Reihe von Industrien zur Sozialisierung reif ist. (Unruhe.) Da ist die große Masse der Arbeiter der Meinung, daß unsere Genossen in der Regierung doch nicht mit der nötigen Energie aufgetreten sind, das können Sie den Arbeitern einfach nicht ausreden. Die Arbeiter begreifen das nicht, wenn man ihnen monatelang erklärt, eine Reihe von Betriebszweigen und Industrien ist reif für die Sozialisierung, und es wird nicht einmal angefangen damit. Dann sagen die Arbeiter, wir sollen mit Nebenarten betrunken gemacht werden, und in der Sozialisierung geschieht nichts. Und wenn man die Fragen für die Reichstagswahlen neuwe passieren läßt, kann man nicht anders, man muß auch mit ein paar Worten auf die Politik mit der Reichswehr zu sprechen kommen. Die Frage der Reichswehr ist nach meiner Auffassung nicht eine Frage Noke. (Sehr richtig!) Ich bin der Ueberzeugung, daß Genosse Noke, als er den Posten übernommen hatte, eine Herkulesarbeit vor sich hatte, eine Herkulesarbeit, die zu bewältigen noch gehindert wurde von anderen unerhörten Schwierigkeiten und daß deshalb der Genosse Noke das, was wir erwarteten, nicht durchsetzen konnte. Aber, Genossinnen und Genossen, von dem, was da eingetreten ist, sollten wir für die Zukunft lernen, da sollten wir für die Zukunft lernen, daß nicht wieder etwas Neues, etwas Derartiges eintritt wie am 13. März, und die Genossen, die darüber zu befinden haben in der Regierung, die sind heute bereits auf dem besten Wege, jetzt aufs neue wieder den Weg zu beschreiten, der zu einem neuen Kapp-Putsch führt. Die Reichswehr, von der man jetzt mit einem Male, ein paar Wochen nach dem 13. März, behauptet, daß sie zum großen Teile verfassungstreu ist, die will man aufs neue durch Befehl der Regierung in Gebiete schicken und marschieren lassen, trotzdem dafür gar keine Notwendigkeit vorhanden ist. Darum haben wir auch in Verbindung mit den Unabhängigen den schärfsten Einspruch erhoben. Ja, Parteigenossinnen und Parteigenossen, das haben wir getan im Interesse unserer Partei. Wenn wir vor unsere Arbeiter hintreten und sagen, ihr müßt sozialistisch wählen, um die Republik und die Verfassung zu schützen und uns auf der anderen Seite die Reichswehr auf den Hals schickt, damit die Genossen die Wahlbewegung unter der Diktatur der Reichswehr machen müssen, dann ist das eine zwiespältige Politik. Wer es ist, der die Truppen kommandiert, die durch unsere Genossen in Bewegung gesetzt sind? Es sind die Befehlshaber, die wir kennen kennen in den ersten Kapp-Tagen, die öffentlich sich auf die Seite von Kapp und Lüttich gestellt haben. Es sind dieselben, die jetzt die Truppen nach den noch nicht besetzten Gebieten führen, um dort Mache dafür zu nehmen, daß wir am 13. März geschlossen für die Verfassung eingetreten sind und die Republik und die Regierung geschützt haben. Bei uns am Niederrhein ist die Auffassung, Kapp wäre nicht allein durch den Generalstreik gestürzt, wenn nicht zugleich mit Waffengewalt ein großer Teil der Militärmamilla im Industriebezirk zusammengehauen worden wäre. (Widerpruch.) Diese Auffassung mag ein Irrtum sein, aber ein großer Teil der Arbeiterschaft glaubt das. Es wird etwas daran sein. (Zuruf: Durch den Putsch habt Ihr die Militärmamilla wieder gestärkt!) Wir müssen die Dinge von anderer Seite betrachten. (Sehr richtig!) Die Dinge liegen so, daß unsere Genossen über die Militärmamilla in der Regierung keine Macht mehr haben und ihre Befehle von der Militärmamilla nicht befolgt werden, und da sollten unsere Genossen in der Regierung Farbe bekennen, nicht immer nur schönmalen und es so hinstellen, als wenn die Reichswehr verfassungstreu und zuverlässig wäre, sondern den Arbeitern sagen, wie die Dinge wirklich liegen. (Zuruf: Wie liegen sie denn?) Fragen Sie mal an beim Parteivorstand, wie sie liegen, warum man den Bezirken den Rat erteilt, die Waffen nicht an die reaktionären Truppen auszuliefern. Wenn man solche Befehle von oben herunter erteilt, muß man auch in weiten Kreisen der führenden Parteigenossen der Meinung sein, daß etwas nicht im reinen ist, und von diesem Standpunkt aus betrachten unsere Genossen die Wahlen und sagen: Wenn sie zu einem Erfolg für die sozialdemokratische Partei ausfallen sollen, dann müssen wir einen energischen Ruck nach links tun und erklären, daß die Koalitionspolitik für die Zukunft nur dann von der Arbeiterschaft geschützt

werden kann, wenn auch wirklich die bürgerlichen Parteien ein Opfer im Interesse der großen Masse des arbeitenden Volkes bringen. (Beifall.)

Der Vorsitzende teilt mit, daß das Referat Scheidemann als Flugblatt im Lande verbreitet werden wird.

**Berner-Hamburg:** Parteigenossinnen und Genossen! Gestatten Sie, daß ich auf einen Satz in der Rede Noke zurückkomme, von dem zu befürchten ist, daß er in der Wahlbewegung gegen unsere programmatischen Forderungen ausgenutzt wird. Bei der Demokratisierung des Heerwesens hat Noke besonders auf den Kladderadatsch der Hamburger Volkswehr hingewiesen, wie er sich ausdrückte. In Hamburg ist der Versuch gemacht worden, eine Volkswehr einzurichten, wie wir sie immer gefordert hatten, und sie ist keineswegs an den Gründen zusammengebrochen, die Genosse Noke heute angeführt hat, sondern sie hatte sich zunächst durchaus bewährt bei der Beseitigung der Raufenbergers Diktatur, wobei die Volkswehr durchaus Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft gestanden hat. Sie hat sich durchaus bewährt im April 1919, bei der Unterdrückung eines linksradikalen Putschversuches, und erst im Juli vorigen Jahres ist überhaupt zum erstenmal in Hamburg Blut geflossen in größerem Maße, weil vom Wehrministerium das Gefüge der Volkswehr untergraben war, weil alle diese Mannschaften im Kündigungsverhältnis stehen und dadurch in noch schlimmere Lage gebracht werden als jetzt die Baltikumer. Ich möchte wünschen, daß Noke bei der Veröffentlichung von Aktenstücken auch das Ergebnis des Hamburger Untersuchungsausschusses berücksichtigt. (Noke ruft: Den kenne ich.) Ich habe das mit hier hereingezogen, weil wir jetzt unbedingt auch in diesem Wahlkampf festhalten müssen daran, den Militarismus als Feind zu bekämpfen und uns keineswegs irgendwie mit ihm auszusöhnen.

Dann möchte ich noch auf die vielangefochtene Haltung der Parteipresse eingehen. Es wird kaum ein Blatt geben, mit dem unsere Regierungsmitglieder durchaus zufrieden gewesen sind. Ich möchte aber trotzdem sagen, daß, wenn wir siegesgewiß in den bevorstehenden Wahlkampf ziehen können, das wesentlich mit zu danken ist der Haltung unserer Parteipresse. Denn wenn jebermann darauf hinweisen wollte, was durch unsere Vertreter in der Regierung erreicht ist, oder was durch die Fraktion in der Nationalversammlung erreicht worden ist, dann würden wir damit, auch wenn wir das noch so sehr herausstreichen, doch keinen allzünstigen Eindruck erzielen. Es gehört dazu auch, überall darauf hinzuweisen, daß, wenn wir nicht alles erreichten, was wir erreichen wollten, unsere Parteipresse stets auch die Regierungsmaßnahmen als unzulänglich oder verkehrt kritisiert hat. So unterstreiche ich auch die Worte Scheidemanns, der heute auf den Nutzen dieser Kritik, dieser „Nippenstöße von hinten“, Stöße in den Rücken, hingewiesen hat, und das wird unsere Parteipresse auch künftig nicht unterlassen dürfen. Wir dürfen keine offiziöse Parteipresse haben in dem Sinne, wie es früher eine gab, aber wir können uns sehr wohl die ausgeprägt konservative Presse unter dem alten System zum Vorbild nehmen, die trotz ihrer Königstreue und Regierungstreue sich nie geschämt hat, an der Regierung alles das zu kritisieren, was ihr nicht gefiel, und so wird unsere Parteipresse es auch halten müssen. Nur dann wird die lebendige Verbindung zwischen der Regierung und dem Volke erhalten bleiben. Ich setze allerdings voraus, daß beim bevorstehenden Wahlkampf auch diejenigen Parteiorgane, die jetzt mit am schärfsten die Regierung kritisiert haben, gezwungen sein werden, sie zu verteidigen und die Erfolge stärker zu betonen, als das, was nicht erreicht ist. Dazu werden sie durch den ganzen Gang des Kampfes gezwungen sein. Aber so wird allerdings niemand reden und schreiben dürfen, wie der Vorredner, der damit in den Wahlkampf ziehen und sagen will, wir hätten überhaupt nichts erreicht, und der ganz besonders unsere Partei deshalb kritisieren will, weil auf dem Gebiete der Sozialisierung zu wenig erreicht worden ist. Parteigenossinnen und Parteigenossen! Das Wort „Sozialisierung“ ist im wesentlichen zu einem Schlagwort gemacht worden. (Zuruf: Nicht von uns!) Auch von uns! Ich möchte daran erinnern, daß vor der Revolution niemand ernsthaft daran gedacht oder davon gesprochen hat, daß unmittelbar nach dem Kriege mit Vergeßenschaft der Produktionsmittel be-

gonnen werden könnte. Die Revolution kam zum Ausbruch infolge der Sehnsucht nach Frieden, der absoluten Unzufriedenheit mit dem alten absolutistischen Regiment und mit dem Militarismus, und das Programm, das nach der Revolution verwirklicht werden mußte, war die Beseitigung und Ueberwindung dieser Mächte. Von Sozialisierung hätte, wie wir heute nach unseren Erfahrungen sagen müssen, am besten gar nicht gesprochen werden dürfen, denn, was man unter diesem Namen gewöhnlich sich vorstellt, ist im besten Falle Verstaatlichung oder eine Begünstigung genossenschaftlicher Produktionsweise; auch da wird man sehr langsam vorgehen können. Das muß im Wahlkampf ganz offen ausgesprochen werden. Wenn es überhaupt notwendig sein wird, die Gefahren, vor denen wir stehen, und die feindlichen Mächte, die noch zu überwinden sind, nicht zu verkleinern, sondern so groß, wie sie sind, auch darzustellen, das wird den Mut ganz besonders der Arbeiterklasse gewiß nicht herabmindern. Das ist keine Schwarzjeherei, sondern damit stählt man nur den Mut der Kämpfer und sorgt dafür, daß das richtige Augenmaß für das Erreichbare geschaffen wird.

Vor allem muß ausgesprochen werden, daß ja der Krieg nicht mit einem Siege des Sozialismus, sondern kapitalistischer Weltmächte geendet hat, und es ungeheurer Anstrengungen bedarf, diesen Sieg des Kapitalismus in einen Sieg des Sozialismus umzuwandeln. Wir glauben selbstverständlich, daß in diesem Kampf zuletzt der Sozialismus Sieger bleibt, aber einstweilen ist er es noch nicht, und es wäre ganz falsch, im Wahlkampf Vorstellung zu erwecken, als wenn es an einem guten Ausgang dieses Wahlkampfes läge, ob der Sozialismus in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Deshalb begrüße ich es, daß ein Aktionsprogramm ausgearbeitet wird, in dem, wie ich hoffen möchte, nur die Forderungen aufgenommen werden, die in absehbarer Zeit durchzusetzen sind. Davon kann selbstverständlich gar keine Rede sein, daß wir uns irgendwie in die Stellung der reinen Opposition begeben, sondern unsere Aufgabe muß sein, positiv überall mitzuarbeiten, damit wir Laten aufweisen können. Es wäre außerordentlich gut gewesen, wenn wir mit mehr Laten hätten aufwarten können, besonders nach dem Rapp-Butsch. Wir müssen heute feststellen, daß das nicht geschehen ist, daß vielmehr die Mächte auf der anderen Seite stärker gewesen sind, als der gute Wille der Vertreter unserer Partei in der Regierung. Wenn es sich aber herausstellt, daß ganz besonders auch die Bestrafung der Täter von rechts her daran scheitert, weil unsere Parteigenossen erklärten, daß ihnen nicht die nötigen Nachmittel zur Verfügung stehen, dann muß auch das offen ausgesprochen werden; es darf nicht, wie es bis jetzt häufig geschehen ist, darauf hingewiesen werden, daß ja die Partei in der Regierung diesen Kampf noch durchzuführen in der Lage sei. Gerade das hat gegen das System Noske die große Mißstimmung erzeugt. Es ist nicht so, daß von Anfang an schon starkes Mißtrauen dagegen bestanden hätte, sondern die Politik des Genossen Noske, die durch seine eigene Veredsamkeit unterstützt wurde, hatte dazu geführt, daß sich ein außerordentliches Vertrauen verbreitet hatte, und dann war natürlich die Enttäuschung um so größer. Darum möchte ich bitten, daß bei einer künftigen Koalitionspolitik, wenn sie, wie vorausgesehen ist, nicht zu vermeiden sein wird, nicht immer wieder der Eindruck erweckt wird, als ob wir mehr erreichen könnten, als tatsächlich der Fall ist, daß man nicht Erwartungen hervorruft, die später nicht erfüllt werden können. Und daß ganz besonders auch nicht mehr die Genossen begünstigt, die auf die Gefahr hinweisen, denn gerade das, was Noske häufig mit einer Handbewegung zurückgewiesen hat, ist in der Parteipresse oft genug nachdrücklich betont worden. Die Bewegung nach dem 13. März ist so stark abgeflaut, weil nachher doch die Regierungsmänner mit der Erklärung auf den Plan treten mußten: wir übernehmen das Programm der alten Regierung.

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir es nach wie vor mit einer starken kapitalistischen Gesellschaft zu tun haben, die in Zukunft mehr noch als bisher von der Solidarität der bürgerlichen Parteien gestützt und getragen wird. Und wobei es schließlich doch herauskommen muß auf eine Gegenkoalition aller arbeitenden Schichten, und wir werden gerade unsere Partei auch in den Dienst dieser neuen Richtung

stellen müssen, deren Ziel es ist, schließlich auch über die alten Parteiprogramme hinaus ein Einheitsprogramm aller arbeitenden Schichten gegenüber den Vertretern des Kapitals zu schaffen. Das braucht keineswegs zu Zugeständnissen an die radikalste Linke zu führen, sondern im Gegenteil, das wird uns von dieser trennen. Wir haben speziell in Hamburg die besten Erfahrungen damit gemacht, daß wir feinerlei Kompromisse auch mit der Linken geschlossen haben, sondern gegen diese den Gegenstab ebenso scharf hervorgekehrt haben wie gegen rechts. Das versteht der größere, vernünftiger Teil der Arbeiterchaft ohne weiteres. Wenn man von dieser geraden Linie abweicht, verliert man auf der einen Seite, was man auf der anderen bestenfalls gewinnt.

Wendemuth-Waldenburg: Parteigenossen! Ich glaube, es gibt niemand hier in diesem Saale, der nicht die ungeheuren Schwierigkeiten erkennt, unter denen unsere Genossen in der Regierung gekämpft haben und noch kämpfen müssen. Ebenjowenig verkennen wir die ungeheuren Mühen und Opfer einzelner Genossen für die Bewältigung unserer großen Aufgabe. Gerade wir draußen im Lande haben sowohl in den Versammlungen wie in der Presse das seit Jahren nachdrücklich betont, und deshalb war es geradezu ungeheuerlich und durchaus schief, wenn Genosse Noske gerade die vielgeschmähte Presse immer angreift und ihr zum Vorwurf macht, daß sie Maßnahmen der Regierung entweder nicht genügend oder überhaupt nicht deckt. Wir haben draußen getan, was wir konnten. Weiterzugehen verbot uns die eigene Erkenntnis und die Pflicht gegenüber unserer Partei. (Sehr richtig!) Es gibt eine Pflicht, die scharf zu trennen ist, gegenüber unseren Parteigenossen in der Regierung und unserer Partei draußen im Lande. (Sehr richtig!) Es ist nun einmal so, daß wir mit den Parteigenossen in der Regierung oder mit der Regierung überhaupt nicht verheiratet sind, daß wir auch diejen gegenüber durchaus die Kritik ausüben müssen, wenn wir glauben, daß es durchaus notwendig ist, und wer von uns wollte behaupten, daß das nicht notwendig gewesen wäre? Die Parteigenossen in der Regierung selbst haben das wiederholt anerkannt und eingestanden, daß sie mancherlei versäumt haben, sie haben sich natürlich auch entschuldigen können, vor allem mit dem Satz, daß man, wenn man vom Ratssaal herunterkommt, klüger ist, als wenn man hinaufgeht. Es steht fest: Fehler sind gemacht worden, und ich meine, wenn wir unsere Pflicht gegenüber der Partei richtig auffassen, dann dienen wir ihr am besten, wenn wir diese Fehler ruhig anerkennen und nicht etwa dazu übergehen, über ganz offensichtlich zutage liegende Fehler ein Mäntelchen zu decken, sie zu schönigen und die Arbeiter zu täuschen versuchen über das, was entweder durch Versäumnis der einzelnen Genossen oder infolge der Schwierigkeit der Umstände nicht geändert werden konnte. Ich glaube im Namen unserer gesamten Parteipresse zu sprechen, wenn ich betone, daß es uns manchen schweren inneren Kampf gekostet hat, wenn wir die Feder angefaßt haben, um Kritik zu üben an den Maßnahmen unserer Parteigenossen in der Regierung. Und ich glaube sagen zu können, daß wir mindestens dasselbe Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber der Partei haben, wie diejenigen Genossen, die durch unser Vertrauen in die Regierung gerufen sind. Neben der Anerkennung der Fehler, die gemacht worden sind, müssen wir natürlich auch die Schwierigkeiten auf der anderen Seite betonen und nicht zuletzt die Schuld der Unabhängigen. Mit der Parole müssen wir hinausgehen, und ich bin fest überzeugt, dann arbeiten wir durchaus geschickt. Dann gewinnen die Massen erneut Vertrauen zu uns, sie sehen ein, daß wir befreit sind, den richtigen Weg zu gehen und in dem Sinne zu handeln, in dem gehandelt werden muß, wenn wir der Stimmung der Massen genügend Rechnung tragen. Die Unabhängigen zehren von den Fehlern der Regierung, und wenn wir die Fehler anerkennen, dann arbeiten wir im allerbesten Sinne.

Damit allein aber kann es nicht getan sein. Es ist von einem Aktionsprogramm gesprochen worden. Wenn wir ein Aktionsprogramm aufstellen, dann muß es nach meiner Meinung die Mindestforderungen enthalten, die wir stellen, vor allen Dingen gegenüber der Möglichkeit, daß wir auch nach den Wahlen abermals auf eine Koalition angewiesen sind. Und wir müssen betonen, daß es mit dieser Koalitionspolitik, so, wie sie bisher getrieben worden ist, in dieser unseligen Halbheit, nicht mehr weitergehen kann. Die Taktik für

die Zeit nach den Wahlen können wir selbstverständlich nicht festlegen, aber die Massen verlangen, daß man ihnen nicht nur schöne Redensarten gibt, sondern ganz bestimmte Verpflichtungen. Die Massen verlangen auch eine Sicherung dagegen, daß es nicht wieder zu einem Putsch wie am 13. März kommt. Deshalb müssen wir die Bewaffnung des Volkes verlangen, soweit es möglich ist, wir können nicht warten, bis die Umorganisation der Reichswehr durchgeführt ist.

Wiederholt ist gesagt worden, daß man nicht allzu optimistisch sein sollte in bezug auf die Frage einer Einigung mit den Unabhängigen. Ich denke darüber etwas optimistischer. Wir finden nicht nur in unserer Partei, sondern auch bei den bürgerlichen Parteien und bei den Unabhängigen und den Kommunisten eine gewisse Umänderung, einen Sättigungszustand, der nach einer Neugestaltung der Parteien verlangt. Bei den Unabhängigen sehen wir, daß der Flügel um Hilferding, Dittmann usw. schon viel gemäßigter schreibt, spricht und handelt. Der beste Beweis dafür ist, daß diese sich bereit erklärten, nach dem 13. März nicht etwa nur eine rein sozialistische Regierung zu bilden, sondern eine reine Arbeiterregierung, dieselben Unabhängigen, die auf ihrem Leipziger Parteitag zur Diktatur des Proletariats geschworen hatten. Wenn wir andererseits sehen, wie die Leute auf dem linken Flügel der Unabhängigen, die Leute um Müller, Däumig usw. gegen Hilferding usw. anstürmen, wenn nur mit knapper Not Misstrauensvoten gegen die „Freiheit“ verhindert werden, weil sie zu gelinde schreiben, dann sollten wir das durchaus im Auge behalten. Wir wissen nicht, wie die Wahlen ausfallen, wir hoffen trotzdem auf einen starken Sieg für unsere Partei, aber wie es auch kommen mag, es wird zweifellos nach den Wahlen auch innerhalb der Unabhängigen in gewissem Sinne und Maß eine gewisse Scheidung der Geister eintreten, und diese zu fördern ist die allerwichtigste Aufgabe, die wir auch bei dem Wahlkampf im Auge zu behalten haben. Unsere Richtung, unsere Taktik muß vor allem gegen rechts sein, sehr gering nur gegen links, soweit es notwendig ist, um die grundsätzlichen Unterschiede zwischen uns und den Unabhängigen und Kommunisten hervorzuheben. Dann aber, nach den Wahlen wird die Frage erneut akut, welche Art von Regierung gebildet werden soll, welche Politik getrieben werden soll, und dann können auch unter Umständen die Unabhängigen vor die Notwendigkeit gestellt werden, zu fragen, ob sie sich an der Regierung beteiligen wollen oder nicht, und sie werden sich auch entscheiden müssen für die Politik, die sie weiter treiben wollen. Dann wird die Kluft innerhalb der Unabhängigen auch weiter werden, und wenn wir geschickt arbeiten, dann muß es gelingen, den rechten Flügel der Unabhängigen noch weiter heranzuziehen und vorläufig wenigstens eine Art von Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen, so daß der linke Flügel isoliert und abgetrieben wird zu den Kommunisten. An unseren Grundfragen wird nichts geändert, was aber bisher etwa schlaffer geworden war, muß so gestrafft werden, daß wir wieder eine starke sozialistische Politik treiben. Wir dürfen nicht nur Demokraten sein, sondern müssen im Auge behalten, daß wir auch Sozialisten sind, daß unsere Arbeit vornehmlich der Arbeiterklasse dient und daß unser Endziel der Sozialismus ist. Das muß immer wieder betont werden und ich bin fest überzeugt, Schwarzseherei ist hier durchaus nicht am Platze. Wer die Stimmung im Lande draußen kennt, weiß, sie ist scharf gegen die Regierung gerichtet, sie verlangt einen starken Ruck nach links, aber wenn wir geschickt operieren und wenn so gearbeitet wird, wie ich es mit kurzen Strichen angab, dann meine ich, muß es uns gelingen, zu erreichen, daß wir mindestens ebenso stark in den neuen Reichstag einziehen, und daß es uns gelingt, womöglich mit anderen linksstehenden Parteien eine gemeinsame Regierung zu bilden. Dann meine ich, haben wir den Weg offen für die Zukunft. Parteigenossinnen und Genossen! Also ich meine, nicht nur Demokraten wollen wir sein, sondern auch Sozialisten. Das muß nachdrücklich betont werden, und das ist von ungeheurer Bedeutung, nicht nur für die ganze spätere Entwicklung unserer Bewegung, sondern Deutschlands im allgemeinen.

Die Redezeit wird nunmehr auf 10 Minuten beschränkt.

**Schnabrid-Gersfeld:** Parteigenossen! Wenn wir uns die Stimmung im

Land ansehn und zugleich die Ausführungen von dieser Stelle aus hören, so muß man sich sehr oft vor den Kopf greifen und fragen: stehen denn die Parteigenossen eigentlich in der Masse, die solche Ausführungen machen wie Genosse Enz aus Warmen? Er sagte, Scheidemanns Ausführungen seien nicht weit genug nach links. Ja, wie weit links wollen Sie noch gehen, wollen Sie dorthin, wo heute die Kommunisten stehen? Was ist das Unglück der Parteigenossen draußen im Lande, daß sie nicht prinzipiell an ihren Grundfragen festhalten, sondern immer glauben, sie müssen dem Radikalinsti noch überkommen im Radikalismus, und das ist der größte Fehler in der Agitation. (Lebhafter Beifall.) Was haben sie den Leuten nicht alles versprochen! Sie haben ihnen ein Paradies vorgemalt; dann konnten sie aber das Paradies nicht machen. (Enz ruft: Wir wollen den Kampf nach rechts.) Nein, ich will nicht nach rechts, ich will aber auch keinen Schritt dorthin, wo heute die Linke angelangt ist, ich will nach rechts und nicht nach links, ich brauche kein Aktionsprogramm, ich habe das Erfurter Programm. (Lebhafter Beifall.) Hier muß man aussprechen, wie notwendig es ist, Klarheit hineinzubringen. Je mehr solche Reden gehalten werden, je mehr schon draußen gewisse Leute sich der Diktatur des Proletariats nähern, desto mehr Konfusion wird angerichtet unter den Genossen und Genossinnen. Koske hat vollständig recht, wenn er in bezug auf den Kapp-Putsch sagte, dort, wo die Genossen das Heft in die Hand genommen hätten, habe es geklappt. Warum sind sie nicht in die Einwohnervwehren eingetreten, warum mußten sie sich erst Waffen suchen? Wenn in Berlin die Kappisten wirklich Ernst gemacht hätten und hätten kräftiger zugeschlagen, dann hätten sich die Unabhängigen vielleicht nicht einmal wehren können, weil sie keine Waffen hatten. Das wäre anders gewesen, wenn sie vorher, als die Regierung dazu aufhorbete, in die Einwohnervwehren hineingegangen wären. Es ist nun einmal so. Früher hat man darum gekämpft, eine Versammlung unter freiem Himmel bewilligt zu erhalten, heute bei der demokratischen Freiheit muß sie mißbraucht werden nach der Richtung hin, müssen den Sozialdemokraten in der Regierung nicht bloß Knüppel, sondern ganze Balken zwischen die Beine geworfen werden. Hier muß Tabula rasa gemacht werden. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn unsere Partei nicht radikal genug ist, der soll hinübergehen zu den Radikalen; er kommt nach unserer Auffassung doch wieder. Wir legen viel zu viel Gewicht nach links, die Rechte behandelt uns anständig, die Linke behandelt uns gemein. (Widerspruch.) Gerade in den unabhängigen Zeitungen ist der Fall klar und andere Dinge gegen uns ausgeschlachtet worden, unabhängige Zeitungen waren es, die die Lüge verbreiteten, Scheidemann habe sich Schloßler in Dänemark gekauft usw.

Uns fehlt ferner ein Agrarprogramm. Wir müssen bei den Wahlen auch an die kleinen Bauern denken, an die Handwerker, an andere kleine Leute, an Beamte und Angestellte, die auch zum Proletariat gehören, an die Ärzte usw. Aber wir nehmen bloß Rücksicht nach links. Ich möchte bitten, daß sich endlich der Parteivorstand entschließt, ein Agrarprogramm herauszugeben, damit auch hier Klarheit gegenüber der Landwirtschaft geschaffen wird.

Ich gehe mit voller Zuredung in den Wahlkampf hinein, ich stehe auf dem Standpunkt, wir brauchen kein Aktionsprogramm, das Erfurter Programm soll unser Kampfprogramm sein, womit wir nicht bloß die Demokratie festhalten, sondern durch die Demokratie zum Sozialismus kommen wollen, zum Sozialismus durch die Entwicklung. Es ist kein Gabelstift, wie es die Kommunisten den Massen vorzurücken verstehen. Auch die Diktatur des Proletariats oder eine radikale Regierung kann einem zusammengebrochenem Wirtschaftsleben nicht mehr bieten, als die Koalitionsregierung geboten hat. Sollten wir selbst eine sozialistische Mehrheit erreichen, so bezweifle ich, daß die Unabhängigen sich an der Regierung beteiligen werden. Wir müssen versuchen, aus dem Wahlkampf möglichst stark hervorzugehen. Wenn es nicht anders geht, müssen wir wieder zur Koalitionspolitik greifen, um realpolitisch herauszuholen, was notwendig ist für die werktätige Bevölkerung und die Zukunft unseres Landes. (Lebhafter Beifall.)

**Waigand-Bremen:** Parteigenossinnen und Parteigenossen! Beim künftigen Wahlkampf werden die wirtschaftlichen Fragen eine Hauptrolle spielen. Sollte-

matisch wird von rechts und links die Regierung für die Teuerung verantwortlich gemacht, es wird auch ausgesprochen, daß die Regierungsleute sich selbst die Taschen füllen und mit den Verteilern Hand in Hand gingen. Diese Verdächtigungen, die die bürgerliche Presse fast durchweg — bis zu den Demokraten herunter — verübt, müssen wir klarstellen und in der Agitation darauf hinweisen, daß daran der verlorene Krieg die Hauptschuld trägt und dann die Kapitalisten aller Schattierungen, die bestrebt sind, die Maßnahmen der Regierung zu sabotieren. Das müssen wir bei den Wahlen ganz besonders hervorheben, und es ist bedauerlich, daß auch die unabhängige Presse, um unsere Regierung und unsere Partei zu schädigen, in dieselbe Kerbe haut wie die rechtsstehende Presse. Ich habe wenig Hoffnung, besonders in Bremen, daß wir mit den Unabhängigen bei der Wahl in ein erträgliches Verhältnis kommen können. Sie wollen sich ja mit uns nur verständigen, wenn wir ihr Programm anerkennen. Bei der Wahl müssen wir aber hervorheben, daß sie besonders auf dem Lande ihr Leipziger Programm verleugnen und gar nicht von der Diktatur des Proletariats reden, und daß sie alle ihre Grundsätze verleugnen. Wenn wir sehen, wie auf diese Weise rechts und links geschwändelt wird, dann müssen wir Material zur Verfügung haben, um den Leuten zu beweisen, was bis jetzt geschehen ist und was in Zukunft geschehen soll.

Die Unabhängigen tun immer so, als wenn es gar kein Militär mehr zu geben brauchte, wenn sie an der Regierung wären. Sie reden von dem Volksheere, das sie schaffen würden, obwohl sie ganz genau wissen, daß wir nach dem Friedensvertrag gar kein Volksheer schaffen können, aber sie wollen eben unsere Regierung verdächtigen. Insbesondere geschieht das auf dem Lande, und hier müssen die Leute besser informiert werden. Schon jetzt erscheinen in der bürgerlichen Presse Artikel, die von einer Zentrale hergestellt werden. Da heißt es: „Früher bezahlte Ihr für einen Schnaps 5 Pfennige, jetzt 3 Mark, dafür habt Ihr die freiheitliche Republik.“ So werden verschiedene, ähnliche aufgepöbelt und diese, besonders die jetzige Teuerung der Sozialdemokratie und der Revolution zur Last gelegt. Wir müssen dem gegenüber immer betonen, daß ohne Ausbruch der Revolution Deutschland heute eine Kaserne wäre. Damit können wir ganz besonders auf dem Lande wirken, wo die Leute uns früher jeden Tag gebeten haben: macht dem Krieg ein Ende, holt doch unsere Männer und Söhne wieder! Heute, wo sie zu Hause sind, lassen sie sich von der bürgerlichen Presse wieder alles Mögliche vorlügen; die ganze Kreisblattpresse funktioniert wieder als Helferin der bürgerlichen Parteien. Wir müssen versuchen, durch Aufklärung dem entgegenzuwirken. Wir müssen insbesondere darauf hinweisen, daß der Ausbruch des Krieges eine Folge der Politik der vergangenen Regierung gewesen ist. Wenn heute das Verlangen nach Sachministern auftaucht, so müssen wir fragen, wo waren diese früher? Es waren immer die Bureaukraten, die zu Ministern aufrückten, und ich glaube der einzige Sachminister war der lange Wöller, der aus der Industrie und dem Kaufmannsstande herausgenommen wurde, aber trotz seiner Länge nur eine sehr kurze Ministerlaufbahn gehabt hat. Gegenüber den Verleumdungen unserer Partei müssen wir darauf hinweisen, wer früher Landrat wurde, Regierungspräsident und Minister. Das war der, der bei Hofe gut angeschrieben war oder sonst einen Vetter hatte, der ihn vorwärts half, aber vor allem mußte er Korpsturfbent gewesen sein. Nach den Fähigkeiten wurde im allgemeinen wenig gefragt. Wir müssen die Leute auf dem Lande draußen daran erinnern, wie früher der Gendarm der halbe Herrgott war und der Landrat ein ganzer, wir müssen ihnen sagen, daß früher selbst ein Liberaler kaum ein Amt bekam, sondern immer nur eine Partei alles an sich gerissen hat.

Zum Schluß möchte ich sagen, unsere Regierung muß, so gut es geht, in irgendeiner Form versuchen, daß die Lebensmittellage gemildert wird, denn diese Not nützt die Leute gegen uns aus. Ferner darf es nicht mehr sein, daß Offiziere heute aus der Reichswehr und der Sicherheitswehr unsere Genossen entlassen und auf die Straße setzen und an ihrer Stelle Balthustruppen einstellen. Das Volk muß sehen, daß hier Wandel geschaffen wird.

**Heinrich Schulz** (Parteiorganisationsleiter): Parteigenossen und Parteigenossen! Wir begegnen gelegentlich draußen im Lande der Meinung — hier hören wir

sie heute nur in gedämpfter Form —, daß wir durch die Revolution und seit der Revolution eigentlich nichts erreicht hätten. Wenn eine solche Meinung von den neuengewonnenen Freunden der Partei vertreten wird, so habe ich Verständnis dafür. Es ist begreiflich, daß diese neuen Freunde die wichtigen Errungenschaften seit dem November 1918 in ihrer Bedeutung und ihrer Schwere nicht genügend abzuschätzen wissen, weil sie nicht in den vorangegangenen Jahrzehnten in mühsamer Arbeit die Kämpfe um viel geringere und kleinere politische und andere Errungenschaften mitgemacht haben. Ich kann aber nicht begreifen, wenn alle Parteigenossen, die in der Bewegung groß geworden sind und unsere früheren Kämpfe mitgemacht haben, über das, was sich seit dem November 1918 verändert hat, mit einer Handbewegung hinweggehen, als sei das gar nichts. Freilich, unsere politischen Forderungen sind auch gewissermaßen entwertet, genau so wie der Wert des deutschen Geldes gesunken ist. Was man früher für einen Taler haben konnte, kostet jetzt 100 Mk., und Lohnerhöhungen von 1—2 Mk. in der Stunde bedeuten heute nicht viel. Wochenlöhne, an die früher kein Mensch im Traume gedacht hat, werden jetzt mit Zug und Recht als viel zu geringfügig betrachtet. Ähnlich steht es jetzt mit den politischen Forderungen. Was früher von uns mit allen Fasern — meistens ohne Erfolg — erstrebt worden ist, ist jetzt da, und nun sieht es nach gar nichts aus! Schauen wir uns einmal in diesem Sinne den zweiten Teil des Erfurter Programms an: wir können es gar nicht mehr aufrechterhalten, wir müssen schnellstens an eine Revision herantreten, weil der größere Teil der darin aufgestellten Forderungen inzwischen bewirkt worden ist. Ich bin aber davon überzeugt, daß, wie sich im wirtschaftlichen Leben unsere Valuta wieder heben wird, so es auch im politischen Leben sein wird, und deshalb wird man auch in Zukunft die politischen Errungenschaften unserer Zeit anders werten als gegenwärtig. Dann werden auch die ausländischen Wunderteilnehmer zu einem gerechteren Urteil über die Leistung der deutschen Sozialdemokratie für den Sozialismus kommen, und das alte Wort wird in neuer Beleuchtung Bedeutung gewinnen, daß die deutsche Arbeiterschaft der Vannerräger der Internationale ist.

Haben wir die Möglichkeit, viel neue Stimmen zu gewinnen? Ich glaube kaum, weil ja eigentlich neue Wähler nicht hinzugekommen sind. Die Wahlbeteiligung war im vorigen Jahre so groß, daß kaum noch weitere Wähler hinzukommen werden, es wird sich im wesentlichen nur um eine Verschiebung handeln. Was haben wir von dieser Verschiebung zu erwarten? Können wir von links her neue Anhänger erwarten? Ich glaube kaum, daß das der Fall sein wird. Wir sind uns alle darüber klar, daß wir einen gewissen Prozentsatz unserer Anhänger nach links abgeben müssen. Das liegt in der Entwicklung der ganzen politischen Situation begründet. Wir können uns gegen diese Strömung insofern nicht wehren, als wir der völlig hemmungslosen Agitation der Unabhängigen nicht mit entsprechendem Material entgegenzutreten können. Also tun wir gut, wenn wir von vornherein damit rechnen, daß wir Stimmen nach links abgeben müssen. Das wird aber nicht so sehr schlimm werden; zu fürchten braucht man die Agitation der Unabhängigen nicht. Wir können etwas Zuwachs von rechts her erwarten, sicherlich werden wir die entschiedeneren Elemente aus der Demokratie und dem Zentrum für uns gewinnen. Ich möchte daher annehmen, daß wir im wesentlichen das, was wir haben, behalten. Wir sollen in diesem Sinne mit Mut und Hoffnungsfreudigkeit in den Wahlkampf hineingehen.

Es hat hier ein Redner vor mir gesagt, daß er nicht daran glaube, daß wir so sehr viel nach links hin abzugeben haben würden. Gewiß, Parteigenossen, auch ich frage mich oft, ganz objektiv, was eigentlich die Arbeiter losen könnte, nach links zu den Unabhängigen hinüberzugehen. Ich habe mir in diesen Tagen erneut diese Frage vorgelegt, ich habe die Unabhängige Presse daraufhin angesehen und auch die weiter linksstehende kommunistische Presse zum Vergleich herangezogen. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen: ich kann es begreifen, wenn ein Arbeiter Kommunist ist, ich halte es für selbstverständlich, daß die meisten Arbeiter Mehrheitssozialdemokraten sind, aber daß sich

einer zwischen den zwei Stühlen bei den Unabhängigen wohl fühlen kann, das kann ich nicht begreifen. (Sehr richtig!)

Was wir aus dieser Konferenz hineinnehmen müssen in den Wahlkampf, das ist Vertrauen zu unserer eigenen Partei. Dieses Vertrauen ist hier und da etwas verloren gegangen, ich glaube, es ist das mit zurückzuführen auf den starken Zuwachs, den wir durch den November 1918 gewonnen haben. Es macht sich in weiten Kreisen der Partei hier und da ein gewisser müder Pessimismus bemerkbar, als ob unsere Partei keine großen Aufgaben mehr zu erledigen hätte. Ich halte es für einen großen Fehler, wenn wir in dieser Stimmung in den Wahlkampf gehen. Für mich gibt es nach wie vor keine andere Partei, die so große Aufgaben zu lösen hätte als gerade unsere Partei. Abgesehen von Fehlern, die wir sicherlich auch gemacht haben, glaube ich, daß die Linie, die wir seit Kriegsausbruch innegehalten, und die Politik, die wir seitdem und besonders seit der Revolution getrieben haben, durchaus richtig gewesen ist, und daß nur auf dem von uns beschrittenen Wege das erreicht werden kann, was wir dem Sozialismus in der Gegenwart schuldig sind. Diesen Glauben an die Partei, diese Zuversicht auf die einzige Möglichkeit, durch die Sozialdemokratische Partei den Sozialismus im deutschen Volke zu verwirklichen, diesen Glauben müssen wir in die weitesten Kreise der Parteigenossen hineintragen. Es gibt ein bekanntes, viel angefeindetes und mit Recht angefeindetes Wort des Engländers: „Recht oder Unrecht — mein Vaterland!“ Mit diesem rücksichtslosen Wort haben die Engländer die ungeheure Macht ihres Landes begründet. Ich will dieses imperialistische Wort vom weltpolitischen Standpunkte aus beileibe nicht empfehlen. Aber ich möchte es umändern und sagen: „Recht oder Unrecht — meine Partei!“ Zu unserer eigenen Partei müssen wir stehen in guten und bösen Tagen, und hat sie Fehler gemacht, so haben wir diese Fehler nicht, am allerwenigsten im Wahlkampf, vor den Ohren der Gegner auszutragen und sie gar um Entschuldigung zu bitten, sondern wir haben zusammenzusehen wie eine Familie und haben auch die Fehler zu vertreten: für meine Partei trete ich ein, mit meiner ganzen Person, meine Partei ist die beste, keine kommt ihr gleich, meine Partei allein hat Recht — mit diesem Glauben an unsere Partei müssen wir in den Wahlkampf hineingehen. (Zustimmung.)

**Winkelhede-Ubersfeld:** Unsere Parteigenossen im Lande erwarten von der heutigen Tagung eine Wahlparole, die hieb- und stichfest ist, die uns jedenfalls den Erfolg des Kampfes sichern soll. Genosse Scheidemann hat in seinen vorzüglichen Ausführungen an erster Stelle gesagt, unser Fehler war jetzt, daß wir uns einschläfern ließen, uns auf Wiedermannsmannieren zu sehr verließen; Verrat, der uns in den Rücken fiel, war unser Lohn. Ich habe das Gefühl, daß nach dem 13. März und nach dem Niederschlagen des Kapp-Putschs man allmählich wieder in diese Fehler hineingerät und man kann nicht oft genug unsere Genossen in der Regierung sowohl wie in den übrigen führenden Stellen zurufen: Schärfstes Mißtrauen ist am Platze, schärfstes Mißtrauen nicht nur gegen rechts, sondern auch gegen die Koalitionsparteien, gegenüber den Demokraten und Zentrum. Wer in der praktischen Arbeit sieht, auch in der Kleinarbeit, insbesondere da, wo ein erbitterter jahrelanger Kampf zwischen U. S. P. und E. S. P. D. besteht, der wird erkannt haben, daß in vielen Bezirken Verdrossenheit und Müdigkeit einsehen, die sich dort sehr zum Schaden unserer Partei auswirken. Wir haben in harter Arbeit seit dem vorigen Jahre unsere Organisation am Niederrhein, besonders in Eibersfeld-Barmen, weitergebracht, wir haben die Waffen geführt gegen Unabhängige und Kommunisten wie wir an einem anderen Orte. Da kann man uns von keiner Seite irgendwie einen Vorwurf machen, aber man sieht, daß man gegen die Arbeiter, gegen unsere Parteigenossen immer ruft: Das ist nicht verfassungsmäßig, das läßt sich nicht vereinbaren mit den Gesetzen, mit der Demokratie — während auf der anderen Seite unsere Koalitionsbrüder vom Zentrum und von den Demokraten den Druck danach fragen, ob Gesetze bestehen, ob Verordnungen bestehen. Ich verweise insbesondere hier auf die Lebensmittelverordnungen. Da hat man im Westen den Teufel nach gefragt, und man hat Gesetze und Verordnungen über den Haufen geworfen und gehandelt, wie man

wollte. Das wissen unsere Parteigenossen und merken es sich, und wenn man in diesen kritischen Zeitläuften feststellen konnte, daß Demokraten wie Zentrumspartei in bezug auf die republikanische Staatsform sehr unsichere Kantonalisten sind, so muß man in diesem Wahlkampf auch den Kampf gegen diese Koalitionsparteien aufs schärfste aufnehmen, und die Wahlparole kann nicht nur heißen gegen rechts, sondern gegen die gesamten bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokratie. Das muß im Wahlkampf scharf herausgehoben werden. Dann unsere Stellungnahme zur U. S. P. im Wahlkampf. Ein Genosse hat hier besonders hervorgehoben, wir müssen scharf gegen links einen Strich ziehen. Ich bin anderer Auffassung. Wie unsere Taktik in diesem Wahlkampf gegenüber der U. S. P. eingerichtet werden soll, richtet sich ganz nach dem Verhalten dieser Partei. Wenn wir in einem Bezirk zu einem Wahlabkommen kommen können, wonach lediglich die sachliche Bekämpfung zulässig sein und wir unsere gemeinsame Kraft gegen rechts wenden sollen, so soll man das ruhig tun. (Zuruf: Habt Ihr Unabhängige, die ihr Wort halten?) Und dann der Kapp-Putsch und das Verhalten der Reichswehr am 13. März! Es ist heute sehr schön reden von denjenigen, die meinen, unserem Bezirk etwas unter die Nase reiben zu müssen bezüglich seiner Stellungnahme. Ich frage einen jeden, der hier sitzt: Würde jemand am Sonnabend abend, wie am nächsten Tage die Situation in Deutschland war? War nicht jeder Genosse in jedem Ort auf sich selbst gestellt? Wo war die Mischlinie, wo war die Parole von der Zentralstelle? Ich habe keine gesehen, wir waren angewiesen auf uns selber. Da können sie jedenfalls begreifen, wenn man dort Truppen am Ort hatte, die offenbar Kapp- und Lüttich-Anhänger sind, daß wir alles aufgebieten haben, was uns zur Verfügung stand, um die Republik und unsere Regierung zu retten. Ob da irgendwie ein Abkommen getroffen worden ist, das dem einen oder anderen nicht behagt, kann man in diesem Augenblick nicht auf die Goldwaage legen. Die Verfassung war am 13. März zerrissen. Heute haben wir die Geschichte so, daß alle diese Vertreter der Kapp und Lüttich, gegen die Haftbefehle erlassen waren, zum größten Teil frei in der Weltgeschichte herumlaufen. Wir haben am Montag in einer bürgerlichen Zeitung des Wuppertales lesen können, daß ein Journalist ins Ministerlager geehrt ist, um Erhardt zu interviewen. Was stellt der Mann fest? Er stellt fest, daß Erhardt bereit ist, sich der Regierung zu stellen, nachdem seine Mannschaft versorgt ist, sie irgendwo angesiedelt und ihre Existenz sichergestellt ist. Weiter hat der Interviewer festgestellt, nachdem er bei den Mannschaften vorpricht, daß diese Mannschaften den Erhardt überhaupt nicht herauslassen will, und die betreffenden Soldaten sagen wörtlich: Ich sage Ihnen, wenn sie ihn dort wegholen (gemeint ist Erhardt), dann ziehen wir zu Fuß nach Berlin und hauen alles kurz und klein. (Zuruf: Die haben sogar schon Städtebrannt um ihn gezogen!) Wenn ich auf der anderen Seite den Räuberhauptmann Holz scharf beurteile, so muß ich auch den Mut aufbringen, dieselbe Seite nach rechts ebenso scharf zu beurteilen. (Zuruf: Sehr gut! Das ist auch gesehen!) Das ist gesehen mit Worten, aber nicht mit Taten; die will man dort sehen, wo unsere Parteigenossen ihr Leben eingebüßt haben, man will sehen, daß gegen diese Kapp-Kämpfer, daß gegen diese Meuterer einmal energisch vorgegangen wird. Wir haben der Regierung angeboten: Wenn Ihr keine Truppen habt, wir kommen und werden die Dörfer entwaffnen! (Bewegung und Zustimmung.) Das wollen also unsere Parteimitglieder sehen. Wenn da nichts geschieht, dann können Sie sich darauf verlassen, daß wir einen außerordentlich harten Stand haben mit unserer Parteiorganisation. Uns ist das wirklich nicht gleichgültig, ob sie zu den Unabhängigen gehen, auch wir sind Sozialisten und stehen auf dem Boden unseres Programms. Genosse Koske hat gesagt, der Vormarsch ins südl. Ruhrgebiet wäre von unseren Parteimitgliedern verlangt worden. Ich will hier feststellen, daß aus unserem Bezirk südl. der Ruhr von keinem Genossen dieser Wunsch ausgesprochen ist; im Gegenteil, sie haben aus dem Protest der Arbeiterschaft gesehen, daß wir der Auffassung sind, daß diese Reichswehr bei uns nichts zu suchen hat, daß wir besser in der Lage sind, die dort vermuteten Waffen herauszuholen als wie irgendwelche Reichswehr. Unsere Machtmittel sind zu gering — sagt Koske, er hat ver-

geffen, zu sagen, unsere vermeintlichen Machtmittel, denn von unseren Machtmitteln kann man doch in Wirklichkeit nicht sprechen, das waren Machtmittel der Reaktion, was ja der 13. März klar erwiesen hat. Das müssen wir im Auge behalten und alles daran setzen, daß die Reichswehr, die in Zukunft geschaffen werden soll, durchsetzt wird von Sozialdemokraten, von zuverlässigen Leuten, die im Augenblick der Not eingzugreifen verstehen und die Republik zu schützen vermögen. Eine Wahlparole muß heraus, schon nach rechts einschließlich der Demokratie. Nieder mit der Militärfamarrill! Nieder mit der Reaktion!

**Mollenbuhr** (Partei Vorstand): Ich begreife ja, daß in den Gegenden, wo gemaltete Kämpfe stattgefunden haben, eine gewisse Erregung vorhanden ist und alles Denken und Sehnen auf jene Zeiten zurückblickt und gleichzeitig fortwährend annimmt, daß ähnliche Vorgänge wie der Kapp-Putsch sich in aller nächster Zeit wiederholen könnten, daß man da lebhaft an diesen Kampf denkt und deshalb nicht den Blick frei hat für all das, was sonst in der Welt geschieht. Ich will zugeben, daß die Gefahr, daß irgend welche reaktionären Putschgekommen, nicht allein nicht beseitigt ist, sondern daß sie von Tag zu Tag wächst und daß wir alle Kraft anwenden müssen, um derartigen Putschgekommen in Zukunft zuvorkommen. Aber auch beim Wahlkampf muß man nicht diesmal sich auf eine Frage konzentrieren, sondern man hat auch das Gesamtbild ins Auge zu fassen und hat das gesamte wirtschaftliche und politische Leben unter die Lupe zu nehmen und zu fragen: Was muß im allgemeinen Interesse des Volkes geschehen, um die allgemeine Wohlfahrt zu fördern? Nämlich das, was wir immer gemollt haben, daß wir eine glückselige menschliche Gesellschaft aufzurichten wollen, das Ziel darf uns keineswegs aus den Augen verloren geben. Nun ist ja eine merkwürdige Kleinmütigkeit, wie wir sie auch in der Partei in früheren Zeiten freilich mehrfach erlebt haben, vorhanden, aber ich habe früher nicht daran geglaubt und glaube auch jetzt nicht daran, daß wir irgendwelche Ursache haben zu fürchten, wir könnten keinen Zuwachs bekommen. Genosse Schulz meinte, wir können nichts mehr bei dem Wahlkampf gewinnen. — Ja zum Teufel, haben wir jemals in der Partei derartige Befürchtungen ausgesprochen? Wir haben immer gesagt, wir können und wollen gewinnen, und wir haben gewonnen. So ist es bis jetzt immer gewesen. Es sind denn doch noch 55 Prozent der Wähler vorhanden, welche bei den letzten Wahlen nicht für die Sozialdemokratie gestimmt haben, und von diesen 55 Prozent der Wähler wird doch noch mancher zu bekehren sein. Denn wäre das nicht möglich, wäre ja die ganze Voraussetzung falsch, daß wir auf dem Wege der Demokratie jemals unsere Ziele verwirklichen können! (Sehr gut!) Die pessimistischen Anschauungen waren vielleicht ein wenig begründet in der Zeit, als die Partei klein war, als sie bei den ersten Wahlen mit ihren Erfolgen weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Da konnte ein Mensch zu der Ansicht kommen, nein, auf dem Wege können wir nicht zum Ziele kommen. Ich erinnere an die Hebe, die 1878 nach dem Attentat einsetzte, und an das Sozialistengesetz. Es hat immer Optimisten gegeben, die gesagt haben, wir müssen trotz alledem vorwärts. Da redet man immer von Mut, als ob es irgendeine Partei gäbe, die noch revolutionärer wäre als die Sozialdemokratische Partei! (Zuruf: Sehr gut!) Wenn das der Fall wäre, wären wir vielleicht auf diesem Wege, aber das, was sich so revolutionär und radikal gebärdet, das ist im Grunde genommen wildgeordnetes Spießbürgertum. (Zustimmung.) All diese schönen Phrasen, die wir heute in den Zeitungen der Unabhängigen und Kommunisten lesen und in deren Versammlungen hören, mögen ja vielleicht für jüngere Leute den Reiz der Neuheit haben, aber wir Älteren, die wir länger in der Partei sind, wissen, daß mindestens ein Hölz oder sonst einer der sehr radikalen an Radikalismus von Bakunin, Most usw. weit übertraffen wird. Wenn diese Leute sich daranmachen, die Schriften aus den Jahren 1879 bis 1890 zu lesen, werden sie alle Phrasen, die sie heute hören, allesamt schon als dagewesen finden. Wir haben sie verurteilt, weil wir sie für Unrecht hielten. Nun wird gesagt: ja, wir haben die Revolution, aber was hat sie den Arbeitern gebracht? Genosse Enz aus Darmen sagte, für die Arbeiter ist wenig dabei herausgekommen. Ich muß sagen: in welchen Regionen

leben denn die Genossen, die zu derartigen Ansichten kommen. (Sehr richtig!) Stellen Sie sich vor, es hätte jemand im Jahre 1915 gesagt, daß wir heute eine zum großen Teile aus Sozialdemokraten zusammengesetzte Regierung haben würden, daß wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen haben würden, den Achtstundentag usw., ja, würde man den nicht für einen halbberückten Phantasten erklärt haben? (Zuruf: Sehr gut! Aber das hat die Revolution gebracht und nicht die Koalitionspolitik!) Nein, das ist eine Tatsache, die da ist, und das ist für die Arbeiter herausgekommen. Das darf man nicht aus dem Auge lassen. Ich weiß, daß Mühsam in der Arbeiterklasse vorhanden ist wegen der wirtschaftlichen Not usw., das liegt mal klar auf der Hand, aber derjenige, der vor die Arbeiter tritt und redet, der muß auch anerkennen, was bis jetzt erreicht worden ist. Von Kommunisten und Unabhängigen wird sehr viel auf das russische Beispiel hingewiesen und erklärt: Ja, sehr mal, da in Rußland geht die Sache ganz anders. Ich weiß nicht, ob die Leute, die immer Rußland uns als Musterstaat vorführen, jemals Gelegenheit genommen haben, sich genauer zu unterrichten, was dort in Rußland wirklich für die Arbeiter herausgekommen ist. Man spricht sehr viel von Sozialisierung und daß die Sozialisierung bei uns unterblieben ist. Ich will darauf hinweisen, daß, wenn man uns Rußland als Beispiel anführt, die russischen Genossen eigentlich nicht mehr von Sozialisierung reden, sondern auf dem Kongreß der Volkswirtschaftsräte, der in Moskau vom 22. bis 25. Januar tagte, redet man immer nur noch von Nationalisieren der Produktion. Der Kompromiß dort weist nach, daß die ganze Privatindustrie vernichtet ist, alles befindet sich jetzt in den Händen der Nation, sie hat 2000 Betriebe in Betrieb genommen; in diesen Betrieben sind bereits eine Million Arbeiter beschäftigt. (Hört, hört!) Und da frage man einmal: wie sah die Sache vor dem Kriege aus? Die letzte Berufszählung, die in Rußland stattfand, war im Jahre 1897; damals wurden bereits mehr als 5 1/2 Millionen industrielle Arbeiter in Rußland gezählt. Von 1897 bis zum Ausbruch des Krieges kann man annehmen, daß sich die Zahl der Industriearbeiter mehr als verdoppelt hat. Denn in dieser Zeit ist der Kohlenverbrauch auf mehr als das Doppelte gestiegen, der Eisenverbrauch auf das 3,7fache, so daß also rund 12 Millionen Arbeiter in Industrie und Bergbau und 4 Millionen in Handel und Verkehr vorhanden waren. Von diesen 16 Millionen hat man eine Million in den Werkstätten, und da frage ich: Wo sind die anderen 15 Millionen? (Zuruf: Es ist alles in Grund und Boden gewirtschaftet!) Wenn man das Protokoll nachliest, so sieht man, daß der Transport in einem jämmerlichen Zustande ist, daß 60 Proz. der Lokomotiven nicht brauchbar sind und daß erklärt wird, die Textilindustrie könnten wir sehr wohl in Betrieb setzen, aber um die vorhandene Baumwolle von Turkestan nach Moskau zu schicken, würde bei den jetzigen Betriebsmitteln ein Jahrzehnt nötig sein. Es ist also alles in Grund und Boden gewirtschaftet. Die Erfolge, die da erzielt sind, sprechen nicht dafür, daß man auf diesem Wege zum Ziele kommen kann. Ein anderer machte auf dem gleichen Kongreß den Vorschlag, daß man ausländischen Kapitalisten Konzessionen dahingehend geben sollte, daß sie Eisenbahnen in Rußland bauen und die Wälder ausnutzen dürfen. Auf diese Weise glaubt man mit ausländischem Kapital Bahnen bauen zu können. Es würde zu weit führen, auf Einzelheiten einzugehen und auch auf Trozkis Arbeitspflichtgesetz. Ich will aber nur das eine sagen, daß diejenigen, welche dieses Arbeitspflichtgesetz von Trozki kennen und es neben das Hilfsdienstgesetz hier in Deutschland während des Krieges stellen und dann sagen, eins ist vom preussischen Militarismus und das andere ist vom russischen Revolutionär Trozki entworfen, daß dann kein Mensch auf den Einfall kommen wird, daß das Hilfsdienstgesetz nicht von Trozki stammt, denn das andere ist viel militaristischer. Ich will noch einmal meinen Blick auf das werfen, was denn doch schließlich in Deutschland gleichzeitig auf dem Gebiete des Nationalisierens geschehen ist. Wir haben zunächst die Eisenbahn jetzt in Reichsbefehl übernommen, die Post ist in Reichsbefehl, und damit allein sind mehr als 1 1/2 Millionen Arbeiter und Beamte nunmehr bei diesem direkten wirtschaftlichen Reichsbetrieben tätig. Wir haben die Werften, alle erheblichen

Industrieanlagen, die großen Militärwerkstätten, die umgestellt werden auf den Friedensbetrieb, und bei alledem hat es auch sonst an staatlichen Betrieben im öffentlichen Dienst nicht gefehlt. Bei der Gewerbezählung 1907 wurden bereits 4614 staatliche Betriebe mit 316 000 Arbeitern gezählt, dann 13 000 Gemeindebetriebe mit 175 000 Arbeitern. Sie sehen also, wir haben einen so gewaltigen Umfang bereits an nationalen Betrieben in öffentlicher Bewirtschaftung, daß damit mehr als 2 Millionen Arbeiter heute in nationalisierter Betrieben beschäftigt werden. Nun kommt es nicht darauf an, jetzt extensiv weiterzuarbeiten, sondern in erster Linie kommt alles darauf an, intensiv zu arbeiten, um diese Betriebe, die heute in öffentlicher Hand sind, so auszubauen, daß sie dem Gemeinwohl förderlich sind. Da fragt es sich, ob die heutigen Mammutbetriebe nicht in ganz kurzer Zeit alles an sich reißen werden. Ich erinnere hierbei daran, daß bei dem Kohlen- und Kalibergbau das Reich ein Wort mit zu sagen hat. Die großen Organisationen werden gewissermaßen die Brücke sein, über die vom privatkapitalistischen Betrieb ein Uebergang zum gemeinwirtschaftlichen Betrieb zu schaffen ist. Man darf nicht sagen, alles das ist gar nichts, sondern man muß sagen, was gut und schlecht ist von dem, was geschaffen ist. Sie werden dann sehen, daß wir automatisch weiter kommen; denn man kann nicht damit rechnen, daß jemals eine Zeit der Vergangenheit neugebildet werden kann. Denn die menschliche Gesellschaft ist nicht eine Masse, die man willkürlich formen kann, sondern ein lebendiger Organismus, der notwendigerweise seinen ganzen Entwicklungsengang vorwärtsgeht. Nicht willkürlich kann man aus einem kapitalistischen Staat in einen sozialistischen Staat hineinspringen. Leute, die sich mit diesen Utopien befassen, täten besser, ihre Zeit nützlicher zu verwenden. Man sollte daran denken, wie können wir das, was wir haben, intensiver ausbauen, wie können wir dahin kommen, etwas Nützliches draus zu machen. In diesem Falle sehen wir, daß der ganzen Gesetzgebung in der nächsten Zeit gewaltige Aufgaben bevorstehen. Der nächste Reichstag wird Gewaltiges zu tun haben, und die Revolution selbst wird erst ausgebaut werden müssen. Was stellen Sie sich darunter vor, was ist die Revolution? Bestand die lediglich in den Kämpfen des November? Nein! Die Revolution ist die eigentliche Umwandlung der Dinge selber. Wir hatten nicht eine Revolution, sondern wir leben in der Revolution! (Sehr richtig!) Und gerade das, was die Revolution nicht nur beseitigt hat, was sie Neues schafft, das ist etwas, was der ganzen Revolution den Charakter gibt. Und gerade dieses Neuschaffen wird Aufgabe der allernächsten Zukunft mit sein, das läßt sich nicht im Sandumdrehen machen. Sicher ist, daß in den 1½ Jahren Revolution, die wir durchleben, sich ja in Deutschland größere Umbildungen vollzogen haben als seinerzeit in den Jahrzehnten der Revolution in Frankreich. Das Tempo darf nicht verlangsamten und muß beschleunigt werden, und weil diese Beschleunigung mit Notwendigkeit eintreten muß, haben die Arbeiter ein großes Interesse daran, gerade die Sozialdemokratische Partei in der Gesetzgebung zu stärken, und wenn man das den Wählern harmlos, glaube ich, werden auch heute noch wie früher Anhänger gewonnen werden. Die Ideen werden mit einem Schlag verwirklicht werden können, wenn die Massen es wollen, wenn sie sich entschließen können, die Sozialdemokratische Partei zu stärken, und wenn wir darauf hinweisen, daß die Revolution wirklich eine proletarische Revolution werden soll. Dann glaube ich, wird unsere Macht nicht allein nicht geringer werden, sondern sie wird gewaltig anschwellen, und wir werden genau so wie sonst von Wahl zu Wahl nicht nur mit einem numerischen Zugang zu rechnen haben, sondern wir werden eine verhältnismäßig größere Stimmenzahl bekommen. Und ich glaube, es muß gelingen, diese 5 Prozent Wähler, die uns an der Hälfte fehlen, erobern zu können. Da hilft nicht Furcht vor radikalen Reden, die die Kommunisten und Unabhängigen halten, da muß man positiv sagen, was wir wollen, und sobald wir die Massen für die positiven Forderungen begeistern, habe ich auch die feste Ueberzeugung, daß wir auf große Erfolge rechnen können bei den Wahlen. (Zustimmung.)

**Leuteritz-Hamburg:** Der Wahlkampf wird meiner Ansicht nach so, wie viele Redner es zum Ausdruck gebracht haben, für uns günstig verlaufen

müssen. Keine Partei steht im Augenblick so gefestigt da wie unsere Partei. Die Situation ist so, daß wir vor allen Dingen auch gegen unsere Brüder von links wohl kaum in den meisten Teilen Deutschlands den Kampf gebührend oder sehr heftig zu führen brauchen. Es gibt einsichtsvolle Leute in der Unabhängigen Partei, die klipp und klar aussprechen, daß die Diktatur des Proletariats ein Ziel ist, das sie allmählich fallen lassen müssen. Der Rufsch vom 13. März hat ihnen gezeigt, daß es heute ein viel höheres Ziel ist, die Demokratie zu verteidigen, als die Diktatur anzustreben. Unsere Politik im Wahlskampf gegen die Unabhängigen muß oder wird sein, es bei ihnen ruhig gären und klären zu lassen, ihnen ja nicht nachzulassen. Uns wird das Klaffengefühl der Arbeiter alle wieder auf die einzig mögliche Weise zu unserem Ziele einen, auf dem Wege zur Demokratie. Wir werden gegen die Unabhängigen eine Politik treiben, die die Kluff nicht erweitert, die gewissermaßen eine Politik der Duldsamkeit ist. Selbstverständlich ist, daß wir im Wahlskampf die Koalitionspolitik verteidigen, daß wir zur Koalitionspolitik, die wir bis jetzt getrieben haben, stehen. Es ist ein irrthümlicher Gedanke, daß eine sozialistische Regierung möglich sei unter Verhältnissen, wie wir sie hinter uns haben. Eine sozialistische Regierung ist selbst nicht möglich, wenn wir eine Mehrheit haben, eine Mehrheit, die nicht etwa recht groß ist. Wir haben in Hamburg eine sozialistische Mehrheit in unserer Bürgerschaft, wir haben 82 Stimmen gegen 78 bürgerliche zusammen. Es ist dort aber nicht möglich, allein zu regieren; dazu ist im bürgerlichen Lager die Summe von Intellekt, Fähigkeit und Erfahrung so groß, daß wir nicht auf diese Summe verzichten können. Wir würden in eine ganz mißliche Lage kommen, wenn wir uns erkühnen wollten, ganz allein zu regieren. Es würde uns dabei schlecht gehen, und eine sozialistische Regierung ist vor allen Dingen dann nicht möglich, wenn es eine Regierung ist, die sich aus uns und den Unabhängigen zusammensetzt. Ich will ganz besonders auf etwas eingehen, was in diesem Wahlskampf eine Rolle gespielt hat und noch spielt, ich meine etwas, was bei der Aufstellung von Kandidaten in vielen Bezirken geschehen ist. Man hat in vielen Bezirken alte Parlamentarier von der Liste heruntergesetzt und ist nach dem Grundsatze verfahren, recht viel neue Genossen auf die Liste zu bringen. Alle unsere Fraktionen, nicht nur die des Reiches, sondern auch die der einzelnen Landtage, haben einen Uberschuß an frischem Blut schon jetzt und einen Mangel an parlamentarisch erfahrenen Genossen. Und auch bei der Aufstellung der Kandidaten für den Reichstag hat man Genossen von reicher parlamentarischer Erfahrung in einzelnen Wahlkreisen nicht wieder auf die Liste gestellt. Unser Genosse Müller, der Reichskanzler, ist in Breslau nicht wieder auf die Liste gekommen, den Genossen Bauer will man dort auch nicht mehr haben, weil er Reichskanzler gewesen ist und weil er verantwortlich ist für die Politik. Genosse Koske will man auch nicht haben. (Zwischenruf.) Ein Genosse rief mir eben zu, das ginge mich nichts an. Das ist aber sehr wohl eine Sache, die die ganze Partei angeht. (Sehr richtig!) Wenn es Gepflogenheit sein soll, die alten Parlamentarier von der Liste herunterzusetzen, weil sie in der Regierung waren, so werden wir dabei auf eine Ebene geraten, auf der es nur abwärts gehen kann. Unsere Regierungsmitglieder sind Führer, die hervorragenden Führer schicken wir meist in die Regierung, ihre Erfahrungen sind doppelt wertvoll, ihre Amstätigkeit ist zweifellos politischer Gewinn. Wichtig hat ein Genosse heute gesagt, jeder Kritiker müßte erst mal durch die Regierungsmühle gehen, damit er eine Ahnung hat, wie das Regieren eigentlich geht, und die Regierungsmühle bringt jedem zweifellos eine Menge Erfahrungen bei. Keiner unserer Genossen aus der Regierung stand aus eigenem Willen auf diesem Posten, sondern sie sind hingeschickt worden von der Partei. (Sehr richtig!) Wenn sie da nicht alles schaffen konnten, was wir gewünscht hätten, wissen wir sehr wohl, daß daran die Umstände schuld sind und daß kein anderer, der an ihrer Stelle gestanden hätte, viel mehr geschaffen hätte. Es ist ein Unrecht, wenn die Genossen dann wegen dieser Tätigkeit geächtet und zu Parteigenossen zweiter Klasse degradiert werden sollen, wenn sie nicht mehr auf die Liste sollen. Ich habe das hier zur Sprache gebracht, weil ich es berufen kann, daß Bezirkskonferenzen sehr

wohl zu einer solchen Ansicht kommen können, aber die Reichskonferenz muß demgegenüber einen Warnungsruf ins Land schicken, daß das nicht Brauch wird in unserer Partei. Wir müssen unglücklicherweise sagen, daß solche Genossen, wenn sie von ihren Bezirken fallengelassen werden, dann auf die Reichsstufe kommen; denn wenn dieser Brauch Regel werden sollte, wäre das auch ein Schlag für das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem. Man könnte sagen, wenn dieses System die besten Kräfte der Partei verbraucht, wird es bald an Kräfteerschöpfung zugrundegehen. Für den Wahlkampf möchte ich noch sagen, daß wir selbstverständlich trotz aller Koalition den grundsätzlichen Kampf auch gegen die Koalitionsparteien führen müssen. Im Wahlkampf ist sich jede Partei selbst der nächste. Von den Demokraten wie vom Zentrum wird gegen unsere Partei vielfach gesagt: Was wollt Ihr denn noch mit Sozialisierung? Einemhalb Jahre habt ihr wesentlichen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte gehabt, ihr habt nichts verwirklichen können. Giesberts sagte in den letzten Tagen in einer Versammlung, ehe man sozialisieren kann in Deutschland, muß man erst die sozialisierten Betriebe der Eisenbahn und Post rentabel machen. Der Sozialismus ist der einzige Gedanke, der wirkungsvoll gegen den Kapitalismus ist. Der Charakter des Kapitalismus ist, daß er — ich glaube, Marx hat sich einmal in ähnlichem Sinne ausgesprochen — wenn ihm 10 Prozent Profit in Aussicht steht, Ehrlichkeit und alle Gesetze verleugnet. Wenn ihm gegenüber nicht der Gedanke des Sozialismus lebendig bleibt, würde der Kapitalismus aus der Welt einen Elendsherd machen. Darum können wir darauf pochen, daß wir unentwegt am Sozialismus festhalten. Zwei Punkte sind in der Debatte nicht erwähnt worden: Es ist nichts gesagt über die Zwangswirtschaft bis jetzt. Ich bin der Meinung, daß wir sagen müssen, die Zwangswirtschaft ist für uns lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit, nicht eine Frage des Prinzips. Wenn die Zwangswirtschaft eine bessere Versorgung gewährleistet als die freie Wirtschaft, so sind wir für Beibehaltung der Zwangswirtschaft, umgekehrt sind wir aber gegen die Zwangswirtschaft. (Sehr richtig!) Die Hamburger Partei hat in ihrer Bürgerchaft den Antrag gestellt, die Reichsregierung zu ersuchen, erneut zu prüfen, ob nicht für Kartoffeln und Getreide die Zwangswirtschaft abgeschafft werden kann und ob nicht die freie Wirtschaft eine bessere Versorgung ermöglicht. Für uns ist die Versorgung der ganzen Bevölkerung die Achse, ob Zwangswirtschaft oder freie Wirtschaft besteht. Die Steuerpolitik ist gleichfalls nicht erwähnt worden. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir die Steuerpolitik im Wahlkampf folgendermaßen auffassen: Kein Reichstag kann das geschlagene Deutschland davor behüten, daß es Steuern zahlen muß bis zur Höchstgrenze seiner Leistung, aber wesentlich ist, wie die Verteilung der Steuern vorgenommen wird, und die Sozialdemokratie ist die Partei, die garantieren wird, daß die großen Vermögen die Hauptlasten tragen werden. (Bravo!)

Vorsitzender Bartels: Ich schlage vor, die Debatte abzubrechen und auf morgen zu vertagen. — Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Genosse

Eng-Barmen: Meine Ausführungen sind in einem Punkt mißverstanden worden und von nachfolgenden Rednern auch in diesem mißverständlichen Sinne gebraucht worden. Wenn ich von dem Erfolg oder von dem Mißerfolg gesprochen habe, der für die Arbeiter herausgekommen ist, habe ich gesprochen von der Koalitionspolitik und nicht von der Revolution. Die Koalitionspolitik, so habe ich gesagt, hat für die Arbeiter nicht viel gebracht. Daß die Revolution Erfolge für die Arbeiter gebracht hat, ist etwas ganz Selbstverständliches, der Achtstundentag usw. sind auf die Revolution und nicht auf das Konto der Koalitionsparteien zu setzen. Ich sage das, damit man mir nicht nachher draußen von der Unabhängigen Partei schließlich den Aufnahmeschein für die Unabhängige Partei zustellen kann.

Vorsitzender Bartels: Wir denken, daß wir vielleicht morgen in einer Tagung ohne Pause, vielleicht bis 1 oder 1/2 Uhr mit unseren Beratungen fertig werden können. Wir schließen dann unsere heutige Tagung. — Morgen früh 9 Uhr Fortsetzung.

Schluß 6 Uhr 10 Minuten.

## Zweiter Tag.

Donnerstag, den 6. Mai 1920.

Vorsitzender Bartels eröffnet die Verhandlungen vormittag 9 1/2 Uhr.

In Fortsetzung der Debatte vom Mittwoch erhält zunächst das Wort

Brüger-Borsdorf: Parteigenossinnen und Genossen! Ich glaube nicht, daß wir unsere Wahlparole, so wie es von manchen Genossen gewünscht wird, auf die einfache Forderung bringen können: Kampf gegen rechts oder nur Kampf mit rechts. Ich bin überhaupt der Meinung, daß wir uns viel weniger darauf einlassen sollen, den Wählern zu sagen, daß wir gegen bestimmte Parteien sind und gegen etwas vorgehen, sondern vielmehr positiv unsere Forderungen und Grundsätze vertreten sollten. Dabei ergibt sich der Gegensatz ohne weiteres, und es wird sich zeigen, daß wir in diesem Kampf für unsere Grundsätze auch gezwungen sind, die Gegensätze gegenüber den Unabhängigen und Kommunisten klar herauszuarbeiten. Ich glaube, daß dies auch notwendig ist gerade, wenn wir die Einigung mit den Unabhängigen fördern wollen, denn darüber werden wir uns kaum einer Täuschung hingeben, daß eine Verständigung mit jenen Unabhängigen, die einer Verständigung geneigt sind, unmöglich ist, wenn nicht auch der andere Teil, der vorläufig noch nicht dazu geneigt ist, davon überzeugt wird, daß er mit seinen Ideen gar keine Aussicht hat, auch nur einen nennenswerten Bruchteil der deutschen Arbeiterchaft hinter sich zu bringen. Dazu wird aber in erster Linie der Ausfall der Wahlen beitragen können, und wir müssen daher versuchen, einen so großen Teil der Arbeiterchaft wie möglich von dem Eintreten für die Unabhängigen abzuhalten. Ich habe sicher den lebhaften Wunsch, daß dieser Kampf zwischen uns und den Unabhängigen sich als eine rein sachliche geistige Auseinandersetzung darstellt. Aber ich glaube, daß wir an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit aussprechen müssen, daß das nicht in erster Linie von uns abhängt, denn unsere Partei ist es sicher nicht gewesen, die in die Auseinandersetzungen zwischen uns und den Unabhängigen diesen außerordentlich gefährlichen persönlichen verletzenden Ton hineingetragen hat. Und wenn man auf anderer Seite den gleichen Willen hat, eine rein sachliche ruhige Auseinandersetzung zu führen in diesem Wahlkampf, so werden wir mit Freuden auf diesen Boden treten; wir müssen aber erklären, daß wir natürlich gegen Angriffe auf unsere Partei auch in entsprechender Weise reagieren müssen.

Ich möchte der Ansicht entgegenreden, die hier geäußert worden ist, daß wir eigentlich gegen rechts nichts zu verlieren haben, sondern hauptsächlich nur nach links, und daß wir deshalb vornehmlich den Kampf gegen links führen müssen. Diese Ansicht wäre ein sehr gefährlicher Irrtum. Nicht nur alle Wahlen haben bewiesen, daß die bürgerlichen Parteien, die ich zunächst mal ausnahmslos als rechte Seite betrachten möchte, aus den Kreisen, die im vorigen Jahre für uns gestimmt haben, von Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden usw. starken Zuwachs erfahren haben, sondern auch die tägliche Tätigkeit in der politischen Agitation beweist das. Deshalb glaube ich, daß wir alle Veranlassung haben, die Aufmerksamkeit in diesen Mittelschichten der Bevölkerung, bei den kleinen Gewerbetreibenden, Beamten und Angestellten usw., mit besonderer Aufmerksamkeit zu betreiben, weil die Absiedlungsarbeit, die von seiten der Linksradikalen gegenüber sozialistischen Ideen getrieben ist, gerade in diesen Schichten außerordentlich gewirkt hat, die dadurch einen Schreck gekriegt haben vor sozialistischen Ideen, vor den Zielen, wie sie in Rußland usw. gedacht waren. Wir müßten doch damit rechnen, daß gerade aus diesen Kreisen die bürgerlichen Parteien einen starken Zuwachs erfahren.

Ich möchte nur noch einige Worte sagen zu den Ausführungen des Genossen Eng, weil sie so echt typisch waren für die Ansichten in den Kreisen, die sich immer als die radikale Opposition, als den linken Flügel der Partei darstellen. Genosse Eng beschwerte sich einmal darüber, daß die Koalition recht wenig für die Arbeiter gebracht habe, in der Rede Scheidemanns sei kein Rud nach links bemerkbar usw. Genosse Mollenbuhr hat bereits eingehend



nachgewiesen, was tatsächlich durch die Koalition für die Arbeiter geleistet worden ist, und Genosse Eng hat ja auch an positiven Beispielen eigentlich nur das vorgebracht, daß nicht genügend zur Durchführung der Sozialisierung getan worden sei. Parteigenossen! Ich glaube, daß gerade diese Frage als ein Beweis dafür, daß für die Arbeiter nichts getan worden ist, nicht gelten kann! Denn eine weitergehende Durchführung der Sozialisierung in der verflochtenen Zeit würde den Arbeitern zunächst einmal gar nichts gebracht haben. Es wäre das ein politisches Moment gewesen, das auf politisch einschichtige Kreise zweifellos den Eindruck nicht verfehlt hätte, aber gerade die Masse derjenigen, die unzufrieden ist mit dem, was in der letzten Zeit geleistet worden ist, ist unzufrieden, weil sie nicht aus dem wirtschaftlichen Elend herausgekommen sind, und durch eine weitgehende Sozialisierung wären wir nach den gemachten Erfahrungen auch nicht um ein Zota mehr darüber hinausgekommen, im Gegenteil, wir hätten wahrscheinlich sehr starke Lasten auf die Gesamtheit, auf das Reich übernehmen müssen.

Ich möchte noch auf eine andere Tatsache hinweisen. Es wird in manchen Kreisen unserer Partei das Betriebsrätegesetz mit einer Handbewegung als völlig unzulänglich abgetan, meist von Genossen, die sich nicht genügend mit dem praktischen Wert dieses Gesetzes beschäftigten. Ich meine, die Tatsache, daß die obersteinstehende Arbeiterschaft unter feindlicher Besetzung bereit war, in einen Generalkrieg zu treten, um eine Durchführung zu erzwingen, beweist, daß an diesem Gesetz etwas sein muß. Ich glaube, die Frage muß auch nicht nur so gestellt werden: Was ist geleistet worden? sondern: was wäre geworden, wenn wir die Koalition nicht gehabt hätten unter führender Teilnahme der Sozialdemokratie? Dann hätten wir die bürgerlichen Parteien insgesamt zu einer Regierung zusammengeschweißt, die zweifellos unter Führung der Rechtsparteien gestanden hätte, so daß wir ganz andere Steuern bekommen hätten, eine ganz andere Verfassung und kein Betriebsrätegesetz und auch andere Maßnahmen nicht. Darüber können wir uns keinem Zweifel hingeben, und die Konsequenzen daraus für unsere Stellungnahme sind: entweder wir wären unserm Standpunkt der Demokratie treu geblieben und hätten sehr tüchtig schimpfen können auf die Taten der Regierung und hätten eine sehr bequeme Oppositionsstellung gehabt, hätten aber zusehen müssen, wie man gegen uns alle möglichen reaktionären Maßnahmen durchführte. Oder wir hätten den Weg des bewaffneten Kampfes betreten müssen. Parteigenossen! Dann wäre noch viel weniger für die Arbeiterschaft herausgekommen, aber es wäre sehr viel mehr vernichtet worden als bisher. (Zustimmung.)

Wenn Genosse Eng den Mund nach links verlangt, so hat er ja nicht deutlich ausgesprochen, ob er eine Milderung unserer ganzen Haltung verlangt oder ob nur eine schärfere Betonung unserer Grundätze in der Koalition geschehen soll. Wenn er das Letztere wünscht, so kann ich ihm in dieser Beziehung zustimmen. Das gilt besonders von der Rede, die der Zentrumsführer Trimborn hier in der Nationalversammlung gelegentlich der politischen Auseinandersetzungen über den Rapp-Kutsch gehalten hat. Es war eine starke Zumutung, möchte ich sagen, an die anderen Koalitionsparteien und besonders an uns, daß derselbe Mann, der sich bei den Verhandlungen mit den Rappisten ihnen gegenüber verpflichtet hat, für ihre Amnestierung einzutreten und aus diesem Grunde bei den Verhandlungen über die Berliner acht Punkte bei der Forderung der Bestrafung der Meuterer ausdrücklich für sich einen Vorbehalt machte, weil er andere Verpflichtungen eingegangen wäre, sich hinstellte, und gegen die Arbeiter im Ruhrrevier, die die Waffen nicht abliefern, die schärfsten Strafen, sogar Todesstrafe, verlangt hat. Da glaube ich, müssen wir solchen Leuten gegenüber mit viel größerer Energie von Seiten unserer Partei und auch von Seiten der Genossen in der Regierung unseren Standpunkt geltend machen. (Sehr richtig!)

Ich muß dem Genossen Eng auch widersprechen, wenn er das Vorgehen der bewaffneten Arbeiterschaft im Ruhrgebiet als entscheidenden Faktor für die Niederwerfung des Rapp-Kutschs bezeichnet hat. Ich kann es ja verstehen, wenn man die Fehler, die dort gemacht sind, jetzt zu verteidigen sucht, indem man das Vorgehen als eine Voraussetzung des Erfolges bezeichnet.

(Eng ruft: Das ist sogar von den Ministern zugegeben!) Das mag sein, Genosse Eng, Sie werden aber am allerwenigsten der Meinung sein, daß die Minister immer Recht haben, wenn sie eine andere Ansicht haben. (Geisterzeit.) Parteigenossen! Ich stehe auf einem anderen Standpunkt. Gerade das Vorgehen nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch an manchen anderen Stellen in derselben Weise hat nach dem ganzen Verlauf der Dinge lediglich dazu beigetragen, zu verhindern, daß die Reaktion so niedergeworfen wurde, wie es sonst möglich gewesen wäre. (Sehr richtig!) Es hat lediglich dazu geführt, daß Reaktion und Militär wieder etwas stärker in den Sattel gehoben wurden. (Sehr richtig!) Hier in Berlin haben wir durch den Generalkrieg und dadurch, daß sich unsere Parteigenossen allen Diktaturversuchen der Unabhängigen und Kommunisten gegenüber ablehnend verhielten und sich nicht auf diese Experimente mit der wilden Bewaffnung der Arbeiterschaft einließen (Eng ruft: Das haben wir im Ruhrgebiet auch getan!), eine friedliche Niederwerfung des Kutschs erreicht, noch ehe sich die Bewegung im Ruhrgebiet irgendwie entscheidend auswirken konnte. Gerade hier in Berlin haben wir den Versuch erlebt, die Arbeiterschaft zu mißbrauchen. Schon am Dienstag in der Rapp-Woche wurde uns von den Beauftragten Rapps und anderen Leuten, die damals verhandelten, mit großer Euphorie erzählt, daß allgemeine Kommunistenaufstände in Berlin bevorständen, es wurde von einem Ultimatum der Kommunisten erzählt usw. Wir haben uns damals allen diesen Versuchen gegenüber, uns den Volksewistenschreck einzujagen, und auch der Regierung den Volksewistenschreck einzujagen, lediglich zu dem Zweck, um die Lüttwits-Truppe hier in Berlin erhalten zu können, strikte ablehnend verhalten. Und das trug dazu bei, die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Meuterer aus Berlin herauszubringen. Dagegen überall, auch in einzelnen Orten Berlins, wo unsere Parteigenossen sich auf das Experiment der Kommunisten und Unabhängiger eingelassen haben, ist die Sache denselben Weg gegangen: aus der gemeinsam bewaffneten Arbeiterschaft wurde eine rote Armee und da hat das Militär Gelegenheit gehabt, einzugreifen. Wir dagegen haben durch unsere Haltung zumeist gebracht, daß die Unabhängigen ihre Forderung der Diktatur überhaupt fallen lassen mußten und sich zu dem Zugeständnis einer sozialistischen und schließlich einer Arbeiterregierung herbeilassen mußten. Ich glaube also, daß, wenn auch dort die Parteigenossen sich gegenüber dem Versuch, sie auf die Diktatur des Proletariats festzulegen, sich etwas vorsichtiger und ablehnender verhalten hätten, uns nicht nur mande Beunruhigung, sondern auch außerordentlich viel Elend auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet im Laufe der Rapp-Woche erspart geblieben wäre.

Ich glaube aber, daß alle diese Dinge uns nicht dazu führen können, nur um von der einen oder anderen Seite vielleicht mit besonderer Freundlichkeit angesehen oder behandelt zu werden, von unserem grundsätzlichen Standpunkt im Wahlkampf auch nur ein Zota aufzugeben. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir im Wahlkampf auch unsere grundsätzliche Stellungnahme mit aller Schärfe nach rechts, und um so schärfer, je weiter der Unterschied zwischen uns und den betreffenden Parteien ist, aber auch mit aller Deutlichkeit und mit ruhiger, sachlicher Schärfe nach links zum Ausdruck bringen müssen. Ich bin der Überzeugung, daß wir dann diesen Wahlkampf durchaus in Ehren bestehen werden. (Beifall.)

**Büchel-Gotha:** Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich habe den Auftrag meiner Parteifreunde auszurichten, auf dieser Konferenz eine Darstellung der Dinge zu geben, die sich in Gotha abgespielt haben. Die Gotharer Verhältnisse haben zweifellos über das hinausgegriffen, was wir als lokale Begebenheit bezeichnen könnten. Die Reichsregierung war gezwungen, die Reichsregierung durchzuführen. Diese Reichsregierung ist augenblicklich im Gange, und es ist zweifellos von größtem Interesse, wenn auch unsere Reichskonferenz ein klares Bild über die Dinge in Gotha bekommt. Ich möchte hier bemerken, daß am 13. März früh, als die Berichte aus Gotha kamen, wir als Parteileitung der S. P. D. uns zunächst über die Haltung der dortigen Truppen vergewissert haben. Die Garnison, die im ganzen ungefähr 100 Mann stark war, einschließlich einer Fliegerstaffelabteilung, erklärte einmütig, daß

sie nur eine Reichsregierung Ebert-Bauer kenne und nur Befehle von dieser Seite auszuführen gedente. Daraufhin gingen wir als Parteileitung zu der unabhängigen Landesregierung, die als Volksbeauftragte die Geschichte der Republik leitet und haben an diese dieselbe Frage gestellt, ob sie auf dem Boden der Reichsverfassung und zur Reichsregierung Ebert-Bauer stände, und was sie ihrerseits als Landesregierung zu tun gedächte, um die Gegenrevolution, die auf dem Marsch gegen Thüringen war und bereits in Weimar eingegriffen hatte, ihrerseits energisch zu bekämpfen. Da erklärte das Mitglied der Landesregierung, Herr Grapow, daß sie auf unsere Frage eine Antwort nicht erteilen könnten. (Hört, hört!) Sie erklärten also, daß sie uns nicht sagen könnten, ob sie auf dem Boden der Reichsverfassung ständen. Karreireunde! Ich muß Ihnen gestehen, daß diese Eröffnung uns einigermaßen überraschend kam. Wir hatten angenommen, daß wenigstens die Landesregierung, die auf die Reichsverfassung geschworen hatte, wußte, ob sie auf dem Boden derselben stand oder nicht. (Sehr richtig!) Grapow vertröstete uns auf den Nachmittag, da er zunächst Rücksprache mit der Fraktion nehmen müsse, um uns eine Antwort auf unsere Fragen und Vorschläge geben zu können. Er fragte uns aber, was wir unsererseits für Vorschläge zu machen haben, ob wir gewillt seien, einen Weg anzugeben, auf dem die Bekämpfung des Rapp-Butschismus möglich sei. Wir sagten, daß der Generalfreist unter Ausschluß lebenswichtiger Betriebe durchgeführt werden müsse. Wir würden es ferner für empfehlenswert erachten, wenn eine Umbildung der Landesregierung vorgenommen würde; denn das Mitglied der Landesregierung, Schraube, hatte schon in einer öffentlichen Sitzung der Landesversammlung erklärt, daß die U.-S.-P.-Mehrheit bei weitem nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung darstelle. Diese Erkenntnis ist auch auf dem Landesparteitag der Unabhängigen in Gotha verschiedentlich zum Durchbruch gekommen. Aus Kenntnis dieser Sachlage heraus schlugen wir vor, die Landesregierung derart umzubilden, daß alle Teile der Bevölkerung, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung ständen, in ihr zusammengefaßt würden. Grapow erklärte, daß er uns am Nachmittag Bescheid geben würde. Nachmittags gegen 4 Uhr gingen wir wieder zur Landesregierung. Wir wurden empfangen und mußten feststellen, daß in dem Zimmer außer den beiden Herren Grapow und Schraube, die Mitglieder der Landesregierung waren, eine ganze Anzahl zum Teil uns unbekannter Herren anwesend waren. Ich möchte bemerken, daß wir zu dieser Besprechung noch den Vorsitzenden der Ortsgruppe der S. P. D. für die Stadt Gotha mitgenommen hatten, wir waren also drei Personen. Bevor die Unterhaltung begann, mischten sich die Herren, die da herumstanden, ins Gespräch, so daß wir die anwesenden Mitglieder der Landesregierung fragten, in welchem Verhältnis diese Herren zur Regierung ständen, da wir doch als Parteileitung gekommen seien, um mit der Landesregierung über unsere Fragen und Vorschläge zu unterhandeln. Bevor Herr Grapow, der uns empfangen hatte, das Wort ergreifen konnte, erklärte einer der Herren: „Mein Name ist Schäfer, ich bin Vertreter der R. P. D. und muß der S.-P.-D.-Parteileitung hiermit mitteilen, daß die Landesregierung allein keine Entschlüsse mehr fassen kann, daß unterdessen durch Verständigung der Unabhängigen mit der R. P. D. sich ein Volksgussrat gebildet hat, an den die gesamte politische Macht übergegangen ist. Die Landesregierung als solche hat sich nur mit Fragen der Lebensmittelversorgung noch zu befassen. (Seiterkeit.) Wenn die S. P. D. verhandeln will, hat sie sich mit dem Volksgussrat in Verbindung zu setzen.“ Wir haben sofort aufs schärfste dagegen protestiert und von den anwesenden Vertretern der Regierung verlangt, sich zu äußern. Herr Grapow erklärte: „Nämlich, das ist geschehen, weil wir mit der Lebensmittelversorgung überlastet sind.“ (Hört, hört! und Seiterkeit.)

Wir haben aufs schärfste protestiert gegen diesen Verfassungsbruch. Herr Grapow ließ sich darauf in keiner Weise ein, sondern er ersuchte uns, daß wir uns mit dem Volksgussrat in Verbindung setzen sollten. Dieselbe Landesregierung also, die uns am Vormittag auf unsere Frage nach der Verfassung keine Antwort erteilen konnte, erklärte nachmittags, daß sie sich unter das Diktat eines Volksgussrats gestellt hätte und damit die verfassungsmäßige

Institution außer Kraft gesetzt hätte. Wir waren als Parteileitung verpflichtet, gegen dieses Vorgehen in der schärfsten Weise Stellung zu nehmen. Es hat sich unterdessen nämlich noch etwas anderes abgespielt. Gegen Mittag war die Fliegerwerft, in der ungefähr 60 Mann der Fliegerabteilung lagen, von Arbeitern besetzt worden, und der Fliegerabteilung war die Frage vorgelegt worden, ob sie auf dem Boden der Reichsverfassung stände. Diesen Arbeitern wurde dieselbe Erklärung abgegeben wie uns am frühen Morgen von der anderen Garnison, daß die Abteilung auf dem Boden der Reichsverfassung und der Reichsregierung Ebert-Bauer stände. Trotzdem wurde diese Abteilung zum Teil verhaftet; sie wurde entwaffnet. Die Waffen wurden gestohlen und damit halbwüchsige Burchen ausgerufen, die nun in der Stadt ihr Unwesen trieben. (Zuruf: Was hat das mit der Reichskonferenz zu tun?) Das ist notwendig, weil die Reichsregierung auch einen sehr wesentlichen Bestandteil unserer Politik bildet und damit die Verhältnisse beleuchtet werden müssen, die die Exekutionsfrage betreffen. Jedenfalls ist die Geschichte so, daß wir in Gotha alles versucht haben, um den Verfassungsbruch der Landesregierung zu verhindern, daß dort nicht ein Putz des Militärs, sondern der unabhängigen Landesregierung zu verzeichnen ist. Einzelheiten der weiteren Entwicklung möchte ich übergehen. Es sind dabei mehr als 150 Menschenleben zum Teufel gegangen. Ich will nur noch bemerken, daß die unabhängige Regierung zur Verhängung des Standrechts schreiten mußte, sie war gezwungen, Presseverbote zu erlassen. Ich muß bemerken, daß dem „Vorwärts“ ein ausführlicher Bericht zugegangen ist, der bisher aber trotz der Angriffe der „Freiheit“ und der übrigen unabhängigen Presse nicht veröffentlicht worden ist. (Hört, hört!) Ueber die Lage in Thüringen sind überhaupt sehr mangelhafte Berichte gebracht worden. Unsere eigenen Zeitungen mußten erst zur Berichterstattung gezwungen werden durch die Drohung, daß, wenn sie den Bericht nicht veröffentlichen würden, wir ihn der bürgerlichen Presse geben würden.

Jedenfalls kann an eine Einigung nicht in dem Sinne gedacht werden, daß wir in Thüringen und besonders in Gotha mit den Unabhängigen gemeinsam zu geben haben, bevor nicht diese Staatsverbrecher und Hochverräter aus der Partei ausgeschlossen und zur Rechenschaft gezogen sind. In einer Verhandlung des Staatsrats von Thüringen hat Grapow vor einigen Tagen zugegeben, daß die Dinge, so wie ich sie schilderte, den Tatsachen entsprechen. Es sind keine Märchen. Öffentlich nimmt die Presse nunmehr davon Kenntnis, auch haben wir hier Flugblätter mit einer genauen Darstellung, und ich bitte Sie, dieses Material für Ihre Agitation zu verwenden. (Beifall.)

**Steinkopf-Königsberg:** Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen Punkt lenken, der in der Wahlbewegung auch eine ziemlich große Rolle spielen wird. Sie wissen, daß wir bei den Wahlen zur Nationalversammlung zum erstenmal als einen wichtigen Faktor unserer Wahlagitation die Unterstützung unserer Partei durch die Beamtenschaft einziehen konnten. Im Deutschen Reich gibt es Summa Summarum 5 000 000 Beamte. Ein guter Teil der Stimmen aus Beamtentreisen, die uns früher zuzil geworden sind, werden wieder abschwören, und zwar wegen der allgemeinen Unzufriedenheit und auch deshalb, weil die erhofften goldenen Früchte sich nicht ergeben haben, weil sie nicht alle Minister geworden sind (Seiterkeit); aber auch aus Angst ist ein großer Teil schwankend geworden, aus Furcht vor ihren Vorgesetzten. Die beste Agitation würde es für uns sein, wenn ein paar Duzend dieser reaktionären Vorgesetzten einfach an die Luft gejeht würden, aber die Regierung kann sich leider dazu nicht aufschwingen. Aber trotzdem schreitet die Organisation der Beamten in der Partei unaufhaltsam vorwärts. Der schönste Beweis dafür war, daß in der kritischen Woche beim Rapp-Butz die sozialistischen Beamten die Feuerprobe, möchte ich sagen, bestanden haben. Der Generalfreist wurde von den sozialdemokratischen Beamten durchgeführt, natürlich meist in den unteren Schichten, während die mittleren und höheren sich noch etwas zurückhielten und zum Teil schwankend waren, weil sie nicht wußten, was werden sollte.

Hier in Berlin ist die Sache so, daß die Organisation der breiten Schichten der Unterbeamten ganz vorzüglich klappt. Ich möchte sagen, wenn man heute

auf den Knopf drückt, so reagiert diese Organisation morgen mit tödlicher Sicherheit. — Die Wahrheit wird dahin zu gehen haben, daß wir die Beamtenenschaft für unsere Bestrebungen gewinnen, womit sie noch nicht gewonnen ist, und sie veranlassen, unsere Partei auch ferner zu unterstützen. Es ist eigenartig, daß die Beamten von allen Parteien besonders behandelt werden, aber es begründet sich dadurch, daß erstens die politische Schulung der Beamtenenschaft bisher vollständig fehlte, daß es ihr an gewerkschaftlicher Erziehung mangelt und ihr ferner bei ihren alten Traditionen noch das demokratische Denken fehlt; die Beamten nehmen auch eine Doppelstellung gegenüber dem Staat als Staatsbürger und als Arbeitnehmer ein. Ich betrachte aber alles dieses nur als Uebergangsstation; ich bin überzeugt, wenn die Beamten erst einmal politisch organisiert werden, werden wir nicht mehr notwendig haben, diese Sonderveranstaltungen zu machen, die jetzt alle Parteien einschließlich der Unabhängigen nicht unterlassen können. Gerade die Beamten müssen erfahren, was die Partei für sie geleistet hat. Und bei dieser Gelegenheit müssen wir den Beamten, wie sich Scheidemann ausdrückte, die Erkenntnis in die Köpfe einhämmern, es muß ihnen klar gemacht werden, was sie seit der Revolution erreicht haben, die Achtung ihrer Menschenrechte, die allgemeinen Ertrungenschaften, das freie Wahlrecht, der Achtstundentag, die Gewährleistung ihrer Rechte in der Verfassung, die Besoldungsordnung und was drum und dran hängt. Es muß ihnen klar gemacht werden, daß sie alles einzig und allein der Sozialdemokratie zu verdanken haben oder doch ihrem ausschlaggebenden Einfluß, und daß sie alle ihre neuen Rechte einzig und allein der Republik zu verdanken haben. Weiter müssen sie darauf hingewiesen werden, was für sie alles auf dem Spiel steht, daß von der Gestaltung des Beamtenratsgesetzes außerordentlich viel für sie abhängt, daß ferner die Gestaltung des Reichsbeamtenrechts, der Disziplinargesetzgebung und eine Vervollständigung der Besoldung auf dem Spiel stehen, daß sie nicht zuletzt berufen sein werden, an der Demokratisierung der Verwaltung mitzuarbeiten. Außerdem möchte ich Sie bitten, alle Beamten, die sich für die Partei interessieren und zur Werbung geeignet sind, zur tätigen Mitarbeit heranzuziehen, denn sie haben einmal ein starkes Standesbewußtsein, sie sind vorsichtig zu behandeln. Ich habe auf meinen Reisen gesehen, daß es unter den Beamten gute Werber und Volkstredner gibt. Es ist wohl nicht genügend bekannt, daß beim Parteivorstand eine Zentrale für Beamtenagitation eingerichtet worden ist, die vom Genossen Thomas geleitet wird. Von dieser Stelle bekommen Sie das notwendige Material. Es wird ein Mitteilungsblatt herausgegeben mit geeignetem Material für die Wahlarbeit. Sie bekommen auch Broschüren und alles, was zur Wahlarbeit gehört. Es ist nur nötig, mit der Zentralfstelle in Verbindung zu treten.

Wenn es uns gelingt, auch in diesem Wahlkampf die Beamtenenschaft für allgemeine Mitarbeit aufzurufen — für uns brauchen wir den Wahlkampf nicht zu fürchten —, haben wir jedenfalls eine tüchtige Unterstützung bei den Wahlen, und was wir schon bei der vorigen Wahl sicher einstellen konnten, können wir auch diesmal einstellen und werden dann den Sieg erreichen. (Beifall.)

**Neue-Erden:** Die Wahlbewegung steht unter dem Zeichen der Einigung. Verschiedene Diskussionsredner vor mir haben klar zu erkennen gegeben, daß die Erwartungen zweifellos weit hinter den Hoffnungen so mancher zurückbleiben werden und müssen. Die Einigung an und für sich mag für die Zukunft mehr denn je bedeuten, aber es hieße Vogel-Strauß-Politik treiben, wollte man auf ein gewisses Einigungsprogramm hin uns für die Zukunft auf politischem Gebiet festlegen. Das eine, was zu bedauern ist, ist zweifellos, daß die Koalitionsparteien, die als Bremsklötze unserer Genossen in der Regierung zu charakteristischer sind, viel zu viel geschont worden sind in unserer sozialistischen Agitation. Viel zu gelinde ist es meines Erachtens der bürgerlichen Gesellschaft dabei ergangen. Die Entwicklung für die wirtschaftliche Demokratie hat zweifellos längst auch nicht im entferntesten Schritt gehalten mit der Verwirklichung der politischen Demokratie, und ich möchte unsere Genossen in der Regierung fragen, wie weit sind wir mit dem Reichswirtschaftsrat, den

Reichsarbeiterräten usw.? Es muß unter allen Umständen für die Zukunft versucht werden, die Politik viel mehr von der Wirtschaft beeinflussen zu lassen als umgekehrt, um hier Material in die Hand zu bekommen, um an dem gesamten wirtschaftlichen Leben die Arbeiter mehr interessieren zu können. Es ist nicht allein das System Koske, das uns von unseren Gegnern, vor allen Dingen vor den Gegnern zur linken Seite, in der Agitation vorgeworfen wird und uns das Leben zum gut Teil sauer macht. Auch in der Verwaltungsreform, der Beamtenreform usw. hätte viel schnellere und ergiebige Arbeit geleistet werden können, wenn unsere Genossen, die dort Einfluß ausüben, nicht Juristen gewesen wären, die auf dem Standpunkt standen, der Mensch fängt überhaupt erst beim Doktor jur. an. Der Knapp-Putsch hat gezeigt, daß man doch schneller kann, wenn bestimmte Personen dabei ihren Einfluß beschränken müssen und etwas davon abzubauen gezwungen sind. Es ist unbedingt notwendig, daß die gesamte Arbeiterschaft an der Produktion, an der ganzen Wirtschaft und dem Handel mehr interessiert wird, als das bisher der Fall war. Koske erklärte ja auch in seiner Erwiderung seinem System gegenüber, daß Ehrhardt noch heute frei herumläuft, der eigentlich längst hätte an die Wand gestellt werden müssen. Es ist schon ausgeführt worden, daß es besser gewesen wäre, wenn Koske sich hier als Meister in der Beschränkung gezeigt hätte. Er soll und muß wissen, daß der Inspirator der Lüttwiberei einer seiner Mitarbeiter gewesen, auf dessen Konto vom Januar 1918 her alle die Schandtatzen zu setzen sind. Ich erinnere hier an Hauptmann Rastl. Genosse Koske hätte es längst in der Hand gehabt, dort mit eigenem Wein zu fegen, aber auch dort hat es, glaube ich, kaum wohl an der Erkenntnis als an zuverlässigen Mitarbeitern gelegen. Koske hat Ausführungen gemacht, die jetzt wenig zur Debatte stehen. Hoffen wir, daß für die Zukunft das Interesse der Arbeiterschaft klarer zur Erkenntnis kommt, daß auch dann die Agitation im allgemeinen eine größere Bedeutung erreicht. Ich weiß, daß in großen Teilen der ländlichen Wahlkreise in diesem Wahlkampf mehrere Hunderttausend Stimmen herauszuholen sind, aber deshalb orakeln, in welcher Art und Weise der Ausfall uns zu Enttäuschungen oder zu Hoffnungen führen kann, ist unangebracht, und ich glaube, daß nach der Parole, die gegeben wurde, wir keine Ursache haben, bangen in die Zukunft zu sehen. Es wird und muß der Gedanke, daß die Mehrheitspartei der ruhende Pol sein wird, sich durchsetzen. (Zustimmung.)

**Reichskanzler Hermann Müller:** Die Sozialdemokratische Partei zieht wieder in den Wahlkampf, und es ist ganz selbstverständlich, daß, wenn sie dabei in erster Linie auch Ausblick in die Zukunft hält, doch ein Rückblick stattfinden muß. Eine ganze Reihe Parteigenossen haben hier auf Fehler hingewiesen, die in den vergangenen 1½ Jahren gemacht worden sind, als wir mit entscheidend Einfluß auf die deutsche Politik hatten. Die Fehler sind uns nicht unbekannt gewesen. In der Sozialdemokratischen Partei sind wir seit fünfzig Jahren zur Kritik erzogen worden und in der Regierung sitzend haben wir diese Kritik wirklich nicht ganz vergessen und nicht abgelegt. Wir haben auch genug Selbstkritik, um überhauen zu können, ob hier und da von uns ein Fehler gemacht worden ist. Aber vergessen Sie doch eines nicht: die ungeheure schwierige Situation, in der die Reichsregierung seit dem 9. November 1918 gewesen ist. (Sehr richtig!) Haben wir nicht nur nicht gegen rechts, sondern auch gegen links fortwährend uns, unsere Partei und die Republik verteidigen müssen? Und wenn ich es mal auf eine ganz traffe Formel bringen will, kann ich sagen, daß wir infolge der Situation, in der wir waren, oft nur vor der Wahl gestanden haben, zwischen zwei Fehlern einen zu machen. (Sehr richtig!) Das wußten wir, aber die Tatsachen waren härter als wir. Und wer mitten in diesen Dingen stand, kann das auch selbst beurteilen. Wenn wir als Sozialdemokratische Partei Stellung nehmen, dürfen wir doch auch nie vergessen, daß wir seit dem 9. November 1918 Koalitionspolitik getrieben haben, erst mit den Unabhängigen — die Kommunisten haben bekanntlich damals schon nicht mitgemacht —, dann nachher mit Zentrum und Demokraten. Warum das so kam, brauche ich nicht zu wiederholen, denn Genosse Scheidemann hat es gestern auseinandergesetzt. Die Ursache war der Ausfall der

Wahlen zur Nationalversammlung, und wenn man unserem Rat gefolgt wäre, nachdem im November 1918 die Revolution gesiegt hatte und vier Wochen später die Wahlen gemacht hätte, dann hätten wir gleichmäßig eine Arbeiterregierung gehabt. (Sehr richtig!) Die Koalitionspolitik war sachlich notwendig als Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung. Koalitionspolitik zu treiben ist kein Vergnügen, wie überhaupt Regieren heutzutage kein Vergnügen ist. (Sehr richtig!) Das mag früher ein Vergnügen gewesen sein, als unsere Kritiker von heute an der Krippe saßen, wie sie sich so geschmackvoll auszudrücken pflegen. Aber diese Zeiten sind heute vorbei infolge der Politik, die gerade von diesen Kreisen getrieben worden ist, von den Kreisen, die mit der Vaterlandspartei das Vaterland zugrunde gerichtet haben und die in Kapp und Traub identisch sind mit denen, die am 13. März den bekannten Putz gemacht haben. (Sehr gute Zustimmung.) Wir mußten Koalitionspolitik treiben, nachdem wir viereinhalb Jahre Krieg hinter uns und nachdem wir über ein Jahr Waffenstillstand erduldet hatten. Das wollen wir nicht vergessen. Das kann der Welt nicht oft genug gesagt werden, gerade wo wir jetzt vor den Toren von Spa stehen, wo wir hoffen wollen, daß endlich bei unseren früheren Kriegsgegnern die Vernunft siegt und Europa gerettet wird dadurch, daß endlich eine Politik der Versöhnung und des Entgegenkommens getrieben wird. (Zuruf: Siehe Frankfurt a. M.!) Ich habe die Hoffnung, daß infolge der wirtschaftlichen Entwicklung, der Frankreich entgegengeht, auch der Tag kommt, wo Frankreich zur Einsicht kommen wird. Der Tag wird kommen, denn alle Völker, die vier Jahre Krieg geführt, haben sich zu Tode gesiegt, wenigstens so weit der europäische Kontinent in Betracht kommt. (Sehr richtig!) Koalitionspolitik ist natürlich keine Wahlparole. Jede Partei, auch jede Koalitionspartei wird den Wahlkampf als Partei selbständig führen müssen; denn drei Koalitionsparteien, das heißt drei Weltanschauungen, die Weltanschauung des Zentrums, die Weltanschauung der Demokratie und die Weltanschauung der Sozialdemokratie, die sich im Wahlkampf reiflos durchsetzen wollen, weil wir jetzt das reinste Proportionalwahlssystem haben, das in irgendeinem Lande existiert. Jede Partei, die weiß, was sie will, und Selbstachtung hat, muß danach streben, daß sie eigentlich die Mehrheit bei den Wahlen erringt. Sie muß ihre Weltanschauung einmal so unverfälscht zur Geltung bringen können wie noch nie und über selbst eine Weltanschauung hat, der achtet auf die Weltanschauung der anderen. Nur Klopffechter sind es, die die anderen beschimpfen. Das mögen sich auch insbesondere die Linkseute merken, die den Bruderkampf gegen uns führen. (Sehr richtig!) Wir wollen den Wahlkampf nicht nur gegen links anständig führen, sondern auch niemals vergessen, daß wir mit den Koalitionsparteien ein Stück Wegs gemeinsam deutsche Geschichte gemacht haben. Wie wird unsere Zukunftspolitik werden? Das wird abhängig werden vom Ausfall der Wahlen. Ich will mich der Prophezeiungen über den Ausgang des Wahlkampfes enthalten, möchte aber nur ein Wort sagen über das Problem „Arbeiterregierung“, das ja besonders in Arbeiterkreisen sehr stark in der letzten Zeit diskutiert worden ist. Nachdem der Kapp-Putz abgeschlagen war, wurde aus unseren Reihen und aus den Reihen der Unabhängigen verlangt, daß eine Arbeiterregierung gebildet würde. Ich persönlich war damals dagegen, weil ich der Auffassung war, daß sie nicht zu bilden war, wenigstens nicht auf demokratischer Grundlage, und demokratisch müssen wir bleiben solange wir Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig!) Eine Arbeiterregierung wäre nur zu bilden gewesen erstens etwa unter Duldung der bürgerlichen Parteien als Geschäftsregierung bis zum Wahltermin. Ich glaube nicht, daß sich die bürgerlichen Parteien darauf eingelassen hätten; sie wäre weiter zu bilden gewesen, und das hat ja Crispian mit vorge schlagen, als Arbeiterregierung mit Hilfe von Arbeitervertretern aus dem Zentrum, aber ich glaube, es heißt doch die Partei der Windhorst, Mallinckrodt und so weiter unterstützen, wenn man annimmt, daß sie ihre Vertreter als Statisten in die Regierung geschickt hätte; es war ein Drittes möglich, und den Vorschlag habe ich in einer Konferenz, die bei Bauer stattfand, vorgebracht: Man hätte die Unabhängigen aufnehmen können in die Koalitionsregierung, das hätte sicherlich im Auslande einen sehr guten Eindruck gemacht, weil wir dan einen repu-

blikanischen Block gehabt hätten, der uns außenpolitisch sicher das Vertrauen und gestärkt hätte. Aber die Unabhängigen haben es glatt abgelehnt, in die Koalitionsregierung einzutreten und diesen republikanischen Block verstärkt nach außen hin zu bilden. Warum — ist sehr begreiflich. Sie wollen immer noch nach Moskau, wenn ihnen auch die Tore dort noch nicht geöffnet sind, weil sie ihre Demokraten, wie Kautsky und Ströbel, noch nicht bereitigt haben. Sie müssen darauf Rücksicht nehmen, aber nach dem Ausfall ihres Parteitages in Leipzig ist das durchaus verständlich. Ich war also damals gegen die Bildung der Arbeiterregierung, weil sie auf demokratischer Basis nicht möglich war, aber weil ich auch nicht überzeugt war, daß sie bei den damaligen Verhältnissen ein Glück für Deutschland gewesen wäre. Wir sind angewiesen auf das Ausland. Unsere ganze Produktion ist ja zugrunde gerichtet worden dadurch, daß sie über fünf Jahre lang auf den Massenmorde eingestellt gewesen ist. Die Rohstoffe im Lande, die wir herankommen konnten, sind herangezogen worden, damit sie während des Krieges vernichtet werden konnten, und all das Geld, das wir gehabt haben, ist buchstäblich in dieser Zeit verpulvert worden. (Sehr richtig!) Der Erfolg ist der, daß tatsächlich Millionen Deutscher, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch des Mittelstandes, heute kein ganzes Semd mehr auf dem Leibe haben. Daran sind nicht wir schuld, sondern die Ludendorffe und Helfferichs, die uns die Schuld an dem Unglück zugeschrieben wollen. Das sind dieselben, die uns, die wir in der Regierung sind, Disertanten heißen, weil wir nicht in der Lage sind, mit der Schöpferkraft Gott Vaters uns den Nichts, das sie uns zurückgelassen haben, etwas aufzubauen. (Sehr richtig!) Die Quellen der meisten lebenswichtigen Rohstoffe liegen alle außerhalb Deutschlands, und die Regierungen, die darüber zu verfügen haben, sind kapitalistische Regierungen, und ich habe bisher keinen der Siegerstaaten gefunden, in dem der Sozialismus an Kraft gewonnen hätte, seitdem Waffenstillstand und Frieden von Versailles geschlossen worden sind. Und was für die Siegerstaaten zutrifft, trifft auch für die neutralen Staaten und ihre Regierungen zu. Sie sind auf kapitalistischer Basis gegründet und wollen infolgedessen viel lieber mit Regierungen verhandeln, die nicht rein sozialistisch sind, haben viel mehr Vertrauen dort, wo auch ein gewisser bürgerlich-kapitalistischer Einschlag ist. Deswegen sage ich: Eine Arbeiterregierung ist in Deutschland nur möglich, wenn die Arbeiterklasse bei den kommenden Wahlen sich die Mehrheit verschafft, sei es, daß sie eine Partei allein erringt oder sei es, daß mehrere sozialistische Parteien gemeinsam die Mehrheit in der Nationalversammlung bekommen werden. (Zustimmung.) Ich weiß nicht, ob dieses Ideal erreicht werden wird. Wir haben ja leider keine einzige Arbeiterklasse mehr und erleben jeden Tag neue Spaltungen. Ich brauche nur an die Verhältnisse bei den Kommunisten zu erinnern. Die Kommunisten haben eine große Verantwortung vor der deutschen Geschichte, wenn sie nicht endlich aufhören mit dieser ewigen Butzspielerei, mit der sie Deutschland seit dem 8. November 1918 fortwährend beunruhigen. Und wenn sie noch im Zweifel darüber sein sollten, welche Wirkung das schließlich hat, brauchen sie nur daran zu denken, wie die Kapp, Ludendorff und Lüttich fortwährend mit dem „Völkerversteherdred“ arbeiten, um die antijohannistische Mehrheit im deutschen Volke zustande zu bringen. (Sehr richtig!) Wenn der Kapp-Putz möglich war, so doch nur deswegen, weil wir eben über Jahr und Tag gezwungen gewesen sind, gegen links aufzumarschieren. Was haben wir denn alles erlebt? Ich will nur an die Spartakuswoche erinnern, in der Liebknecht durch die Wilhelmstraße mit Maschinengewehren gezogen ist, um „das Nest da oben“ auszuheben, will nur erinnern, daß wir damals den „Vorwärts“ mit Minenwerfern beschließen mußten, um Ruhe und Ordnung durchsetzen zu können. Wir brauchen nicht im vorigen Jahre Halt zu machen und müssen weiter daran denken, wie hier am 13. Januar vor den Augen des Parlaments der Sturm verjagt wurde, um im letzten Augenblick die Nationalversammlung auseinanderzulassen, und wir kennen ja das Wort von Richard Müller, daß nur über seine Leiche der Weg zur Nationalversammlung gehe. Er lebt heute noch und ich weiß nicht, ob seine Freunde das Lazaruswort über ihn ausgesprochen haben: „Gott, er riecht schon.“ (Geisterzeit.) Es steht fest, wenn wir einen Vergleich ziehen

zwischen den Verfassungsverhältnissen in England, Amerika, Frankreich und Italien, daß wir die demokratischste Verfassung haben, die es überhaupt in der Welt gibt. Wir haben also die Möglichkeit, unsere Ideen ohne Gewalt restlos durchzusetzen zu können im Rahmen der demokratischen Verfassung und brauchen nur dann Gewalt anzuwenden, wenn verfassungswidrig Gewalt gegen uns versucht wird. Freilich, wenn wir die demokratischste Verfassung haben, so ist damit nicht gesagt, daß wir in kurzer Zeit die Sozialisierung durchführen können. Dazu sind unsere Produktionsmittel wahrhaftig zu sehr heruntergewirtschaftet. Dazu fehlt uns das Allernötigste, um uns auf dem Weltmarkt durchzusetzen. Unsere Handelsflotte ist fast restlos weg und warum? Weil Herr Helfferich für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg eingetreten ist! (Sehr richtig!) Im Jahre 1917, ehe der uneingeschränkte U-Boot-Krieg eingeführt wurde, und als Wunder für Deutschland in Ausblick die Revolution ausbrach, wäre noch Zeit gewesen, zwar den Krieg nicht mit einem Siegfrieden zu beenden, aber doch so, daß wir nicht Land verloren hätten und unsere Wirtschaft restlos zugrunde gerichtet wäre. (Sehr gut!) Aber heute haben wir diesen Zustand, und das verlangsamt das Tempo der ökonomischen Weltwärtsentwicklung zur Sozialisierung. Wir werden nicht die Hände in den Schößen legen und warten, bis die Dinge von selbst herantreiben, sondern wir wissen auf der anderen Seite, daß unsere Aufgabe ist, die Welt zu verändern. Und dazu gehört Idealismus, und ich glaube, gerade die fünf Kapp-Tage haben uns gelehrt, daß noch Idealismus in der deutschen Arbeiterklasse steckt. (Sehr richtig!) Es hat auf das Ausland einen ungeheuren Eindruck gemacht, wie im Reiche dieser Kapp-Putz, dieses Wiederaufflammens des militaristischen Geistes erledigt wurde. Aber was da in die Erscheinung trat, das war doch eigentlich nur das Äußerliche. Viel stärker und wichtiger war das innere Erlebnis, das heißt, daß die Massen in Deutschland mit solcher Geduld all diese Sorgen übernahmen, die diese Kapp-Tage wirtschaftlich über sie gebracht haben. Ich erinnere dabei an unsere Frauen, die unter diesen schweren Verhältnissen im Haushalt wirtschaften mußten und das politische Mißgeschick in diesen Kapp-Tagen erreicht haben. Wir brauchen keinen Pessimismus zu haben und können alle Müdigkeit und alle Verdrossenheit, die in unseren Reihen aufkommen will, glatt von uns abweisen. Mit diesem Idealismus wird es uns gelingen, die Republik auch gegen jede Gefahr zu sichern. Woher kommt dieser Idealismus? Daher, daß wir eine fünfzigjährige sozialistische Erziehung hinter uns haben. (Sehr richtig!) Wir wollen diesen idealistischen Quell nicht verschütten. Wir wollen uns im Wahlkampfe auf unseren alten Idealismus, auf unsere alte Kampfraft besinnen und wollen diesen Wahlkampf führen mit Kraft und Würde unter dem Banner des Sozialismus, für die Republik! (Händeklatschen und Bravo-Rufe.)

**Vorsitzender Bartels:** Sie haben gestern bereits gehört, wie Auschuß und Parteivorstand sich zur Aufstellung der Reichsliste stellen. Wir sind der Meinung, daß die Aufstellung hier nicht möglich sein wird, aber andererseits auch der Ansicht, daß dem Parteivorstand nicht allein diese Aufgabe überlassen bleiben soll, sondern daß hier die Konferenz eine Kommission dafür wählt. In der Debatte ist auf diesen Vorschlag nicht weiter eingegangen, ich nehme deshalb an, daß Sie mit uns derselben Meinung sind. (Sehr richtig!) Es sind hier bereits Vorschläge für diese Kommission gemacht worden. Ich würde es für das Beste halten, wenn diese Vorschläge vervielfältigt werden und dann darüber abgestimmt wird. Ich bitte evtl. noch weitere Vorschläge hier bis 11 Uhr einzureichen. Wir werden dann die Liste abschließen, vervielfältigen und dann danach wählen lassen.

(Es wird angeregt, für diese Kommission neun Mitglieder wählen zu lassen, Vorsitzender Bartels ist aber der Ansicht, daß sieben genügen. — Die Vorschlagsliste weist folgende Namen auf: Löbe-Dreslau, Eggert-Dresden, Fischer-Nürnberg, Klupp-Dortmund, Meerfeld-Köln, Kröger-Köln, Steinmayer-Stuttgart, Goppo-Berlin, Limberg-Essen, Ost-Brandenburg, Anderj-Königsberg, Gadelberg-Niel, Schred-Bielefeld, Lau-Hannover, Wiedmann-Seffen, Dreischer-Halle, Hauschild-Kassel.)

Wir fahren nun in der Debatte fort.

**Eisenbarth-Hamburg:** Im Abschnitt 6 der Entschließung Braun und Genossen fordern wir die Beseitigung der drückenden Fesseln des Friedens von Versailles. Es kann nicht alles das, was unter den Begriff dieser drückenden Fessel fallen muß, in die Resolution hineingenommen werden, aber das eine muß noch gesehen: wir müssen ganz energisch dagegen protestieren, daß der blühendste Teil Deutschlands besetzt worden ist durch schwarze Truppen. Wenn wir täglich von den Schandungen deutscher Frauen und deutscher Mädchen, die dort unten im Maingau gesehen, lesen, wird uns klar, welche furchtbare Macht der feindliche Ententemilitarismus darstellt. Und wir müssen mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die Aeußerungen französischer und englischer Sozialisten, die in ihrer Presse, in ihren Parlamenten in Wort und Schrift sich selbst gegen diese schwarzen Besatzungsarmeen gewandt haben, endlich in die Tat umgekehrt und daß diesen Worten endlich die von uns so langersehnte Tat folgt. Es ist eine große Kulturshande des zwanzigsten Jahrhunderts, uns Senegal-eger ins Land zu schicken, und zugunsten, daß wir diese Besatzungsgruppe monatelang oder vorausichtlich jahrelang ertragen müssen. Dagegen zu protestieren in dieser Ausschusssprache ist eine der notwendigsten Pflichten, die vor allen Dingen im Wahlkampf von allen Deutschen und von unseren rechtsstehenden Gegnern ganz energisch ausgenutzt werden wird. Immer wird man die Leidenschaft entfesseln mit dem Hinweis, daß wir den Frieden von Versailles unterschrieben haben, den sie uns aufgezwungen, und daß wir am letzten Ende diese schwarze Besatzung verschuldet haben. Nach meinem Dafürhalten ist die agitatorische Ausnutzung des Kapp-Putz nicht in der richtigen Weise vor sich gegangen. Die Reichsparteien gehen nach berühmtem alten velleunderischen Muster von der Abwehr in den Aufruf über und erklären, daß das größte Verbrechen oder ein viel größeres Verbrechen als ihr Putz die Verhängung des Generalfreies gewesen ist. Sie legen darauf größten Nachdruck, es im ganzen Lande zu verbreiten und weiter auf die wirtschaftlichen Folgen aufmerksam zu machen, die jeder von uns als eine notwendige Erscheinung in Kauf nehmen mußte, um dieser tödlichen Gefahr zu begegnen. Aber wir sind es auch diesen Genossen und vor allen Dingen der Bevölkerung schuldig, die sich am 13. März und den darauffolgenden Tagen zum Schutze der deutschen Republik zur Verfügung gestellt haben. Sie verlangen Schutz vor der Wiederkehr eines ähnlichen Putzes. Ist alles geschehen, um eine derartige Wiederkehr zu verhindern? Ich sage hier nein! Der Militarismus, der sich am 13. März hier in Berlin breitmachte, der mit 5000 Mann hier einzog und die Regierung besitzte konnte, der ist noch nicht tot, er lebt noch weiter. Ich möchte erinnern an einen Satz, den Scheidemann im vergangenen Jahre in Weimar ausgesprochen und der vielen Genossen, die im vergangenen Jahre schon die kommende Reaktion und diesen Putz voraussehen, als Beruhigungsmittel galt. Scheidemann sagte: „Wenn die Reaktion noch einmal wagt, ihr Haupt zu erheben, wenn sie versuchen sollte, uns das einzige zu nehmen, was wir aus diesem entehlichen Elend als einzigen Gewinn erwarteten, wenn sie die gleichen Rechte des Volksstaates antastet, soll sie abgefertigt werden, daß sie für ewige Zeiten das Wiedererscheinen vergißt.“ Wir hätten annehmen können, daß man sie abgefertigt hätte, aber sie vergessen das Wiedererscheinen nicht und werden es nicht vergessen, und wenn es so weitergeht, werden sie in absehbarer Zeit wiederkommen, besser und gerüsteter. (Sehr richtig!) Denn bis jetzt hat unser Militarismus auf Grund seiner militärischen Tradition das eine immer noch können, er hat aus militärischen Fehlern gelernt. Wenn dieser Putz auch nicht allein militärisch Anstoss war, wenn er vor allen Dingen wirtschaftlich und finanziell nicht vorbereitet war so wird man in Zukunft diese an sich gute Organisation glänzend ausbauen und er wird dann so wiederkommen daß man jedenfalls nicht an eine Beseitigung der Gefahr in ganz kurzer Zeit denken kann. Der großen Masse aber, die sich rücksichtslos zur Verteidigung der Republik gestellt hat, demjenigen Truppen und Beamten, die sich hinter uns gestellt haben, sind wir schuldig. (Sehr gut!) Haben sie diesen Schutz? Im allgemeinen muß man es bejahen, im einzelnen aber feststellen, daß das nicht der Fall ist. Ich verweise auf die durch die Presse gehende Notizen von der Behandlung des Wehrbataillons Hamburg.

das sich damals ganz energisch eingesetzt hatte, gegen die von Stade anziehenden Truppen zu kämpfen. Was ist nun die Folge? Der Abtransport dieser Truppe aus der Umgebung Hamburgs in sichere, absolut sichere Gegenden Deutschlands, wo man diese Truppe der Beeinflussung der großhändlerischen Industriebevölkerung entziehen kann, wo man ihnen die Gelegenheit, Fühlung mit den zuständigen Organisationen zu nehmen, genommen hat. Unsere Genossen in Hamburg haben erklärt: Wenn Ihr uns jetzt nicht die Gewähr gebt, daß der frühere Militarismus beseitigt wird, dann verlangt nicht, daß wir ein zweites Mal uns zur Verteidigung eurer Organe und der Republik zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Das Bataillon Nr. 18 in Altona, das in den ersten Tagen des Putzches unter dem Obersten Ledebur stand, ist ebenfalls von Hamburg fortgenommen und in eine Gegend Deutschlands gebracht worden, wo jede Beeinflussung ausgeschlossen ist. Die Meldungen darüber haben Sie gelesen. Angehörige dieser Truppenteile sind es gewesen, die bei uns in Hamburg waren und ähnliches gefordert haben. Die Chargierten haben sie uns damals zur Verfügung gestellt und immer wieder erklärt: Bellingt es uns, diese lebensbedrohende Aktion des Militarismus abzumenden, dann verlangen wir Schutz von Euch! Wo ist heute dieser Schutz? Schützt Geßler sie und schützt der sozialdemokratische Unterstaatssekretär diese Truppen? Das verlangen wir von dieser Stelle aus, sonst wird es unmöglich, ein zweites Mal auf ihre Hilfe zu rechnen. Weiter verlangen wir Schutz vor den Beamten, die sich sofort in unsere Dienste gestellt haben, damit sie nicht der Willkür der Reaktionen ausgesetzt sind. Dafür muß ebenfalls gesorgt werden. Wenn die Beamten in Deutschland merken, daß wir ohnmächtig sind, daß es uns unmöglich ist, hier durchzugreifen, wenn das Blaz greift, dann werden die Beamten dahingehen, wo sie glauben, daß die Macht sich befindet. Den Beamten und Truppenteilen und allen Männern, die sich uns zur Verfügung gestellt haben, sind wir rüchhaltlosen Schutz schuldig. Dies zu tun ist eine unserer Hauptpflichten, die wir nachzuholen haben. (Sehr richtig!) Man mag dieses Moment im Wahlkampf unterschätzen, jedenfalls in den Industriegegenden wird es nicht so ohne weiteres abzutun sein. Noch ein Wort, wie die Arbeiterschaft sich zur Bewaffnung im allgemeinen stellt. Festgestellt muß dabei werden, daß der größte Teil der deutschen Einwohnerwehren reaktionär ist, vornehmlich in Bayern. Aber wir, die wir uns in Hamburg mit vierzig Prozent der Mitglieder unserer Partei an der Einwohnerwehr beteiligten, haben uns den nötigen Einfluß gesichert, und hier erwartet die Arbeiterschaft, nachdem die Forderungen der Entente durchgesetzt sind, ein klare Parole, wie man sich in Zukunft zu verhalten hat. Möge die Regierung die ihr zur Verfügung stehende Zeit nutzen und bis zum Tage der Wahl so viele reaktionäre Beamte und Offiziere, die sich an diesem Kapp-Putzch mittelbar und unmittelbar beteiligten, beseitigen, dann wird das eintreten, was wir verlangen, dann wird das Vertrauen der Masse sich uns zuwenden, dann werden wir, wie schon einmal in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie im Jahre 1903, den 6. Juni als einen Siegestag unserer Partei zu buchen haben.

**Leinbaum-Bremen:** Ich glaube, wir begrüßen alle das, was Müller gesagt hat, den Wahlkampf nicht zu führen für die Koalitionsmehrheit, sondern für die sozialdemokratische Mehrheit. Ich glaube, wir dürfen jetzt nicht mit Sorge in der Öffentlichkeit, in der Agitation draußen herumdiskutieren. Müller hat die Koalition der Vergangenheit gerechtfertigt für die Nationalversammlung, in der die sozialistische Mehrheit nicht bestand. Wir in Bremen haben die sozialistische Mehrheit und haben in den Tagen des Kapp-Putzches den Unabhängigen angeboten, eine Koalitionsregierung, eine rein sozialistische Arbeiterregierung zu bilden, denn wir hatten gemeinsame Forderungen erhoben, gegen die die Bürgerlichen geschlossen standen. Die Folge war, daß in der Regierung eine Krise entstand und daß wir unsere Forderungen durchgedrückt hätten, wenn wir mit den Unabhängigen eine sozialistische Regierung gebildet hätten. Die Unabhängigen, die die ganze Zeit mit uns zusammen arbeiteten, haben es abgelehnt, in Verhandlungen über eine rein sozialistische Regierungsbildung überhaupt nur einzutreten. Sie haben das öffentlich damit begründet, sie könnten bei den heutigen Verhältnissen die traurige

Erbschaft, diese schändliche demokratisch-sozialdemokratische Erbschaft nicht übernehmen. (Hört! hört!) Wir hatten alle Bedenken überwunden und darauf diese Antwort bekommen. Das zeigt, daß wir für den Gedanken „Heraus aus der bürgerlichen Koalition“ nicht eintreten können. Wir können den Unabhängigen in der Agitation draußen entgegenreten und sagen, dagegen hilft nur sozialdemokratisch wählen, denn die anderen bieten keine Gewähr für eine sozialistische Regierung. Wir müssen gegen den Gedanken der Koalition mit den Bürgerlichen jetzt im Wahlkampf auftreten und müssen sagen: macht uns frei von dieser Koalition. Ein Gesichtspunkt, den ich unterstreiche, ist, daß uns von unseren ausländischen Genossen nicht so sehr vorgeworfen wird wie die Koalition mit den Bürgerlichen, insbesondere die englischen Genossen haben kein Verständnis dafür. Ich glaube auch mit Wirkung auf unsere ausländischen Genossen hin, die uns entlasten müssen, denn allein können wir den Kampf gegen Versailles nicht führen, müssen wir auch in der Öffentlichkeit mit allem Nachdruck betonen, wir wollen durch diesen Wahlkampf frei werden von jeder antisozialdemokratischen Koalitionspolitik und dazu gehört sozialdemokratisch wählen. Ich habe eine Bitte als Pressemensch an die Regierung zu stellen zur Frage der Sozialisierung. Uns wird im Wahlkampf vorgeworfen, wie das selbst hier auf der Reichskonferenz geschehen ist, in der Sozialisierung hätte sich nichts gerührt, wir seien heute so weit wie vor 1½ Jahren. Was uns draußen fehlt ist die Kenntnis der gemeinwirtschaftlichen Organisationen, warum sie so langsam arbeiten, warum diese Organe die Kohlen- und Eisenpreise immer wieder höher schraubten. Dafür fehlt uns die Kenntnis, um bei der Zusammenfassung dieser Organisationen einzuwirken. Wir sehen zu, wie sich diese Wirtschaftskörper bilden, ärgern uns über mancherlei, kommen dann her und schimpfen. Von diesen Dingen brauchen wir draußen mehr wissen, das gehört mit zur Demokratie, damit wir draußen demonstrieren und damit besafsen können, damit wir herauskommen aus dem Prinzip der Arbeitsgemeinschaft. Ich bin ein Anhänger dieses Prinzips, aber dort kommen nur Vertreter der Unternehmer und ein paar Konjunkturanten in Frage. Diese bleiben stets ein Anhängel, das nun angeblich die Arbeiter davon überzeugen soll, daß sie doch auch Konjunkturanten wären. Das kann man einem Gewerkschaftsvertreter niemals beibringen, daß er für niedrige Preise im ganzen Lande für alle Branchen wirken soll und nicht für seine eigene Branche. Von diesen Dingen können wir im Wahlkampf nicht berichten, weil wir nichts davon wissen; darum mehr Wissen von diesen Dingen. Müller hat betont, daß wir die demokratischste Verfassung der Welt haben. Gewiß, wir haben aber alle gewußt, daß die geschriebene Verfassung uns nicht glücklich macht. Wie viel Demokratie wir heute in Deutschland haben, zeigt die Geschichte des Kapp-Putzches an sich leider mehr wie die Verfassung. Für diesen Kampf, für die Demokratisierung in der Verwaltung, in der Wirtschaftsverwaltung, müssen Sie die Presse mehr organisieren, wir arbeiten in diesem Sinne noch viel zu undemokratisch. Ich weiß nicht, wie die Wahlen ausfallen, glaube aber, es ist nicht notwendig hier, Prophezeiungen und uns Mut zu machen. Wir wissen, daß das Wichtigste bei der Wahl ist, mit Zähnen und Klauen festzuhalten was errungen ist. Ich weiß, daß im Grundinstinkt der deutsche Arbeiter demokratisch ist, auch in seinen Schritten gegen Noske. Ihm wirft er vor, daß er kein erfolgreicher Demokrat gewesen, und dieser Grundinstinkt wird uns noch einmal helfen. Noske ist heute für uns ein Mann mit großen persönlichen Verdiensten, aber mit einer unmöglichen Stellung als politischer Führer. Und deshalb sage ich: Noske gehört nicht in die politische Führung der deutschen Demokratie hinein.

**Robert Schmidt:** Im kommenden Wahlkampf wird sehr stark unter kritischer Betrachtung stehen: was hat die sozialdemokratische Partei geleistet. Denn die Verantwortung, die die Partei übernimmt, wird die Gegner veranlassen, kritisch zu prüfen, welche Erfolge wir erzielt. Auch in der Partei ist die Kritik sehr ängstlich darauf gerichtet, daß diese oder jene Aufgabe nicht oder nicht restlos erfüllt worden ist. Da bitte ich einmal zu bedenken, eine wie ungemein schwierige Aufgabe es war, in der Zeitspanne von ungefähr 1½ Jahren unter den erregten politischen Stimmungen das zu erreichen, was

wir uns als Ziel gesetzt hatten. Diese Ueberlegung trifft besonders für die wirtschaftlichen Verhältnisse zu. Wenn die Wirtschaftsbetriebe so heruntergekommen sind wie während des Krieges, so stellen sich dem Aufbau große Hindernisse entgegen. Im Laufe der Debatte ist darauf hingewiesen, wir hätten auf dem Gebiet der Sozialisierung mehr tun müssen. Da möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes richten: Die politischen Ereignisse geben jetzt so schnell vorüber, daß sie in einer wertvollen Erregtheit in ihrer Wertung verlieren. Auf dem Gebiet der Sozialisierung dürfen Sie nicht übersehen, daß unsere Maßnahmen sich erst in Zukunft auswirken müssen, daß die praktische Durchführung der Gesetze und der Nutzen erst in der Folgezeit sich ergeben kann. Wir haben auf dem Gebiet der Sozialisierung erst Anfänge, wenn wir das gesamte Wirtschaftsleben in Betracht ziehen. Wir waren uns aber stets einig darüber und sogar im Einklang mit verständigen Vertretern der Unabhängigen Partei, daß die Sozialisierung des Wirtschaftslebens grundsätzlich nur auf der Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung mit Erfolg durchgeführt werden kann. Wir hatten die Aufgabe, zunächst wieder die Produktion auf eine gesunde Grundlage zu bringen und alle Störungen von ihr fernzuhalten, aber nicht rücksichtslos in komplizierte wirtschaftliche Gebilde einzugreifen. Dann dürfen Sie aber auch nicht unterschätzen, was wir auf dem Gebiet der Sozialisierung bereits durchgeführt haben und durchzuführen im Begriff sind. Ein wichtiger Zweig der Wirtschaft ist vollsozialisiert: Die Elektrizitätswerke. Damit haben wir eine Maßnahme von großer Bedeutung getroffen, wir haben der privaten Spekulation den Weg verlegt. Die Elektrizität wird in der Zukunft noch viel mehr die Kraftquelle für Industrie und Landwirtschaft sein, als das gegenwärtig der Fall ist. In der Kali- und Kohlenwirtschaft haben wir einen ersten Versuch mit der Beteiligung der Regierung und der Arbeiterschaft an der Verwaltung gemacht, weitere Schritte, um die Ansätze zur Selbstverwaltung zu entwickeln, werden unternommen. An einer der bedeutendsten der Erzgruben, der Hederhütte, haben wir die Mitbeteiligung des Reiches gesichert, ein Eingriff nicht unbedeutender Art. Auch hier wird sich der Erfolg erst in Zukunft zeigen. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen sind in Angriff genommen. Die Sozialisierungskommission ist wieder einberufen worden; wir versprechen uns von ihr eine sachliche Arbeit. Auf anderen Gebieten haben wir versucht, die schweren Schäden unseres Wirtschaftslebens zu mildern. Die Regellosigkeit in der Ein- und Ausfuhr mußte beseitigt werden. Heute haben wir die Ein- und Ausfuhr in der Hand. Die Außenhandelsstellen für die wichtigsten Industrien sind mit Beteiligung der Arbeiter als Selbstverwaltungskörper begründet. Auf diese Organisation ist die Besserung unserer Valuta zurückzuführen. Wir müssen von der passiven Zahlungsbilanz herunterkommen, um den Kurs unserer Werte zu bessern. Im Laufe der letzten Wochen ist das erreicht, und wir dürfen mit aller Bestimmtheit hoffen, daß die Besserung anhält. Das wird seine günstige Wirkung auch auf die Preisgestaltung üben, die Einfuhr wird erleichtert und eine Senkung der Preise erreicht. Diese Preislenkung wird leider auch zu erheblichen Störungen in unserem Wirtschaftsleben führen. Aber wir müssen die Preislenkung fördern, denn die gegenwärtige Preisgestaltung ist unerträglich und erzeugt die Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen, die unsere Agitation und unsere Wahlbewegung schwer hindern. Für die Wiederbelebung unserer Wirtschaft steht an erster Stelle die Kohlenproduktion, deren Steigen die ganze Industrie befruchtet, denn heute beruht die Störung weniger auf eine Frage des Absatzes als der Produktion, und sie kann nur durch erhöhte Kohlenförderung verbessert werden. Schließlich kann man mit Gesetzen und Verordnungen keine Wunder verrichten. Die Regierung bedarf der Mithilfe der weitesten Kreise der Arbeiterschaft. Gerade vor dem Rapp-Rutich war es gelungen, die Arbeiter für die Frage zu interessieren, wie eine Erhöhung der Produktion mit den vorhandenen Mitteln erreicht werden kann. Die Arbeiter im Bergbau hatten sich zu Ueberstunden bereit erklärt, und die Regierung hatte bessere Versorgung mit Lebensmitteln versprochen. Auf diesem Wege wäre die Regierung in der Lage, unser Wirtschaftsleben der Gesundung entgegenzuführen, und wir wären über die schlimmste Zeit hinweggekommen. Aber das gilt nur, wenn nicht neue politische

Erstütterungen und Hemmungen entgegensetzen. Der Rapp-Rutich hat ihr ungeheuren Schaden zugefügt, das ist auch in der Agitation stark zu unterstreichen. Er hat Kohlenproduktion und Kohlenabfuhr schwer gebindert, und das ist auf lange Zeit nicht wieder auszugleichen.

In enger Beziehung damit stehen die sozialpolitischen Aufgaben. Wir haben die Invalidenversicherung ausgestaltet, in ihren Leistungen sie weiter entwickelt, wir haben die Heimarbeiter in die Versicherung hineingegenommen, wir haben die Wöchnerinnenunterstützung geordnet und stehen im Begriff, der Arbeitslosenversicherung einen festen Aufbau zu geben und den gegenwärtigen Zustand zu beseitigen, indem sie nur als vorübergehende Unterstützung erscheint. Die sehr wichtige Siedlungsfrage soll die Besitzverteilung in der Landwirtschaft ändern. Wenn getrennt einige Nebener geachtet haben, wir hätten kein Agrarprogramm, so bitte ich sie, sich einmal unser sehr praktisches Siedlungsprogramm anzusehen. Ich kann nur dringend empfehlen, bei der Durchführung dieses Gesetzes auch in den Einzelstaaten mitzubestehen. Dann können wir die Preistreibeerei auf dem Grundstücksmarkt verhindern, und was noch wichtiger ist, auf dem Lande befriedigende Besitzverhältnisse schaffen. Die Regierung ist nicht achtlos an der Agrarfrage vorübergegangen, die in allen Ländern des europäischen Kontinents eine große Rolle spielt; damit werden wir auch in der ländlichen Bevölkerung starken Anhang gewinnen. Ich darf auf sozialpolitischem Gebiet auch besonders auf die Siedlungsfrage hinweisen, auch hier haben wir nur die ersten Ansätze einer sozialpolitischen Betätigung, die sich erst praktisch auswirken muß, aber doch Maßnahmen von hoher Bedeutung. Wir schaffen Eigen-Heimstätten mit besonders geordneten rechtlichen Verhältnissen. In der praktischen Auswirkung werden wir auf all diesen Gebieten weiterkommen, wenn wir die Bautätigkeit auf die notwendige Höhe bringen, um die Wohnungsnot zu mildern. Schließlich steht auch die Frage des Achtstundentages nicht bedeutungslos da. (Sehr richtig!) Auch sie wird von den Parteigenossen in der Agitation nicht immer genügend gewürdigt. Wir haben jahrzehntlang für den Achtstundentag gewirkt und an jedem 1. Mai dafür demonstriert. Jetzt müßt ein großer Teil der Arbeiter dem Achtstundentag, der ihnen mit einem Schläge leicht hingeworfen wurde, nicht mehr den Wert bei, den er beanspruchen darf. Wir haben das Koalitionsrecht ausgebaut, die Gefinordnung beseitigt geschafft — das sind Erfolge sozialpolitischer Art, die wir uns vor einigen Jahren nicht haben träumen lassen. Wir haben gleichzeitig mit der Reichsverfassung die Verfassung in den Einzelstaaten geordnet, den Einheitsgedanken in den Vordergrund gestellt, ihn in jeder Beziehung, bei der Post, bei der Eisenbahn und jüngst beim Kanalbau praktisch gefördert, den Grundstein zur Einheitschule gelegt, die von eminenter politischer Bedeutung ist, und wir können mit diesen Erfolgen in der kurzen Zeit zufrieden sein. Aber wenn wir auch noch mehr hätten leisten können, und wenn auch diese Gesetze praktisch durchgeführt wären, könnten sie doch den starken wirtschaftlichen Druck nicht aufheben, der auf uns lastet. Auch das wird in den Arbeiter- und Parteikreisen nicht genügend beachtet. Aus diesem starken wirtschaftlichen Druck werden wir in absehbarer Zeit nicht herauskommen, es wird nur durch langsame Entwicklung geschehen. Aber wir wollen und werden auf diesem Gebiet tun, was in unseren Kräften steht und fördernd eingreifen, denn die gesunde Grundlage unseres Staatslebens ist der wirtschaftliche Aufbau. Wir sind zu politischen freiheitlichen Gestaltungen gekommen wie kaum ein anderer Staat, und diese Freiheit haben wir bei den kommenden Wahlen zu verteidigen und aufrechtzuerhalten. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, die Hoffnung, daß die werdende Kraft, welche die Sozialdemokratie zu allen Zeiten entwickelte, sich aufs neue bewähren und Erfolge zeitigen wird, zum Vorteil unseres Staatswesens und der Partei. (Lebhafter Beifall.)

Pietich-Breslau: Dem Referat Scheidemann kann ich vollständig zustimmen. Nur hätte er die nächsten Aufgaben der Partei noch klarer herausarbeiten sollen, wie das einigermaßen die Entschliebung tut, die vor uns liegt. Wir stimmen ihr zu, hätten ihr nur gern eine kürzere Fassung gewünscht. Wenn wir mit diesen programmatischen Forderungen, insbesondere mit der raschen Demokratisierung der Verwaltung und dem Umbau des Heeres, das

unbedingt eine demokratische Schutztruppe werden muß, in den Wahlkampf ziehen, werden wir ungewisselhaft als Sieger daraus hervorgehen und Zustrom von rechts und links erhalten. Ich teile nicht den Pessimismus von Heinrich Schulz, daß wir keinen Neugewinn machen werden. (Heinrich Schulz: Habe ich ja gar nicht behauptet!) Gerade die Verhältnisse auf dem Lande liefern den Gegenbeweis und zeigen, daß wir Werbekraft in auszeichnendem Maße besitzen. Wir in Breslau, wir in Schlesien haben durch unsere vorzügliche Politik nach links erreicht, daß unsere Organisationen um 25 Proz. über den Stand bei der vorigen Wahl hinaus gewachsen sind. Ich rechne es auch dieser unserer Taktik zu, daß wir in dieser allgemeinen Verbitterung nach der Kappwoge doch keine Pöhlgeschichte gehabt haben wie im Vogtland. (Zuruf: Oder in Westfalen, wo man auch Eure Taktik anwandte!) Zur Sache habe ich nichts weiter zu bemerken, aber eine polemische Bemerkung kann ich nicht unterdrücken. Reuteritz hat sehr oberflächlich gesagt, Breslau hätte Bauer und Müller fallen lassen, weil sie Reichskanzler waren. Wenn ich es auch verstehe, wie Reuteritz es meint, so kann ich es doch nicht ungerügt lassen; denn er hat sich einer vollständigen Unterwerfung schuldig gemacht, wenn er glaubt, sie seien nur deswegen nicht aufgestellt worden, weil sie Reichskanzler waren. Wir haben das ganze Jahr hindurch Roske kritisiert, wir haben das ganze Jahr hindurch Roske und Göring heinabe auf den Knien beschworen, ihre Politik zu ändern, wir haben fortwährend Kritik geübt, aber Roske hat alles mit einer Handbewegung als Zahlabendpolitik abgetan. Wir haben nirgends Unterstützung gefunden bis in die letzte Zeit hinein, obwohl wir unumstößliches Tatsachenmaterial durch Kurriere direkt bis zum Reichspräsidenten geschickt haben. Nirgends sind wir geschützt worden, im Gegenteil, Bauer hat jetzt noch einen Passus gemacht, an dem wir noch Wochen zu faulen haben werden. Ohne Fühlung mit der Partei zu nehmen, hat er einen Beamten wieder eingesetzt, den man alles Feindliche gegen den Staat nachweisen kann. Unsere Beamten aber werden gemahregelt wegen ihrer Verfassungstreue und bleiben stellungstreu. In dieser Beziehung hat sich noch nichts geändert. Die wenig rasche Demokratisierung durch Heine und die Garantien der Ansehbarkeit der Beamten in der Verfassung hat es uns unmöglich gemacht, direkt für diese Regierung zu votieren. Wir wollten die klare und scharfe Wahlparole: Der Feind steht rechts! Und mit ihr können wir auch siegen. Als alle Mittel erschöpft waren, unsere Meinung durchzusetzen, und alles nichts half, da haben wir gesagt: Mit dem System Roske ziehen wir nicht in den Wahlkampf, und alle, die Roske gedeckt haben, kommen für uns nicht in Frage. Ich bedaure sehr, daß die Reichskonferenz keine praktische Arbeit leistet und nicht einmal die Reichsliste fertigstellen kann. Wir müssen uns damit abfinden, aber wir erwarten, daß die Kommission unseren Gedankengang nicht entstellt, sondern daß sie für eine klare sozialistische Politik sorgt. Dann wird uns auch das zuteil werden, was wir erstreben: den Sieg am 6. Juni. (Beifall.)

Vorsitzender Löbe teilt mit, daß zu der Wahlprogrammklärung ein besonderer Absatz für die Frauen beantragt ist.

Frau Zuchacz (Partei Vorstand): Parteigenossen und -genossinnen, auf dieser Konferenz ist viel davon gesprochen worden, und wenn es nicht direkt gesagt wurde, fühlte man es doch heraus, daß wir mit Optimismus in den Wahlkampf gehen. Wir brauchen diesen Optimismus auch, weil zum Sprechen in den Versammlungen, zur ganzen Wahlarbeit ein gewisser Mut gehört — nicht bloß Mut zum Kampfe gegen rechts — der liegt uns ja in dem Blute —, sondern Mut dazu, auch gegen links zu kämpfen. Und das möchte ich deutlich aussprechen und mich dem anschließen, was Müller hier gesagt hat. Wir müssen natürlich auch gegen links sachlich sprechen und brauchen in keiner Weise aggressiv vorzugehen, aber in Versammlungen der letzten Tage, in denen ich gesprochen habe, habe ich die Wahrnehmung gemacht, daß man bei dem Hörer durchaus Verständnis findet, wenn man auf die große historische Schuld der Unabgängigen hinweist, die sich nicht auflösen läßt, wenn man den Wählern klar macht, daß auch die politischen Handlungen ein Produkt der Verhältnisse sind. Wohl können wir auf dem Weg, den wir gehen, einen starken politischen Einfluß ausüben, aber die Richtung, die wir einhalten

müssen, wird doch auch vom Verhalten der Gegner bestimmt. Wenn wir vorwärts schauen wollen und dies auch in den Wählerversammlungen zum Ausdruck bringen, wollen wir doch auch so ehrlich sein, uns nach rückwärts hin zu verteidigen, müssen wir den Mut haben, unsere Politik zu rechtfertigen, und darum müssen wir auch die Wahrheit gegen links sagen. — Nun etwas anderes. Wir wollen am Schluß der Resolution ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Frauen den Ausschlag geben und daß die Sozialdemokratie jahrzehntelang allein für die Frauenrechte gekämpft hat. Es ist das unbedeutendste Verdienst der Sozialdemokratie, wenn die Frauen Staatsbürger geworden sind. Güten wir uns davor, daß das, was wir den Frauen durch unseren zielbewußten und tapferen Kampf errungen haben, sich gegen uns lehrt, daß andere die Früchte ernten von den Staatsbürgerrechten, die wir den Frauen verschafft haben. Die Gefahr besteht zweifellos, dessen müssen wir eingedenk sein. Wir müssen lernen, die Demokratie praktisch zu handhaben, und dazu gehört, daß wir der besonderen weiblichen Psyche im Wahlkampf und in der Wahltaktik das Verständnis entgegenbringen, das ihr gehört. Das ist durchaus nicht so leicht. Es ist sehr schwer, Frauen politische Reden verfolgen und politische Auffassungen lesen zu lehren. Mit schon klingenden Worten für die Freiheit ist es bei der Frau nicht getan, wenn die Frauen für sich und ihre Kinder nicht genügend zu essen, nicht genügend anzuziehen haben. Die noch wenig gesuchten Frauen werden sehr leicht unachtsam und erbittert. Da müssen wir sie hincinführen in das politische Leben und ihnen die Ursachen klarmachen, wie es kommen mußte, daß die Gesamtheit entbehren muß. Wir müssen auch dort verbleiben, optimistisch zu sein, und ohne daß wir zu sehr mit Schlagworten operieren und unerfüllbare Zukunftsbilder ausmalen, doch den Nachweis führen, daß es besser geworden ist und wie weit es besser werden kann, wenn alle zielbewußt zusammenarbeiten. In den Frauenversammlungen, die während der Wahlbewegung besonders gemacht werden müssen — und der Anstoß dazu ist vom Parteivorstand gegeben worden — muß es sich in erster Reihe darum handeln, mit den Frauen über das volkswirtschaftliche und sozialpolitische Gebiet zu sprechen, soweit sie daran besonders interessiert sind. Es muß ihnen gesagt werden, daß wir ihnen nicht nur politische Rechte gegeben haben, sondern auch angefangen haben, ihnen volkswirtschaftliche Rechte zu sichern und daß im Reichstage bei einem stärkeren sozialistischen Einschlag für die Frauen und, ich möchte sagen, für das Familienleben, sich viel herausholen läßt. Darauf muß in diesem Wahlkampf besonders geachtet werden. Im vorigen Wahlkampf konnten wir den Frauen sagen, daß nur durch die Sozialdemokratie der Friede kommt, dann werde schon von selber alles andere kommen. Jetzt aber haben die Frauen eine bittere Enttäuschung erlebt, und sie haben nicht klar begriffen, daß es so kommen mußte, und wir müssen unsere Taktik darauf einrichten, diejenigen, die aus enttäuschtem Gefühl zu uns kommen, dauernd zu fesseln und einsichtige gefestigte Staatsbürger aus ihnen zu machen.

Ich möchte noch ein klein wenig Geschäftliches einflechten. Ein Zirkular ist vorgelegt und auch an die Bezirke verschickt worden, in dem für eine energische Agitation für die „Gleichheit“ aufgefodert wird. Der Parteivorstand kann in seinen Beschlüssen den Bedürfnissen der Frauenbewegung nach so sehr Rechnung tragen — es ist nicht möglich, daß die Arbeit Früchte bringt, wenn Sie nicht darauf eingehen. Die Vorwärts-Buchhandlung hat mir gesagt, daß Bestellungen noch nicht eingegangen sind. Ich möchte Sie bitten, soweit Sie Verfügungsrecht haben, auf einen Zettel Adresse und Zahl aufzuschreiben, damit Sie das Material mitnehmen können. Wenn wir in den Frauenversammlungen nicht polemisch sprechen, sondern die Frauen darauf hinweisen, daß sie durch die sozialistische Entwicklung ungeheuer viel für sich und ihre Kinder gewinnen können, werden wir sie in großer Zahl an die Wahlurne bringen, und darauf kommt es an, wenn wir den Wahlkampf zu unseren Gunsten entscheiden wollen.

Gaßler-Dortmund: Mit den Ausführungen des Genossen Scheidemann sind wir sehr zufrieden; wir hätten nur gewünscht, daß er sich noch etwas näher mit den zukünftigen Aufgaben der Partei beschäftigt hätte. Den Vorwurf, der ihm von seiten des Genossen Eng gemacht wurde, kann ich in keiner



Weise gelten lassen. Gerade die Barmer Politik, wie sie in den letzten Wochen getrieben worden ist, beweist meines Erachtens, wie man es nicht machen darf, wenn man eine stetige linksgerichtete Politik haben will. Die Barmer haben im Verein mit den Unabhängigen dafür gesorgt, daß die reaktionäre Gefahr im Ruhrrevier heute größer ist als zur Zeit des Stapp-Bulches. (Sehr wahr!) Wenn es in Berlin möglich war, ohne Blutvergießen durch politische Machtmittel die Reaktion niederzuwerfen, so hätte das im Ruhrrevier, wo wir über die stärksten politischen und wirtschaftlichen Machtmittel verfügen, erst recht gelingen müssen. Meiner Überzeugung nach brauchte dort kein Tropfen Blut zu fließen. (Sehr wahr!) Aber unerantwortliche Elemente haben einen planvollen Kampf gegen die verfassungstreue demokratische Sicherheitswehren eröffnet. Es gibt keine unerantwortlichere, reaktionärere Politik als die, durch Niedertrampeln der verfassungsmäßigen Instanzen die Regierung zu zwingen, Reichswehr zu schicken. Jetzt mußte die Reichswehr überflüssig gemacht werden, dann hätte man sie reformieren können. Gerade bei den Lichtschlag-Truppen hat sich übrigens erwiesen, was Noke früher gesagt hat, daß die Reichswehr zum Kampfe gegen die Republik nicht zu verwenden ist. In Herbege ist nur ein Genosse zur Reichswehr hingegangen, und sofort hat die Truppe erklärt, sie kämpfe nicht gegen die Republik. Da hätte man wirklich keine Waffen gebraucht, da war mit Worten viel zu erreichen. Die reaktionäre Rede Trimborn in der Nationalversammlung ist nur durch die Putzpolitik bei uns möglich geworden. Acht Tage früher hätte er nicht ohne den schärfsten Widerspruch der Zentrumsarbeiter zu sprechen können. Da sehen wir deutlich die reaktionäre Wirkung der Putzsch im Industriegebiet. Die Putzschiben haben im Ruhrrevier nur noch die hinter sich, die die Waffen für sie getragen haben. Heute kann man die Politik deder, die unbedingt mit der U. S. P. zusammengehen wollen, dort einfach nicht mehr verstehen. Das würde uns eine ganze Anzahl Wähler kosten, und wenn wir unsere klaren sozialdemokratischen Grundzüge verwischen ließen, würden wir unsere Wähler nur verführen, weiter links zu rutschen. Der klare Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur muß aufrechterhalten werden, und ich begreife nicht, wie die Barmer Genossen sich erst für die Diktatur haben erklären können. Drei Tage später haben sie es allerdings abgeteignet und es als eine Lüge der Reaktionäre hingestellt. Wir können mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf ziehen, aber wenn die Hoffnungen sich erfüllen sollen, müssen wir den Wahlkampf als Sozialdemokraten führen. Mit vollem Recht hat Hermann Müller gesagt, daß wir diesen Wahlkampf führen im Angriff grundsätzlich scharf gegen rechts, daß wir uns aber ebenso grundsätzlich scharf und klar gegen links wehren.

**Dr. Adolf Braun** (Partei Vorstand): Hoffentlich ist Löße nicht in der ganzen Wahlbewegung so heiser wie jetzt, wo er mir das Wort erteilt. (Vorherrschend Löße: Wir sind noch nicht bei den persönlichen Bemerkungen. — Heiterkeit.) Der Kalender, der hier hängt, ist vollkommen im Irrtum, wenn er den 5. Mai anzeigt — wir haben heute schon den 6. Mai. (Heiterkeit.) Ein Tag mehr zur Wahlbewegung würde uns außerordentlich wertvoll sein. Aber von heute in einem Monat sind die Wahlen — man kann sich das gar nicht vorstellen, weil man noch gar kein Wahlfieber merkt. Aber wenn wir jetzt nach Hause kommen, dann wird sich an jedem Tag die Temperatur um einen Grad steigern, und alles wird sich zusammenhängen auf die letzten zwei bis drei Wochen. Daß wir heute den 6. Mai haben und in einem Monat wählen, das muß unsere Geister beflügeln, das ist wichtiger als alle Kritik am Vergangenen. Die vier Wochen müssen wir ausnützen — das ist für uns entscheidend und weist uns den sichersten Weg in die Zukunft. Da müssen wir alle Kraft anwenden, um die Arbeiter aufzuklären und alles daransetzen, um aus eigener Kraft zur Herrschaft über die Regierung zu gelangen und sie zu gestalten, wie wir sie wollen, ohne jede Rücksicht auf irgendeine andere Partei. Allen Kopf- und Handarbeitern müssen wir in den nächsten Wochen unser Ziel klarmachen, darauf müssen wir alle Sinne richten: eine sozialistische Wehrheit im künftigen Reichstag, eine sozialistische Regierung nach der Wahl. (Beifall.) Andererseits ist es heute natürlich nicht möglich, ein ganz ausge-

bautes, gegliedertes und spezialisiertes Programm für den kommenden Reichstag zu entwerfen. Da müßten wir mit allen Schwierigkeiten rechnen, in die Deutschland heute verstrickt ist, mit der Geldentwertung und mit jeder anderen Not. Wir können unmöglich mit allen diesen Hemmnissen in den Wahlkampf gehen. Im Wahlkampf müssen wir den Massen die letzten großen Ideale des Sozialismus klarmachen und sie auffordern, alle Steine aus dem Wege zu räumen, damit wir die Straße dorthin frei finden. Es liegen sehr große Steine auf diesem Wege, in die Bahn getollt von den bürgerlichen Anagnonisten, die den Krieg gemollt und in unerhörter Selbstgütigkeit nicht bestanden haben, ihm rechtzeitig ein Ende zu bereiten. (Sehr wahr!) Einige Genossen haben geglaubt, wir könnten nur durch die Einigungsparole im Wahlkampf wirken. Ich bin am allerfrühesten und am allerlebhaftesten für die Wiedervereinigung eingetreten, ich habe schon für die Einigung gewirkt, ehe die Partei auseinanderging, und alles daran gesetzt, sie wieder zusammen zu bringen. Aber gerade deshalb habe ich auf diesem Gebiete die meisten Erfahrungen gesammelt, durch sie bin ich sehr ernüchert. Wenn mir auch das Ideal des einigen Proletariats vorzweht, und ich ihm meine besten Kräfte widme, so weiß ich doch, daß es in den nächsten vier Wochen und vier Monaten und vier Jahren nicht zu erreichen ist. Die Genossen von Barmen lesen doch auch Zeitungen, lesen doch auch, wie sie sich untereinander herunterreißen, die Däumig und Crispian, die Leichenmüller und Frau Zieg. Mit wem sollen wir uns denn da einigen? Sollen wir uns einigen mit den überkaditalen Unabhängigen im Industriegebiet oder mit der jetzt sehr vernünftigen und sanften „Freiheit“ und „Leipziger Volkszeitung“? Wir wissen auch, daß diese Wätter vor vier Wochen ganz andere Töne angeschlagen hatten. Die Unabhängigen sind eine unaufhörlich wogende, schwankende Masse, mit der man sich nicht verbünden kann. Zum Bündnis fehlt ihnen die Bündnisfähigkeit. (Sehr gut!) Was die Genossen von Barmen begeistert, haben ja schon die in Danzig und Kempten versucht, aber länger als vierzehn Tage hat es nirgends gedauert. (Gnz Barmen: Ich habe doch nicht von einem Bündnis mit den Unabhängigen gesprochen!) Wer die Geschichte der letzten zwei Jahre kennt, weiß, daß jeder Versuch, mit der U. S. P. zu irgendeiner gemeinsamen Basis zu gelangen, nach außerordentlich kurzer Zeit immer wieder sabotiert worden ist. Wie oft sind wir schon zu irgendeiner Einigung gelangt! Aber dann hat die U. S. P. die Leute, mit denen wir uns geeinigt hatten, abgerufen und andere hingeschickt. Wenn wir irgendwo in Kottbus oder Posenmüdel als Verhandlungspartei auftreten, dann steht die Sozialdemokratie hinter den sozialdemokratischen Unterhändlern und deckt sie. Bei der U. S. P. werden die Unterhändler immer desaboniert von denen, die ein noch größeres Mundwerk haben. Deshalb müssen wir mit dem Ziel des einigen und geschlossenen Proletariats vor Augen doch tun, was jetzt das Wichtigste und Notwendigste ist: die Wahl vorbereiten. Je stärker wir aus der Wahl hervorgehen, desto stärker werden die Massen nach der Wahl uns zuströmen und die Großmüdel allein lassen. Ein großer sozialdemokratischer Wahlsieg ist die beste Propaganda für die Einigung. In alle Arbeiterköpfe müssen wir unser Bewußtsein bringen: In deinem Lager ist der Sozialismus! Wir müssen den Wahlkampf im Glauben an uns führen, denn er macht uns stark! Daran hat es in der Partei in letzter Zeit vielfach gefehlt. Wir Alten, die die Tradition haben, haben niemals gezwweifelt, aber je länger die Leute in der Partei sind, desto weniger haben sie geglaubt. Ich glaube an die Partei, ich glaube an den Sieg des Sozialismus genau so wie als 17jähriger Bursche, als ich in die Partei gekommen bin. Mit diesem Glauben werden wir siegen und uns durchsetzen wider rechts und links. In diesem Glauben wollen wir alle arbeiten für die Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall.)

**Markwald-Frankfurt a. M.:** Parteigenossinnen und Genossen! Es ist sehr viel von der Einigung gesprochen worden, und Freund Braun ist ja Spezialist auf diesem Gebiete. Trotzdem er die größten Enttäuschungen damit in Barmen erleben mußte, hat er heute wieder der Einigung das Wort geredet. Ich möchte an etwas erinnern, was vielen nicht bekannt ist. Als in Berlin der Stapp-Bulch war, war auch die Internationale Kommission in Berlin, Genosse Protokoll der Reichskonferenz.

Guchsmann bemühte sich, eine Sitzung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen herbeizuführen. Genosse Kautsky sollte der Vermittler sein. Als unser Parteibericht erklärte: Wir sind zu der Sitzung bereit, erklärte Däumig, der Vorsitzende der U. S. P.: Wir lehnen jede Verhandlung mit der S. P. D. ab. (Lebhaftes Hört, hört!) Also an dem Tage, als in Berlin Wajnsingengewalt aufgeföhren wurden, als die Reaktionsäre versuchten, die Erregungseigenschaften der Revolution zu vernichten, wurden solche Erklärungen abgegeben, und mit diesen Leuten bemühen wir uns immer, die Einigungsfrage zu besprechen! Wenn dem Unabhängigen der Wille zur Einigung am Herzen läge, müßten wir längst eine proletarische Einheitsfront geschaffen haben. Sie wollen aber die Verständigung nicht und erklären in ihrem Wahlaufsatz, daß sie selbstständig vorgehen wollen. Der Parteiaussschuß hat den Versuch gemacht, ebenfalls eine Verständigung herbeizuführen. Jede Möglichkeit dazu ist uns genommen worden. Ich verweise nur auf Sachen, wo eine sozialistische Mehrheit am Ruder ist, wo aber unsere Parteifreunde mit den Demokraten regieren müssen, weil die U. S. P. die praktische Mitarbeit ablehnt. Und wie ist es in der Praxis draußen, in den Versammlungen, wer wird in der schlimmsten Form heruntergerissen? Welches ist das Kampfziel der Unabhängigen? Mit allen Mitteln versuchen sie die Bruderpartei zurückzudämmen. Wir müssen hier eine klare Taktik haben. Ich bin allerdings für eine Versöhnung der Gegenseite, und ich möchte bitten, daß die Partei alles tut, diese Versöhnung anzubahnen, aber so wie bisher geht es nicht weiter, wir können nicht ziel- und planlos zusehen, daß hier und da einzelne Bezirke und Gruppen zu Anträgen übergehen und auf ihren Zahlabenden erklären, daß gemeinsam vorgegangen werden soll, unter Ausschaltung der Zentrale. So wurde z. B. auf der Bezirkskonferenz in Jümenau der Antrag gestellt, unter allen Umständen zu versuchen, für die kommenden Wahlen gemeinsame Listen aufzustellen. Auf dem Thüringer Parteitag sind ähnliche Anträge gestellt worden. Gewiß, eine einheitliche Aufstellung der Kandidaten sämtlicher sozialistischen Parteien zum Reichstag wäre eine sehr wunderbare Sache, wenn es möglich wäre; es scheitert aber — das müssen wir im ganzen Lande feststellen — an dem mangelnden Willen zu einer ehrlichen Verständigung und Versöhnung, weil die U. S. P. die Versöhnung nicht will. Wir müssen aber in diesem Kampf innerhalb unserer Partei, wie Genosse Braun mit vollem Recht hervorhob, klare Köpfe behalten. Wenn z. B. der „Volkswille für Neu-Brandenburg“ in einem Artikel vom 1. Mai zur heutigen Konferenz schreibt: „Weil es sich um den Kern des Sozialismus handelt, sollten einzelne Teile im Parteiprogramm wie Schalen abfallen“, so frage ich: Sind das noch Sozialdemokraten, die so schreiben? Wir müssen fragen: Sind das Sozialdemokraten, die das Erfurter Parteiprogramm einfach auf die Seite legen? Ich bin mit Genossen Braun darin einig: Wir müssen klipp und klar auf dem Boden des Erfurter Programms den Wahlkampf führen. Es ist nicht wahr, daß der größte Teil verwirrt ist. Was ist denn von dem theoretischen Teil verwirrt? Gar nichts. Und darum sage ich: Im Mittelpunkt des Wahlkampfes muß unser Erfurter Programm stehen. Damit haben wir bei allen Wahlen gut abgeschnitten. Was ich in der vorzüglichen Rede Scheidemanns bemerkt habe, ist die Kritik an den übrigen Koalitionsparteien. Parteigenossen! Wir können nicht alles über uns ergehen lassen. Was von dieser Stelle in der Nationalversammlung aus von den Koalitionsparteien gefündigt ist, was das Zentrum an Arbeiterforderungen zurückgedämmt hat und was die Demokraten an der Verwirklichung gehindert haben, das müssen wir klipp und klar im Wahlkampf sagen. Ich bin nicht der Meinung, die Genosse Müller aussprach, daß Zentrum und Demokraten einen Teil Geschichte mit uns zusammen gemacht haben. Den größeren Teil Geschichte haben sie nicht mitgemacht, den haben sie praktisch verhindert. Darum sage ich: Wir müssen diesen gegenüber draußen nicht locker lassen, besonders wenn man sich erinnert, wie gerade im Westerbald, wo das Zentrum dominiert, schon seit Monaten in der rückständigsten Weise unsere Partei heruntergerissen wird.

Was ich hier bemerke, und was uns alle unsere Parteitag noch nicht gegeben haben, auch der Vorstand noch nicht, ist ein Agrarprogramm. Wir

treten vor unsere landwirtschaftlichen Wähler wieder ohne ein solches Programm. (Spannend ruft: Sie wissen, daß verschiedentlich der Versuch gemacht ist und bis zum 6. Juni feins aufgestellt werden kann.) Genosse Spannend, das weiß ich, wir haben uns auf mehreren Parteitagen damit beschäftigt, es muß zu einer Entscheidung kommen, damit eine Verständigung eintritt.

Im übrigen, möchte ich sagen, hat Genosse Braun recht: diesen Wahlkampf, mag er uns von rechts oder links erschwert werden, werden wir führen und zum siegreichen Ende bringen. (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit großer Mehrheit angenommen.

#### Personlich bemerkt

**Dauer:** Parteigenossen und Parteigenossen! Der Genosse Pietzsch-Breslau hat Behauptungen bezüglich meiner Person aufgestellt, die ich nicht unwiderrprochen lassen kann. Er sagte, ich hätte kürzlich in Breslau einen Fehler gemacht und einen kappistischen Beamten in sein Amt wieder eingeseht, ohne die Vertrauensleute der Partei gehört zu haben. Ich weiß nicht, was die Vertrauensleute damit zu tun haben sollen. Es handelt sich um einfache Betriebsvorgänge im Proviantamt Breslau, was dem Reichsstaatsministerium untersteht. Es war gegen einen Beamten die Beschuldigung erhoben worden, daß er sich auf Seiten der Kappisten gestellt habe. Der Beamte war deshalb zur Disposition gestellt worden und von seiner Amtstätigkeit entbunden bis zur Klarstellung der Sache. Es wurden inzwischen Zeugen vernommen, und die Zeugenaussagen ergaben absolut nichts Belastendes. Ich habe die Sache nicht vom grünen Tisch aus entschieden, sondern so lange verlag, bis ich persönlich Gelegenheit hatte, in Breslau durch Verhandlungen an Ort und Stelle die Sache zu klären. Zu dieser Verhandlung habe ich den früheren Obmann des Betriebsrats der Proviantarbeiter — er hat inzwischen gewechselt — und den ichigen hinzugezogen und ferner den Obmann der Bäckereiarbeiter, und bin mit diesen zusammen zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein begründeter Vorwurf gegen diesen Mann nicht erhoben werden kann und er in seine frühere Tätigkeit wieder eingesetzt werden muß. Er hatte in den Tagen des Krapp-Putschs die Auffassung vertreten, daß in der Bäckerei und im Proviantamt gearbeitet werden müßte trotz des Generalstreiks, eine Stellungnahme, die auch von den Gewerkschaften durchaus gebilligt ist; denn die Herstellung von Brot und die Abgabe von Brot war durchaus nötig, auch wenn sie an Kapputruppen erfolgte. Das können die Beamten gar nicht unterscheiden, welche Truppe regierungstreu und welche es nicht ist. Wird die Abgabe verweigert, so nimmt sich die Kruppe das Brot mit Gewalt, und damit würde dem Reich ungeheurer Schaden entstehen. Also diese Stellungnahme des Beamten wurde durchaus von allen Beteiligten als richtig anerkannt und im Einverständnis mit den drei Obleuten der Betriebe der Mann wieder eingeseht. Daraus wird dann jetzt etwas gemacht, was den Tatsachen geradezu ins Gesicht schlägt, und es kommt sogar ein Parteigenosse hierher und erhebt einen derartigen Vorwurf. Ich kann sagen, daß Genosse Pietzsch durchaus uninformiert ist. Gegenüber seinen Anwürfen gegen mich als Minister verweise ich nur darauf, daß der Parteitag des Regierungsbezirks Breslau mich mit weitaus größter Stimmenszahl wieder als Reichstagskandidaten nominiert hat. Die Breslauer Organisation erklärte, sich nicht fügen zu wollen. Trotzdem im Einverständnis und im Einklang mit der gesamten Partei man mich für würdig erachtete, das höchste Ehrenamt und einen Ministerposten auszufüllen, erklärt diese Organisation, nachdem ich aufgestellt bin, ich solle zurücktreten. Daraus können Sie sehen, welcher undemokratische und unsozialistische Geist gegenwärtig in der Parteiorganisation in Breslau vorherrscht. (Hört, hört!)

Das Schlußwort erhält nunmehr

**Scheidemann:** Genossinnen und Genossen! Nach dem angenehmen Gang der Auseinandersetzungen hier bin ich in der geradezu beneidenswerten Lage, nach dem Lutherischen Satz handeln zu können: „Geh schnell heraus, tu's Maul auf und hör bald auf.“ Ich kann sehr kurz sein.

Zunächst möchte ich einige Erklärungen abgeben für die Parteileitung, die mich beauftragt hat, zu referieren und in ihrem Auftrage des Schlußwort

zu nehmen. Ich empfehle Ihnen die Annahme aller Anträge, die Ihnen unterbreitet worden sind, über die im Laufe der Konferenz gesprochen worden ist. Ich empfehle Ihnen auch die Annahme der gemachten Abänderungsvorschläge, die durchaus arztzweckmäßig sind bis auf einen, nämlich den des Genossen Kaul, der wünscht, daß in der gedruckt vorliegenden Entschließung ein bestimmter Satz gestrichen wird. Die Parteileitung legt aber den größten Wert darauf, daß dieser Satz unter allen Umständen bestehen bleibt, aus folgendem Grunde: Er beginnt mit den Worten: „Von dem Wunsche erfüllt, den Kampf nur mit Rechts führen zu müssen usw.“. Ich glaube, es wäre politisch sehr unklug, wenn wir diese unsere bestimmte Absicht dadurch jetzt etwa in eine weniger klare Form brächten, indem wir den Satz streichen. Ich bitte Sie also namens der Parteileitung dringend, die anderen Anträge anzunehmen, den Vorschlag Kaul aber abzulehnen.

Nach der Rede des Genossen Löbe brauche ich zu den Ausführungen des Genossen Koste nur ganz wenig zu sagen. Etwas ganz allgemeines zunächst: Ich wäre glücklich, wenn meine eigene Tätigkeit mit der gleichen Objektivität überall beurteilt würde, mit der ich in meinem Referat bemüht war, den Genossen Koste zu beurteilen. (Sehr gut!) Parteigenossinnen und Parteigenossen! Und das sage ich ganz allgemein, ohne jede persönliche Bezugnahme: Dankbarkeit gibt es in der Politik nicht, und trotz muß jeder sein, wenn er nach Abschluß seiner politischen Lebensarbeit nicht schließlich auch noch verlästert wird. (Sehr richtig!) Wer in die Politik eintritt mit der Absicht, Würden zu erringen oder Dankbarkeit schließlich einzustucken, dem kann man nur empfehlen — das richtet sich namentlich an die jüngeren Parteigenossen — daß er draußen bleibt. Denn diese Leute täuschen sich selbst, sie werden nicht die Befriedigung finden, die sie glauben suchen zu sollen. Leute, die so in die Partei hineintreten, werden der Partei niemals etwas nutzen. (Sehr richtig!)

Nun noch ein Wort in alter Kameradschaft an meinen Freund und Nachbar im Reichstage, Koste! Sein großer Fehler ist mir nie so klar zum Bewußtsein gekommen als gestern. Koste ist gestern in großer Rücksichtslosigkeit mit den Genossen umgesprungen, mit denen, die ihm, auch nach meiner festen Ueberzeugung, Unrecht getan haben durch Beschimpfungen und Schlimmeres. Aber, Genossinnen und Genossen, vergleichen Sie die Rücksichtslosigkeit, die gegenüber den eigenen Kameraden angewendet wird, mit der Wildhe, die Koste gegenüber sehr schlimmen Männern bewiesen hat. (Sehr wahr!) Ich erinnere an Oberst Reinhardt. Schlimmer als Reinhardt mich und meine Kameraden in der Regierung beschimpft hat, als Lumpengefindel, hat mich auch kein Genosse beschimpft, und diese Wildhe Koste stelle ich in Vergleich mit der Rücksichtslosigkeit von gestern. Es herrscht, nimm es mir nicht übel, Freund und Gesinnungsgenosse Koste, bei Dir das Bestreben, die Psyche der Offiziere kennen zu lernen, und aus dem Grunde alles zu verstehen und alles milder zu beurteilen und bis zu einem gewissen Grade es deshalb laufen zu lassen. Das ist Dein Fehler, denn durch diesen Fehler, lieber Koste, bist Du ins Gedränge geraten, daß Du eine Menge von Arbeitern nicht mehr verstanden hast und diese Dich auch nicht mehr verstanden.

Ich glaube, wir können das Kapitel, das an den Namen des Genossen Koste anknüpft, in dem guten Bewußtsein schließen, daß es keinen Stachel zurückläßt, denn diese Auseinandersetzungen sind in aller Kameradschaft vor sich gegangen, und wir arbeiten auch weiter sachlich miteinander.

Der Satz bleibt bestehen, daß der Erfolg in der Politik schließlich das einzige ist, was entscheidet. In der Debatte über mein Referat ist, abgesehen von wenigen Ausnahmen, eigentlich nur Zustimmunges gesagt worden. Es ist an sich begreiflich, daß der eine dies, der andere jenes vermischt hat, was ich hätte sagen sollen. Aber deshalb debattieren wir doch, damit das, was vergessen oder weggelassen ist, nachgeholt werden kann, damit wir irgend etwas Fortgerieren können. Ich hätte statt  $\frac{1}{2}$  Stunde — ich war bemüht, kurz zu sein — ebenso gut 3 bis 4 Stunden reden können, ich hätte vieles sagen können, was ich auch gesagt habe. Darauf kommt es aber nicht an, daß man alles sagt, sondern im gegebenen Augenblick alles zusammenfaßt, was wichtig ist.

Genosse Koste machte mir zum Vorwurf, daß ich unsere Koalitionsgenossen, Zentrum und Demokraten, nicht mehr kriecht hätte. Was hätte es aber für Zweck, ins einzelne hinauszugehen und eine Leporellosliste aufzumachen über das, was Zentrum und Demokraten gefündigt haben. Es sind sogar hier dumme Erklärungen eines Parteiblattes vorgebracht worden, die niemand kannte, und man verhilft ihnen dadurch zu einer Publizität für die ganze Welt, die diese gar nicht verdient. Soll ich in denselben Fehler verfallen und ins Kleine hineingehen? Ich glaube, es war genügend, was über die Koalition im ganzen gesagt ist. Ich bin kein Labredner der Koalition und habe ganz andere Wünsche, als in der Koalition zu arbeiten, aber sie kann unter Umständen wieder eine absolute Notwendigkeit werden, wie es bisher gemein ist.

Man hat über die Reichsliste gesprochen. Wer soll sie aufstellen, wer soll übernommen werden auf die Reichsliste? Ich finde den Vorschlag des Parteivorstandes gut, daß eine Kommission eingesetzt wird, in der der Parteivorstand vertreten ist. Nach welchen Grundsätzen soll die Reichsliste aufgestellt werden? Nach der Begründung des Wahlgesetzes soll sie technisch Unvollkommenes im Proportionalverfahren bessern, es soll auch die letzte Stimme zur Geltung kommen. Die Reichsliste soll bis zu einem gewissen Grade dies erreichen und darüber hinaus die Möglichkeit geben, hervorragende Männer und Frauen, die in keinem Wahlkreis derart wurzeln, daß man auf den Gedanken kommen könnte, sie aufzustellen, trotzdem für das Parlament zu gewinnen. Trotz aller Bedenken, die im engeren Kreise und in der Parteipresse erörtert worden sind, gestehe ich, daß dieser Vorschlag, der wohl ursprünglich vom Minister Koste ausging, etwas Bestechendes hat. Aber eine andere Lösung gibt es auch, und das müssen wir in aller Ruhe in dieser Kommission überlegen, nämlich die, daß man auf die Reichsliste alle diejenigen Kandidaten setzt, die nun aus irgendwelchen Gründen in ihrem bisherigen Wahlkreis abgelehnt wurden. Es kann einem bisherigen Abgeordneten oder einem bisherigen Kandidaten das schwerste Unrecht in irgendeinem Kreis oder in seinem Kreis geschehen sein, indem man ihn nicht wieder aufstellt, und es kann sich unter allen Umständen notwendig machen, daß man solches himmelschreiende Unrecht dadurch gut macht, daß man ihn auf die Reichsliste stellt. Aber die richtigen Grenzen zu finden bei dieser Uebernahme auf die Reichsliste, wird ungleich schwerer sein. Es ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß man dadurch, daß man einen Genossen, der abgelehnt worden ist draußen im Kreise, wenn er bisher Abgeordneter war, auf die Reichsliste übernimmt, unter Umständen nicht nur diesem einzelnen Kreis, sondern der ganzen Partei durchaus ins Gesicht schlagen kann. (Sehr richtig!) Das muß also ungemein sorgsam überlegt werden. Jedem einzelnen von Ihnen wird schon bei diesen wenigen Sätzen, die ich ausgesprochen habe, klar zum Bewußtsein gekommen sein, daß es sich um eine Aufgabe für die Kommission handelt, wie sie schwieriger und verantwortungsvoller kaum gedacht werden kann. Deshalb also wünsche ich, daß die Reichsliste die Besten, die Klügsten und die Berechtigtesten, wenn es solche überhaupt bei uns gibt (Heiterkeit), enthalten soll, aber es darf kein Scharbenpenitentiarium werden, das heißt etwa eine Liste aller derer, die draußen in die schwierigste Situation bringen, und deshalb wünsche ich von ganzem Herzen, daß die Genossen, die in diese Kommission eintreten, die Klügsten sind, und ich wünsche ihnen die größte Weisheit und die feinste politische Nase an den Tagen, wo sie diese Arbeit zu machen haben. (Heiterkeit und Beifall.)

Ich bin frohen Mutes, nachdem ich die Stimmung dieser Reichskonferenz hier kennengelernt habe. Hier hat keine Kurcastimmung geherrscht, das hätte uns schlecht angefallen angesichts der Not und des Elendes im Lande, angesichts alles dessen, was wir noch auszuräumen haben und was wir aufbauen wollen. Aber frohe Entschlossenheit leuchtet aus Ihren Augen, Kampfeslust und Kampfesmut strahlt die Brust eines jeden von Ihnen, das habe ich mit Freude feststellen können. Unseren Gegnern ist auch gar nicht wohl angesichts des erfreulichen Verlaufes der Konferenz, das zeigt ein Blick in die Presse. Die „Freiheit“ ist in großer Verlegenheit. Sie kündigt an, daß sie immer wieder

darin erinnern will, daß wir das Blutbad vom Januar 1919 auf dem Gewissen hätten oder angeht hätten, weil wir Verhandlungen abgelehnt oder hintertrieben hätten. Ich stelle vor aller Welt fest, Genossinnen und Genossen, daß dies eine glatte Unwahrheit ist. (Sehr richtig!) Wahr bleibt dagegen — und ich will es zum drittemal in alle Welt hinausgeschreien —, daß Gasse schon viel früher, als uns die sogenannten Radikalen jeden Tag ihre Theorien mit Maschinengewehren in der Wilhelmstraße vordemonstrieren, sagte: Für den Notfall habe ich 2000 Marineinfanteristen zur Verfügung. Lassen Sie sie kommen!

Koske geschieht viel zu viel Ehre, wenn man sagt, er habe die Reichswehr erfunden. Die eigentlichen Väter sind Liebknecht und Ledebour. Koske ist nur der Adoptivvater. (Seiterkeit), der sie dann nicht leichten Herzens jedenfalls übernommen hat und sie stark zu machen suchte.

Dann noch ein Wort über die „Freiheit“. Es fällt mir zwar nicht leicht (Seiterkeit), aber wenn diese den Wahlkampf mit solchen Unwahrheiten führen will, wie sie angekündigt hat, so müssen wir die Wahrheit entgegenstellen (Sehr gut!), und sie wird die Erfahrung machen, daß Lügen eine ganze Zeitlang aufgepöppelt, künstlich aufgeblasen werden können, aber doch schließlich kurze Weine haben.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! das soll unser Kampftruf bleiben. Proletarier Deutschlands, geweiht Euch! Das soll also die Parole der U. S. P. im Wahlkampf sein. (Sehr gut!) Ich setze das Vertrauen in die Masse, daß sie den rechten Weg zu finden wissen wird. Weitere Zerfleischung bedeutet weiteres Elend, bedeutet Arbeit für die Reaktion. Wir wollen aber vorwärts, aus dem Elend heraus, wir wollen aufbauen und sichern, wir wollen die Republik zu einer uneinnehmbaren Festung machen, die Demokratie unerschütterlich machen und dem Sozialismus zum Siege verhelfen.

Genossinnen und Genossen! Seid Euch des ganzen Ernstes der Situation bewußt! Der kommende Wahlkampf entscheidet das Schicksal unseres Landes und Volkes auf Jahrzehnte hinaus. (Sehr richtig!) Die Reaktion wird alle Kraft einsetzen, um ihre Ziele durchzusetzen. Aus dem in unseren Händen sich befindenden Material, dem Briefwechsel der reaktionären Offiziere, die den Kapp-Putsch, die Kappiade vorbereitet haben, aus dem Briefwechsel zwischen Bischoff, Papst usw. geht klar hervor, wie der gewalttätige Umsturz damals vorbereitet war. Wir wissen, wie man die Reichswehr vorbereitet hat, wie man die Studenten organisiert hat, die Bürger und Bauern gewinnen und bewaffnen wollte. Eine Stelle aus einem Brief habe ich ganz willkürlich herausgegriffen, als ich meine Notizen für das Schlusswort machte. Es heißt da: „Es ist eine genaue Aufstellung nötig über alle Waffen, die sich zurzeit in den Händen der Einwohnerwehr befinden. Der Korpsführer hat genaue Listen aller der Offiziere und Beamten aufzustellen, die mit besonderer Sorgfalt das derzeitige System vertreten unter Einreichung dieser Listen an die Zentralleitung.“ Das gehörte mit zu den Parolen, die vor dem Kapp-Putsch gegeben wurden.

Zweifelt einer von euch daran, daß der Wahlkampf von diesen reaktionären Offizieren und ihren Bundesgenossen, der Deutschnationalen und Deutschen Volksparteiler, die trotz allen Sträubens und aller Bitterkeit, die sie jetzt machen, doch eine Seele und ein Herz mit dieser ganzen Gesellschaft gemein sind, außerordentlich geschickt organisiert ist? Die Offiziere sind geschickte Organisatoren, sie haben das gelernt, das ganze Leben lang. Zweifelt einer von Euch daran, daß nicht dieser Wahlkampf von jenen bis ins kleinste vorbereitet ist, daß sie nicht nur Millionen und Abermillionen bisher schon erhalten haben, sondern aus großindustriellen Kreisen weitere Millionen für diesen Kampf der Reaktion zuschießen werden? Ein großer Vor wäre der, der etwa daran zweifeln wollte, daß diese Leute bis an den Hals im Gelde stecken.

Wir werden amerikanische Wahlen erleben. Macht Euch darauf gefaßt, daß es an persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen nicht fehlen wird. (Sehr gut!) Ich möchte persönlich annehmen, daß auf dem Gebiet der Verleumdungen, Beschimpfungen und Verdächtigungen aller übertrossen werden wird, was wir früher angesichts der Tätigkeit des Jhnen allen in guter Er-

innerung befindlichen Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie schon erlebt haben.

Ich weiß, daß keiner von Euch verzagt, daß im Gegenteil jeder den letzten Hauch daransetzen wird, den Sieg an unsere Fahnen zu fesseln. Ihr seid frohen Mutes und habt das Recht dazu. Unsere Arbeit kann sich sehen lassen, unsere Fahne ist rein, unser Wollen ist gut. Wir wollen heraus aus dem Jammer, wir wollen los von der Knechtschaft, in die uns der Friedensvertrag geschlagen hat. Zu alledem können wir aber nur kommen durch eine Politik der Offenheit und der Ehrlichkeit. (Sehr gut!) Eine solche Politik wollen wir treiben und keine andere, und das, Parteigenossen und Parteigenossinnen, läßt uns in den Kampf ziehen in der frohen Hoffnung, den Sieg zu erringen. „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen, die Trommel ruft, die Banner wehn!“ Es lebe der Kampf, es lebe der Sieg! (Lebhafter anhaltender Beifall und Gändelklatschen.)

Nunmehr kommt es zur Abstimmung.

Einmütig angenommen wird ein Antrag, in der Entschließung einen Zusatz über die Siedlungsfrage zu machen.

Einmütig wird ferner der Antrag Markwald angenommen, wonach in die Entschließung die Worte aufgenommen werden: „die Beseitigung der Klassenjustiz“. Abgelehnt wird der Antrag Kaul, in Absatz 3 dem letzten Satz zu streichen von Zeile 6 bis Zeile 9 und dafür zu setzen: „Die Partei ist bereit, ihre alten Grundsätze, wonach Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden, nach allen Seiten hin zu verteidigen.“

Angenommen wird weiter ein Zusatzantrag, der die Frauen zur lebhafte Beteiligung an der Wahl aufruft.

Die so veränderte Entschließung wird im ganzen angenommen.

Die angenommene Entschließung lautet in der abgeänderten Fassung:

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ruft die Parteigenossen und -genossinnen zum Wahlkampf auf, der das Schicksal der deutschen Republik entscheidet.

Nur die Einigkeit des werktätigen Volkes, der Kopf- und Handarbeiter, der Männer und der Frauen, kann die freiheitliche Verfassung unseres Volksstaates vor neuen reaktionären Anschlägen schützen und die politische Gleichberechtigung zur sozialen Gleichberechtigung erweitern. Der gemeine Wille der geistig und körperlich Schaffenden ist stark genug, sich mit der Mitteln der Demokratie siegreich durchzusetzen und die Arbeit aus dem Joch des Kapitals zu befreien. Dazu bedarf es vor allem auch der Mitarbeit der ländlichen Bevölkerung, der Landarbeiter und Kleinbauern, deren Befreiung aus vielhundertjähriger Unterdrückung erst durch die Republik eingeleitet wurde. Im Kampf gegen den widerspenstigen Großgrundbesitz müssen die in der Landbedelung getroffenen Maßnahmen schneller durchgeführt und entschiedener gefördert werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands führt diesen Wahlkampf unter der Parole der Einigkeit, in der allein die Quelle der Kraft liegt, und mit dem Ziel, am 6. Juni eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit zu erringen, die den Bestand der demokratischen Republik sichert und ihren Fortschritt zum Sozialismus verbürgt. Von dem Wunsch erfüllt, den Kampf nur gegen rechts führen zu müssen, ist die Partei bereit, ihre alten Grundsätze, wonach Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit bilden, nach allen Seiten hin zu verteidigen.

Die Befreiung der Republik von den letzten Resten militaristischen Geistes, die Durchdringung aller Behörden mit republikanischem Willen, die Beseitigung der Klassenjustiz, die wachsende Anteilnahme der Arbeiter und Angestellten an Führung und Kontrolle der Produktion, die Übernahme der reifen Betriebe in die gemeinwirtschaftliche Verwaltung, der Ausbau eines freien Schulwesens, die Hebung der gesamten Volkskultur — dies alles wird desto geringere Widerstände finden, je stärker die Sozialdemokratische Partei aus dem Wahlkampf zurückkehrt. Im Kampf der Sozialdemokratie mit Reaktion und Kapitalismus, nicht im Streit der sozialistischen Richtungen, fällt die Entscheidung über unsere Zukunft. Die

Frauen werden diese Entscheidung ausschlaggebend beeinflussen. An ihnen wird es liegen, ob der Weg zurückgeht in die dunkle Vergangenheit, die unsere Gegenwart beschattet, oder vorwärts in die leuchtende Zukunft. Dieser großen Verantwortung muß sich jede Frau am Wahltag bewußt sein.

Die Sozialdemokratische Partei will ein Deutschland, das sich an Freiheitlichkeit seiner politischen Einrichtungen von keinem Lande übertreffen läßt und das durch praktischen Sozialismus dem Wohl des arbeitenden Volkes im eigenen Lande und in der ganzen Welt dient. Sie will ein Deutschland, das unter voller Wahrung der Selbstverwaltung und Eigenart aller Stämme vor unerschütterlichem Einheitswillen bejeelt ist. Nur dieses Deutschland wird den notwendigen Kampf auf gegen fremden Kapitalismus, Militarismus und Imperialismus mit geistigen und moralischen Mitteln siegreich durchführen und sich aus den drückenden Fesseln des Friedens von Versailles befreien.

Die Reichskonferenz fordert die Parteigenossen und -genossinnen auf, in diesem Sinne den Kampf zu führen für die Einigung des ganzen schaffenden Volkes auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze.

Befreiung aus den geistigen Banden bürgerlich-kapitalistischer Anschauungsweise, aber auch Ueberwindung aller Zersplitterung im Lager der Arbeiterbewegung sind die Vorbedingungen für den Sieg der Arbeit durch den Sozialismus.

Adolf Braun. Deuterich. Löbe. Profitt. Scholich. Luise Schröder.  
Sollmann. Stampfer.

Angenommen wird folgender Antrag Marie Anforge, Klara Bohm-Schuch und Genossen:

Die Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands drückt ihren tiefen Schmerz und Empörung aus über die Verwendung farbiger Truppen in den besetzten Gebieten. Wir protestieren gegen diese dem deutschen Volke angetane Schmach, der tausende wehrlose Frauen und Mädchen zum Opfer fallen. Wir warnen die siegreichen Völker vor der Anwendung einer Waffe, die sich im letzten Ende verderbenbringend gegen die gesamte deutsche Klasse wenden wird. Wir rufen auf alle Männer und Frauen der zivilisierten Erde, insbesondere unsere Genossen und Genossinnen jenseits der deutschen Grenzen: Wenn es Euch ernst ist mit Eurer Sehnsucht, daß der Völkerfriede den Völkerhaß besiege, dann tretet ein mit aller Kraft für die Zurückziehung der farbigen Truppen in den besetzten Gebieten, die ein Schlag ist gegen Verjöhnung und Verstäudigung der gequälten Menschheit.

Angenommen wird ein Antrag Mierisch-Bielefeld:

Die Reichskonferenz empfiehlt dem Parteivorstand, die Pressebureaus der Partei für den Wahlkampf im Lande auszubauen. Zu diesem Zwecke wird eine Kommission von 5 Redakteuren eingesetzt, die schleunigst Vorschläge zu machen hat.

Vorsitzender Löbe (Schlußwort): Werte Parteifreunde! Wir sind somit am Schluß unserer Verhandlungen angelangt. Sie waren knapp bemessen, denn draußen erwartet uns der Kampf, jeden einzelnen der Männer und Frauen, die heute in diesem Saale versammelt sind. Wir ziehen in diesen Kampf, wie Scheidemann eben gesagt hat, hinein mit der Zuversicht und der Festigkeit, die das Bewußtsein einer guten Sache uns verleiht. Unsere Debatte wurde begonnen mit einer Auseinandersetzung über die Wichtigkeit unserer bisherigen Politik auf einem bestimmten Gebiete. Diese Auseinandersetzung hat sich weiter ausgedehnt auf die verschiedenen politischen Streitfragen, die uns im letzten Jahre bewegt haben. Wir haben erörtert, was unter den schwierigsten Verhältnissen des letzten Jahres geschaffen werden konnte, und wir haben gesprochen darüber, was seiner Erfüllung noch im neuen jetzt zusammentretenden Parlament harret. Wir haben uns darüber ausgesprochen, was bisher versäumt worden ist, und besonders aus der Rede unseres Genossen Müller, des Reichsanzlers, erfahren, was gescheitert ist an den ehernen Tat-

sachen, an der ehernen Wirklichkeit, die sich uns entgegenstellt hat. Wir rufen von hier aus den Arbeitern des Kopfes und der Hand zu: Wie viele von Euren Forderungen und Wünschen, wieviel von den Fortschritten und anermehlichen Zielen erreicht werden kann, das wird am 6. Juni entschieden werden! Darüber entscheidet der Grad von Einsicht und Erkenntnis, den wir der deutschen Wählerchaft beibringen können.

Werte Parteifreunde! Vielleicht werden nicht alle unsere Mühen belohnt sein, aber der Gang der Geschichte hat die deutsche Sozialdemokratie in eine Lage gebracht, wie sie schwieriger für uns kaum auszudenken ist. Nach dem Zusammenbruch unseres Landes, nach der furchtbaren Ausschüttung und Schwächung durch den Krieg, fiel ihr die Mitverantwortung an der Leitung des Deutschen Reiches zu und damit die schwerste Belastungsprobe, die die Partei überhaupt niemals hat über sich ergehen lassen. Oft genug, wenn wir vor folgenschweren Entscheidungen standen, waren wir uns darüber klar, daß wir die Interessen unserer eigenen Partei opfern müßten, um die Interessen des ganzen Volkes wahrnehmen zu können. (Sehr richtig!)

Oft genug haben wir sehenden Auges Dinge beschlossen, die uns unpopulär machen bei denen, die vorher unsere besten und freudigsten Anhänger gewesen. Wir haben Dinge beschlossen, die uns bei Minderheitsfähigen direkt verhaßt gemacht haben, und doch, nach unserer Kenntnis und unserem Einblick der Dinge konnten wir nichts anderes beschließen, mußten wir das Opfer bringen im Interesse der Gesamtheit unseres ganzen Volkes. — Werte Genossen! Wir haben noch ein zweites hingegeben, das Sie nicht vergessen dürfen, wir haben Personen aus unseren eigenen Reihen opfern müssen, Vorkämpfer der Arbeiterbewegung, die sich in jahrzehntelangem Mühen einen Namen und ein Ansehen bei ihren Klassengenossen erobert hatten, Parteigenossen, die grau geworden in ehrenvollem, unantastbarem Kampfe für ihre Klassengenossen. Wir haben sie opfern müssen, sie haben ihren Ruf und ihr Ansehen aufs Spiel setzen müssen, oft in sicherer Erwartung dieser Dinge sind sie in Ämter getreten, zu denen wir sie erhoben. Wenn die Partei genötigt war, einen Mann aus ihren Reihen aufzurufen zum Bürgermeister, Reichskommissar, Polizeipräsidenten, zum Landrat, haben wir uns selber in dem Augenblick, wo wir ihn dazu nötigsten, gesagt, mit 80 Proz. Gewißheit wird der Mann in einem halben Jahre den Ruf, den er sich in jahrzehntelanger mühevoller Arbeit erungen, aufs Spiel setzen, er wird sein Ansehen gefährden, er wird den schlimmsten Beschimpfungen ausgesetzt sein und womöglich durch alle Pfützen gezogen werden. Und doch haben wir gesagt, wir konnten nicht anders handeln, wir mußten die Männer auf diesen Platz stellen, auch wieder im Interesse der Gesamtheit des Volkes, im Interesse derjenigen, die sie nachträglich beschimpften. Und soweit diese Kritik von den anderen Parteien kam, kann ich Ihnen nur zurufen: Möge ein günstiges Geschick diese anderen Parteien dauernd davor bewahren, daß sie nicht einmal die Verantwortung zu tragen haben, die die deutsche Sozialdemokratie bis zum heutigen Tage trägt, sonst werden sie dieselbe Behandlung erfahren, die unsere Führer erfahren haben. (Sehr richtig!) Aber auch ein Drittes wollen wir offen zugeben: Wir haben Fehler gemacht. Welchen Zweck hätte es zu streiten? Wir sind Abwege gegangen, wir sind Irrwege gegangen, die wir später manchmal selber nicht begriffen haben. Wir wollen sie selber ruhig zugeben, wir können sie zugeben, denn welcher andere Mensch hätte in dieser Lage Fehler vermeiden können? Wir müssen sie zugeben, damit wir sie in Zukunft nicht wiederholen, und wir können sie zugeben, weil es Fehler der Taktik, der praktischen Arbeit waren, Grundätze des Sozialismus, die Grundätze der Demokratie hat die Partei nicht aufgegeben. Deshalb rufen wir dem Volke vor den Wahlen zu: Die Errungenschaften der Revolution, die Republik und ihre freiheitliche Verfassung, die sind nirgends in sicherer Hut als bei der Partei, die vom ersten Tage ihrer Existenz an sich zum republikanischen Bewußtsein hingezogen gefühlt hat. Und den klaffenbewußten Arbeitern rufen wir zu: Ihr habt zu wählen, wollt Ihr eine reine Demonstrations-, eine reine Negations- und Oppositionspolitik oder wollt Ihr eine Politik des Aufbaues und des positiven Schaffens haben, die allein Euch Euren Zielen und Euren Idealen zuführt? (Wabool)

Wenn wir nun draußen ab und zu unseren Genossen begegnen, die mutlos sind, die mit trübem Bogen in den Wahlkampf gehen, dann sagt ihnen ruhig: O, Ihr Kleingläubigen, warum seid Ihr so furchtjam? Kennt Ihr nicht die dornenreiche Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, kennt Ihr nicht den Weg der Partei? Damals, als unsere Organisation zertrümmert wurde durch das Sozialistengesetz, da haben unsere Vorkämpfer den Mut nicht verloren. Nach den schweren Auseinandersetzungen des Dresdener Parteitagcs ist keiner gekommen und hat geglaubt, die Werkkraft der Partei würde nun aufhören. Die Niederlage des Bülowblocks hat uns nicht mutlos gemacht, und denken Sie an den Krieg mit seinen außerordentlichen Gefahren für die Partei, mit seiner inneren Zerküftung — ihm folgten die Nationalwahlen, die 165 sozialdemokratische Abgeordnete in dieses Haus hineinbrachten. Es gilt also für die Partei, daß sie sich noch nach jedem schweren Schlage immer wieder erhoben hat. Deshalb sage ich: Wir können mit der Festigkeit, Zuberficht und Kampfesfreude in die Wahl gehen, die das Bewußtsein einer guten Sache uns verleiht. In die Wahlen für die deutsche Sozialdemokratie, die trotz alledem Schutz und Hort unserer Arbeiterklasse ist und die wieder werden wird Wegweiser auch des außerdeutschen Proletariats. Die deutsche Sozialdemokratie, Genossinnen und Genossen, Sie leben hoch! (Die Konferenzteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen und stimmen begeistert dreimal in das Hoch ein.)

Unsere Verhandlungen sind damit geschlossen.  
Schluß 12 Uhr 45 Minuten.

\* \* \*

Die von den Delegierten abgegebenen Zettel ergaben folgendes Ergebnis der Wahl zur „Kommission für die Aufstellung der Reichsliste“:

1. Löbe-Dreslau (163 Stimmen),
2. Meerfeld-Köln (144),
3. Fischer-Nürnberg (128),
4. Eggert-Dresden (101),
5. Steinmayer-Stuttgart (101),
6. Kröger-Koßtock (100),
7. Klupsch-Dortmund (86).

Abgegeben wurden 180 Stimmzettel, davon waren 11 ungültig.

## Anwesenheitsliste der Reichskonferenz.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei
Andersch, Richard	Königsberg (Ostpr.)	Parteiausschuß
André, Ernst	Hannover	Hannover
Amjorge, Marie	Neu-Salzbrunn	Dreslau
Apel, Wilhelm	Erfurt	Groß-Mähringen
Bartoisch, A.	Königsberg (Ostpr.)	Königsberg (Ostpr.)
Bayerer	Regensburg	Parteiausschuß
Bauers, Franz	Ober-Loe	Schleswig-Holstein
Beims	Magdeburg	Nationalversammlung
Bennesch, Viktor	Kreuzburg	Deuthen (Oberschlesien)
Birnbaum	Bremen	Hamburg-Nordw.
Bollmann, Minna	Halberstadt	Parteiausschuß
Bambsch	Boischappel	Dresden
Brandenburg, Ernst	Stendal	Magdeburg-Anhalt
Braun, Adolf	Berlin	Partei Vorstand
Bretthorst, Heinrich	Breslau	Breslau
Breh, Aug.	Hannover	Kontrollkommission
Bröder, Agnes	Duppeln	Deuthen (Oberschlesien)
Brohwiß, Konrad	Kranfurt a. Main	Hessen-Rassau
Bubert	Denabrück	Odenburg-Ostfriesl.-Dsnabrück
Dood, Hermann	Müßtringen	Odenburg-Ostfriesl.-Dsnabrück
Dornberger, Ehr.	Fürth	Franken
Drescher, Reinhold	Galle	Parteiausschuß
Eberle, Hugo	Görlitz	Parteiausschuß
Eggerstedt, D.	Riel	Schleswig-Holstein
Eggert, Jul.	Dresden-N.	Dresden
Ehrlich, Oskar	Döbeln	Leipzig
Eisenbarth, Heinrich	Hamburg	Hamburg-Nordw.
Erdler, Oskar	Wittweida i. Sa.	Chemnitz
Endres, Fritz	Würzburg	Franken
Enz, Wilhelm	Sarmen	Niederrhein
Evert, Christine	Bothnang (Stuttg.)	Württemberg
Feller, Hermann	Hildesheim	Hannover
Fischer, Emil	Nürnberg	Franken
Fischer, Fr.	Stuttgart	Kontrollkommission
Fischer, Minigunde	Karlsruhe	Baden
Fischer, Theodor	Berlin	Parteiausschuß
Flugle, Paul	Bollenhain	Görlitz
Frank, Eugen	Berlin	Partei Vorstand
Franke, A.	Berlin	Partei Korrespondenz
Friedrich, Otto	Lübeck	Mecklenburg-Lübeck
Frisch, Otto	Blauen i. Vogtl.	Zwickau i. Sachsen
Frühlich, Oskar	Rendsburg	Schleswig-Holstein
Füllbed, Liesbeth	Nürnberg	Franken

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei
Gehrke, Ernst	Stralsund	Stettin
Gehrke, Heinrich	Groschowitz	Oberhessen
Gehrmann, Karl	Harburg (Elbe)	Hannover
Geringhoff, Th.	Münster	Westliches Westfalen
Giebel	Berlin	Nationalversammlung
Gröbisch, Robert	Dresden-N.	Dresden
Gruber, Martin	München	Parteiausschuß
Grünberg, Helene	Mürnberg	Kontrollkommission
Gaberland, Karl	Barmen	Parteiausschuß
Gadelberg, Rudolf	Kiel	Parteiausschuß
Gähnsen, Louis	Magdeburg	Parteiausschuß
Gagen, Anton	Leipzig	Parteiausschuß
Gahn, Karl	Mannheim	Parteiausschuß
Gammer, Richard	Ludwigshafen	Kfalz
Gartisch, Erwin	Widau (Sachsen)	Pommern
Gartwig, Theodor	Wihlau	Parteiausschuß
Gauschildt	Stettin	Württemberg
Gauth, Emil	Cassel	Westliches Westfalen
Gäugler, Fritz	Stuttgart	Görlitz
Geiden, August	Dortmund	Nationalversammlung
Geime, Wolfgang	Weißwasser (D.-L.)	Parteiausschuß
Gelfers, Rosa	Berlin	Kontrollkommission
Gengsbach, Klemens	Hamelu a. d. Weiser	Groß-Berlin
Genichel, Richard	Köln	Dstpreußen
Gerber, Ernst	Berlin-Mariendorf	Oberschlesien
Gertwig, Richard	Lyd	Parteiortstand
Gildenbrand, Karl	Reiße	Hessen-Kassau
Gim, Richard	Berlin	Nationalversammlung
Goch, Gustab	Limburg	Brandenburg
Goffmann, Hugo	Hanau	Groß-Berlin
Goppe, Martha	Frankfurt a. D.	Parteiausschuß
Günlich, Oskar	Berlin	
Günther, Karl	Rüftringen I	
Gaener, Karl	Ludentwalde	Brandenburg
Jaensch, Paul	Riegnitz	Görlitz
Juchacz, Marie	Berlin	Parteiortstand
Kaul, Georg	Hessen	
Kempens, Meiner	Brandenburg	
Kirchner, Georg	Spandau	Schleswig-Holstein
Klauder, Karl	Altona (Elbe)	Groß-Ähüringen
Kliche	Saalfeld (Saale)	Oldenburg-Distriesland
Klich, Franz	Rüftringen I	Magdeburg-Anhalt
Klupsch, F.	Magdeburg	Westl. Westfalen u. Parteiausschuß
Koch, Ed.	Dortmund	Groß-Ähüringen
Krafter, Hermann	Gotha	Widau (Sachsen)
Kröger, Wilhelm	Widau	Parteiausschuß
Krüger, Franz	Kostock	Parteiortstand
Krüger, Richard	Cöpenick	Halle
Krüger, Wilhelm	Merseburg	Brandenburg
Kühn, Otto	Berlin	Parteiausschuß
Kuhnert, Paul	Dresden-N.	Ghemnitz
Kundi	Löpnig-Ergebirge	Hessen-Kassau
Kunze, Meg	Schlüchtern	Parteiausschuß
	Stettin	

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei
Kunzmann, Theodor	Döbeln	Leipzig.
Kunzemann, Hermann	Halle	Halle.
Kau, Johannes	Hannover	Parteiausschuß.
Kaufner, Kurt	Beuthen	Parteiausschuß.
Kawatsch, Berta	Breslau	Parteiausschuß.
Leber, Hermann	Weimar	Parteiausschuß.
Legien, Carl	Berlin	Nationalversammlung.
Lehmann, Emil	Berlin-Friedrichsf.	Groß-Berlin.
Leippert, Johann	Heilbronn	Württemberg.
Leuterich, Max	Hamburg	Parteiausschuß.
Leutert, Paul	Woldda	Groß-Ähüringen.
Leverberg, Ernst	Köln a. Rh.	Oberhein.
Leverenz, Fr.	Trefeld	Niederhein.
Limberg, Heinrich	Essen a. Ruhr	Niederhein.
Linder, Joseph	Kempten	Ober-Schwaben.
Linke, Adolf	Hessau	Magdeburg-Anhalt.
Linke, Jul.	Hersford	Westliches Westfalen.
Löbe, Paul	Breslau	Kontrollkommission.
Löwigt, Paul	Lübed	Medlenburg-Lübed.
Loßmann, Julius	Mürnberg	Franken.
Maackill, Emil	Matibor	Oberschlesien.
Maackwald, Hans	Frankfurt a. M.	Hessen-Kassau.
Marum, L.	Karlsruhe	Baden.
Matschte, Anna	Nieder-Schönhausen	Parteiausschuß.
Mattheus, R.	Neubrandenburg	Medlenburg.
Meßnert, Bruno	Ghemnitz	Parteiausschuß.
Meier, Richard	Widau	Parteiausschuß.
Menda	Reißen	Dresden.
Michel, Willy	Winden i. Westf.	Westliches Westfalen.
Dr. Michels	Königsberg i. Pr.	Dstpreußen.
Mik, Konrad	Köln a. Rh.	Oberhein.
Mollenbuhr, Artur	Kiel	Schleswig-Holstein.
Mollenbuhr, Hermann	Berlin-Schöneberg	Parteiortstand.
Müller, Hermann	Berlin-Rixhtenberg	Kontrollkommission.
Müller, Max	Ghemnitz	Ghemnitz.
Neue, Paul	Emden	Oldenburg-Distriesland.
Nierich, Max	Vielefeld	Westliches Westfalen.
Noske, Gustab	Berlin	Nationalversammlung.
Ohlendorf, Fritz	Braunschweig	Hannover-Braunschweig.
Dionaki, Karl	Gleiwitz	Nationalversammlung.
Dil, Friedrich	Brandenburg	Brandenburg.
Darßsch, Richard	Röslin i. Pom.	Pommern.
Deuser, Johann	Bayreuth	Bayreuth.
Berner, Richard	Hamburg	Hamburg-Nordwest.
Peter, Anton	Militich	Breslau.
Pfannhuch, Wilhelm	Berlin	Parteiortstand.
Pfeifenbrink, Wilh.	Berlin	Westliches Westfalen.
Pfärl, Antonie	Bochum	Nationalversammlung.
Pietich, Karl	München	Breslau.
Pikard, Emil	Breslau	Halle.
Pollender, Otto	Halle	Leipzig.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei
Meinhold, Georg	Singen-Hohentwiel	Baden.
Meinemann	Zinnenhausen	Hessen-Rhassau.
Meiß, Karl	Nürnberg	Parteiausschuß.
Meiß, Johanna	Hamburg	Parteiausschuß.
Mennert, Louis	Meiningen	Groß-Thüringen.
Nichter, Robert	Chemnitz	Chemnitz.
Riedmiller, L.	Emmendingen	Baden.
Ritter, Adolf	Berlin	Partei Vorstand.
Röhle, Paul	Frankfurt a. M.	Parteiausschuß.
Ruggaber, Karl	Ulm a. D.	Württemberg.
Rhneck, Efriede	Wln.-Baumschulento.	Partei Vorstand.
Salo, E.	Cottbus	Brandenburg.
Schäfer, Valentin	Saarbrücken 3	Oberrhein.
Schaffner, Josef	Hannover	Hannover.
Schauder, Artur	Vielefeld	Westliches Westfalen.
Scherer, Peter	Koblenz-Lützel	Oberrhein.
Schlegel, Friedrich	Berlin	Groß-Berlin.
Schleicher, Emil	Meerane i. S.	Chemnitz.
Schmidt, Fritz	Siegen	Westliches Westfalen.
Schmidt, Richard	Berlin	Parteiausschuß.
Schmidt, Richard	Meißen	Nationalversammlung.
Schnabrich, Michael	Hersfeld	Hessen-Rhassau.
Schönfelder, Adolf	Hamburg	Hamburg-Nordwest
Schöpflin, Georg	Karlsruhe	Baden.
Schölich, Gustav	Breslau	Parteiausschuß.
Scholz, Gertrud	Berlin-Neukölln	Groß-Berlin.
Schrader, Chr.	Hannover	Hannover.
Schred, Karl	Vielefeld	Parteiausschuß.
Schröder, Luise	Altona-Dittenen	Parteiausschuß.
Schulz, Arthur	Rostock	Mecklenburg.
Frau W. Schulz	Serne	Westliches Westfalen.
Schulz, Heinrich	Berlin-Steglitz	Partei Vorstand.
Schumann, Gustav	Stettin	Stettin.
Schumann	Berlin-Mahlsdorf	Nationalversammlung.
Schutte, Richard	Jittau i. S.	Dresden.
Seifert, Ditto	Marienbg.-Willenbg.	Pommern.
Simon, Georg	Augsburg	Oberbayern.
Sollmann, Wilh.	Köln	Nationalversammlung.
Spiedermann, Herm.	Berlin-Lichtenberg	Groß-Berlin.
Strowig, Georg	Klettendorf b. Bresl.	Breslau.
Steinlopf	Berlin-Wilmersdorf	Nationalversammlung.
Steinmayer, Ditto	Stuttgart	Parteiausschuß.
Slelow, Dr. Otto	Chemnitz	Chemnitz.
Stetter, David	Stuttgart	Württemberg.
Stolz, L.	Dresden-N.	Dresden.
Strobel, Georg	Mannheim	Baden.
Taubadel, Paul	Görlitz	Görlitz.
Täumel, Paul	Halle	Halle.
Tesch, Johanna	Frankfurt a. M.	Hessen-Rhassau.
Thaber, Johann	Erfeld	Niederrhein.
Thiele, Adolf	Halle	Nationalversammlung.
Thielsche, Karl	Altensburg, S.-A.	Groß-Thüringen.
Thienst, Fritz	Bremerhaven	Hamburg-Nordwest.

Name	Wohnort	Bezeichnung des Bezirks oder der Stellung in der Partei
Lodenhagen, Minna	Berlin	Parteiausschuß.
Lrimborn, Peter	Köln a. Rh.	Oberrhein.
Lrinl, Helene	Neufalz a. D.	Görlitz.
Verdied, Willy	Riel	Schleswig-Holstein.
Vogel, Heinrich	Hamburg	Hamburg-Nordwest.
Waigand, Louis	Bremen	Hamburg-Nordwest.
Wendemuth	Waldenburg	Breslau.
Widmann, Wilhelm	Offenbach a. M.	Parteiausschuß.
Winkelhof, Heinrich	Elsfeld	Niederrhein.
Winger, Otto	Magdeburg	Magdeburg-Anhalt.
Wißell, Rudolf	Berlin	Nationalversammlung.
Witte, Ditto	Wiesbaden	Hessen-Rhassau.
Wolff, Theodor	Eilsit	Preußen.
Wurbö, Kurt	Schwerin	Mecklenburg.
Wurgath	Königsberg	Preußen.
Zeller, Eugen	Straubing	Oberpfalz-Niederbayern.
Zörgiebel, Karl	Köln a. Rh.	Oberrhein.
Zschäbig, Otto	Bunzlau	Görlitz.

## Sprechregister.

Bartels 3, 4, 5, 13, 20,  
46, 47, 56.  
Bauer 67.  
Birnbäum 24.  
Braun, Dr. Adolf 19,  
20, 26, 64.  
Bohm-Schuch 20.  
Brethorst 22.  
Büchel 49.  
Eggerstadt 20.  
Eisenbarth 57.  
Eng 31, 46.  
Grosch 30.  
Grünberg 25.

Gäupler 63.  
Judacz 62.  
Kaul 24.  
Krüger, Franz 47.  
Leuterich 44.  
Lindenbaum 58.  
Loebe 10, 22, 25, 30,  
62, 72.  
Markwald 65.  
Mehnert 5.  
Mollenbusch 42.  
Müller, Herm. 53.  
Neue 52.  
Roße 13.

Berner 38.  
Nietich 61.  
Sollmann 28.  
Strowig 21.  
Scheidemann 5, 67.  
Schnabrich 36.  
Schmidt, Rob. 59.  
Schölich 4.  
Schulz, Heinrich 20, 38.  
Steinlopf 51.  
Verdied 25.  
Waigand 37.  
Wendemuth 35.  
Winkelhof 40.